Nr. 261 Donnerstag, den 10. November 1910 17. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telephon: 13698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

Der Leipziger Stadtrat beschloß, die Stadttheater in eigene Regie zu nehmen und Marterstieg-Köln zum Intendanten einzusetzen.

•

In dem Moabiter Polizeikrawall-Prozeß lehnte die Verteidigung die gesamte Lieber-Strafkammer als befangen ab, nachdem das Gericht vorher sich selbst als zuständig erklärt hatte.

•

Bei den Gemeinderats- und Bezirksausschußwahlen sowie den Wahlen zur Kreiswahlversammlung errangen unsere Genossen in der Provinz Sachsen, Thüringen und Baden schöne Erfolge.

•

Dem neuen französischen Kabinett wurde von der Kammer das Vertrauen zu seinen Erklärungen mit 296 gegen 209 Stimmen ausgesprochen.

•

Der deutsch-türkische Anleihevertrag ist gestern unterzeichnet worden.

•

Bei den Wahlen in den Vereinigten Staaten wurden die ersten drei Sozialdemokraten in das Unionsparlament gewählt. Außerdem wurden in mehrere Staatenparlamente Sozialisten gewählt.

•

In Tokio wurden 26 Japaner der Verschwörung gegen das Leben des Mikado schuldig befunden. Das Gericht empfahl die Todesstrafe.

Vor hundert Jahren.

Leipzig, 10. November.

Heute sind 100 Jahre verflossen, seitdem das Gesetz in Kraft, das die Leibeigenschaft der Bauern beseitigte. „Mit dem Martinitage 1810 hört alle Huldunterthänigkeit in unsern sämtlichen Staaten auf. Nach dem Martinitage 1810 gibt es nur noch freie Leute.“ So stand es in dem berühmten Edikt vom 9. Oktober 1807. Wovon die „Leute“ frei sein sollten, sagte freilich der Gesetzgeber nicht, und gerade dieser Punkt war es, an dem später die preußischen Junker einhakten, um das Edikt seines sachlichen Inhalts zu berauben oder wenigstens seine Konsequenzen möglichst im junkerfreundlichen Sinne umzuwandeln. Das ist ihnen denn auch in überschwenglichem Maße gelungen, obwohl das Edikt den preußischen Adel, wie Lehmann in seiner Biographie des Freiherrn vom Stein schreibt, „mit großer Schonung behandelt.“

Indessen: alles konnten die Junker nicht wiederherstellen. Gar zu sehr klaffte der Widerspruch zwischen den Zuständen im alten Preußen und den Bedürfnissen der neuen Zeit. Vor Jena handelte es sich auf dem Lande um nichts anderes, als eine schlecht maskierte Sklaverei. Die Bauern hießen Untertanen, der Rittergutsbesitzer hieß Herrschaft. Sie waren ihm, wie es im Gesetz hieß, Treue, Ehrfurcht und Gehorsam schuldig; er durfte von ihnen das eidliche Gelübde der Treue und Untertänigkeit verlangen. Die Treue hatte Gegenseitigkeit zur Voraussetzung, und so fehlte es nicht völlig an Pflichten, die der Herrschaft auferlegt waren. Sie mußte sich ihrer Untertanen in Notfällen annehmen, sie gegen Wucher und Uebervorteilungen schützen, den noch nicht Angesessenen Gelegenheit zum Erwerb geben, für eine christliche und kirchliche Erziehung sorgen. Aber wie lang war im Vergleich damit die Pflichtenreihe der Untertanen. Sie durften ohne Bewilligung der Herrschaft das Gut nicht verlassen. Entwichene Untertanen, samt ihren auswärts geborenen Kindern, konnte die Herrschaft überall und zu allen Zeiten aufsuchen und zur Rückkehr nötigen. Die Untertanen mußten die herrschaftliche Genehmigung zur Heirat nachsuchen. Wer ohne diese Genehmigung heiratete, verfiel dem Gefängnis oder der Zwangsarbeit. Die Kinder der Untertanen konnten ohne Genehmigung der Herrschaft weder ein bürgerliches Gewerbe noch ein Studium ergreifen. Gutseinwohner, die sich als Tagelöhner nährten, mußten, auch wenn sie nicht dienstpflichtig waren, ihrer Gutsherrschaft vor anderen Herrschaften gegen gesetzmäßigen Lohn dienen. Die Kinder aller Untertanen, die in fremde Dienste gehen wollten, mußten sich zuvor ihrer Herrschaft anbieten. Zum Auswärtsdienen bedurfte es eines Erlaubnisscheines der Herrschaft. Die Herrschaft konnte ihr Gesinde durch Züchtigungen, die Bauern und deren Frauen durch Gefängnis oder Zwangsarbeit strafen. Die Untertanen durften ohne herrschaftliche Erlaubnis keine Schulden machen, ihre Grundstücke weder verpfänden noch veräußern. Die Herrschaft konnte sogar dem Erben die Annahme des Bauernhofes versagen. Sie konnte den Untertan zum Verkauf seines Gutes nötigen, wenn er „liederlich“ oder respektwidrig sich benahm, sie konnte ihn zwingen, das Gut einem andern zu überlassen, wenn er selber durch Krankheit oder Alter nicht mehr arbeitsfähig war. War der Untertan zu mehr als einjähriger Freiheitsstrafe verurteilt, so konnte ihn die Herrschaft vom Hof jagen. Ihr standen die Arbeitskräfte ihrer Untertanen nebst deren Zugvieh zur Verfügung, teils ohne jede, teils mit geringer Einschränkung, hier auf Hofarbeit beschränkt, dort auf den Forst, die Jagd, den Markt, die Reise oder das Botenlaufen ausgedehnt. Nicht einmal der Kriegsdienst hob diese Untertänigkeit auf.

Aber, so schreibt Lehmann in seiner bekannten Biographie Steins weiter, die Rechte des Gutsherrn reichten weiter. In einigen Provinzen mußten die Untertanen Bier und Branntwein von der Herrschaft holen. Er hatte das Jagdrecht. In der Mehrzahl der preußischen Provinzen war er von der Grundsteuer völlig befreit. Von der Akzise, der bekannten Verbrauchsabgabe, war er nicht nur auf seinen Landgütern, sondern auch für seine städtischen Besitzungen befreit; ebenso von den Zöllen. Er übte kirchliche Rechte aus. Als Patron der Gutskirche ernannte er den Geistlichen und den Küster; mit seiner Familie wurde er ausdrücklich in das Kirchengebet aufgenommen, zuweilen wurde auch Kirchentrauer für ihn angelegt. Er hatte aber außerdem, und damit vollendete sich erst seine Machtstellung, direkt staatliche Rechte: die Polizei und die Gerichtsbarkeit waren ihm überlassen. Der Gutsherr konnte seine Gerichtseingesessenen, sogar ganze Gemeinden, in seinen eigenen Gerichten belangen. Wenn das Gesetzbuch hinzufügte, „er muß sich aber alsdann alles Einflusses auf die Direktion und Entscheidung des Prozesses enthalten“, so lag darin eine Kritik dieser sogenannten Patrimonialgerichtsbarkeit, wie sie schärfer nicht gedacht werden konnte. Der Gerichtsherr konnte wider seinen Willen von seinen eigenen Gerichten nicht belangt werden, ebensowenig seine Familienmitglieder. Diese Rechte des Ritterguts waren grundsätzlich dem Adel vorbehalten.

Daß man mit einem derartig organisierten Staatswesen weder den Heeren noch den Ideen der französischen Revolution einen Damm entgegensetzen konnte, war selbstverständlich. Das eine zeigte sich bei Jena, das andre allenthalben. Schon 1793 waren weite Bauerndistrikte in Aufruhr, besonders in Schlesien, und 1803 erhoben sie sich wiederum mit Beilen und Sensen unter der Parole: wir möchten, daß die Franzosen kämen. Und als die Franzosen nun wirklich da waren, da sah selbst der Schwachkopf auf dem Thron ein, daß nicht alles beim alten bleiben könne. Trotzdem hat er sich gegen die endlich durchgeführten Reformen immer wieder gesperrt und speziell der Bauernbefreiung Bedenken entgegengesetzt, die das ganze Werk zum Scheitern gebracht hätten, wenn hier nicht der Minister vom Stein mit Energie durchgegriffen hätte. Zwar blieb unendlich viel des alten Moders erhalten, so die Frondienste, vor allem aber die Patrimonialgerichtsbarkeit, aber den Junkern genügte schon die Tatsache, daß die Bauern nicht mehr Sklaven, d. h. „Untertanen“, sondern freie Leute sein sollten, um ein markerschütterndes Geschrei über die Gefährdung der göttlichen Weltordnung zu erheben. Die Kriegs- und Domänenkammer zu Glogau ging in ihrer junkerlichen Unverschämtheit und nationalen Fürsorge sogar so weit, die Requirierung französischen Militärs zur „Beruhigung“ der aufgeregten Bauern zu verlangen, und zu schreiben:

Wir würden auf die Erlassung eines Zirkulars antragen, das den gemeinen Mann belehrte, wenn wir nicht besorgten, dadurch die Aufmerksamkeit der Untertanen auf gedachtes Edikt

Feuilleton.

Der Uebergang.

Roman von J. J. David.

30] Nachdruck verboten.

Noch einen mußte ihre Stimme umgellen. Noch einer mußte her und vernehmen, was solang in ihr scheu und ohnmächtig geduckt gewesen war und sich nun aufrichtete, machtvoll, unwiderstehlich, bereit zu jeder Zerstörung und zu einem Sprunge, der nicht mehr frägt, wen er niederwirft.

Dieser mußte daran; und hätte sie auf offenem Markt angesichts aller Leute ihm alles ins Gesicht schleudern müssen. O, sie fürchtete sich nicht mehr! Sie schüttelte, vorgeneigt, die Faust gegen den Adam, sie richtete sich zu ihrer vollen Höhe auf und reckte die Rechte der Straße zu, in jener Richtung, aus der einer kommen mußte.

Es war eine unendliche Erschöpfung in ihr und in ihrer Brust ein Stechen. So, als müsse sie den Erregungen erliegen, die so unmenschlich hastig auf sie eingestürmt waren. Sie riß sich mit einem jähen Ruck ihr Kleid auf. Denn nun wollte sie noch nicht zusammenbrechen. Durchaus nicht. So lange wollte sie's noch aushalten, mit Anspannung alles ihres Willens.

Wie lange? Solange es eben sein mußte. So lang, just so lang! Als würden die zwei Worte eine Zauberformel in sich bergen, wiederholte sie sich sie immer wieder. Bis sie die beiden Silben vor sich hinzeterte und, entsetzt über die Gräßlichkeit des Tones, abbrach, sich stützte und mit leeren, wandernden Augen um sich sah.

Die Tür ging. Frau Kathi Mayer raffte sich zusammen.

Ihr Mann trat ein. Scheu, eine Beklommenheit und eine Ahnung im Gesicht. „Ich hab' gehört,“ stotterte er, „es ist wieder was geschehn? . . .“

Sie nickte mit einer entsetzlichen Starrheit.

„Was ist denn schon wieder geschehn?“

Sie riß den Schirm von der Lampe, so daß ihr volles Licht auf das Antlitz des Toten fiel. Franz Mayer torkelte mit zitternden Knien einen einzigen Schritt vorwärts, blieb gebannt stehen, und seine Zähne schlugen einen schrecklichen Takt: „Marand Joseph! Der Adam!“

„Ja. Der Adam. Sieh dir ihn noch einmal an, dein' Einzigen.“

Er stürzte in die Knie vor dem Bett, faltete die Hände, wollte beten. Sie krallte sich in seine Schulter, daß der Griff wehe tat, wie der Schlag von Habichtfängen. „Aufstehn, sag' ich. Ich leid's net!“ Er leistete einen schwachen Widerstand: „Ein Vaterunser, für die arme Seel'!“

„Aufstehn, sag' ich.“ Noch leidenschaftlicher: „Ich leid's net!“

„Ja, warum denn net?“

„Es gehört sich net.“

Er erhob sich willenlos und verschreckt. Auf einen Stuhl setzte er sich und hielt beide Hände vor die Augen. „Magst ihn net ansehn, Franzl?“ kam's in bitterstem Hohn. „Magst net sehn, was du angestellt hast?“

„Also — da liegt er, dein Einziger!“ Sie schied sich mit diesem einen Wort von ihm und dem Toten. „Und weißt, wer ihn dahin gebracht hat, Franzl? Weißt es, han? Oder muß ich dir's erst sagen? Das war net der Strizzi, der ihm mit seinem Messer in sein Herz gestochen hat — dös warst du, und du alleinig . . .“

Er sprang auf: „Kathi, du bist närrisch . . .“

„Das wär' am End' kein Wunder nach dem allen. Aber ich bin's net. Närrisch war ich ja, wie ich dich genommen hab'. Närrisch, ja, aber schon zum Binden närrisch, wie ich dir treu geblieben bin und 's bei dir ausgehalten hab' die vielen verfluchten Jahr', wie ich's immer wieder tentiert hab', aus dir einen Mann zu machen. Aber jetzt bin ich's net. Aber schon gar net!“

„Da werd' ich gehn . . .“

„Da bleibst.“ Das war ein Befehl, gegen den es keinen Einspruch gab. „Und wohin willst denn gehen, Franzl? Epper gar zu deine Brüderln, ihnen erzählen von der narrischen Frau? Und meinst, in der ganzen Wienerstadt, so groß und so verlumpt wie sie ist, lebt heut ein Mensch, der dir noch die Hand gibt? Meinst?“ Sie holte tief und röchelnd Atem.

Er versuchte eine schwache Auflehnung. „Muck' net!“ herrschte sie ihn an. „Jetzt red' ich!“ und versank in ein sehr langes und schmerzliches Brüten.

Er tat einen Schritt, und sie fuhr auf ihn zu. Sie war grauenhaft zu sehen mit dem fliegenden Haar, den mageren Hals bloß. „Wart' noch ein wengerl! Wir haben noch net ausgeredet miteinander, noch lang net, Franzl!“

„Kathi, du bringst mich um!“

Sie zuckte die Achseln, hörte gar nicht auf ihn. „Alsdann, da liegt dein Bub. Und wir müssen Gott danken, daß sie uns den Buben noch so gebracht haben, wo sie ihn uns hätten noch ganz anders bringen können.“

„Um Jesu Barmherzigkeit willen, wieso?“

Sie neigte sich zu ihm und flüsterte ihm in Gurgellauten ins Ohr: „Weißt, wer die Großmutter umgebracht hat? Der Adam!“

„Aber, es war doch keine Gewalt,“ stotterte er.

„Aber vor Schrocken ist sie gestorben, sag' ich dir. Und er hat sie verschreckt und hat sie hernach ausgeraubt. Da, schau — soviel hat er bei sich gehabt,“ und sie hielt ihre Fünde vor ihm. Die Ringe entfielen ihrer zitternden Hand und kollerten mit gespenstigem Laut über den Boden.

„Und weißt vielleicht auch noch, wer ihn immer gegen die Ahndel gehetzt hat? Wer alleweil gesagt hat: es ist

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

noch mehr zu erregen und so vielleicht mehr Schaden als Nutzen zu erregen.

Das war die Sprache einer preußischen Behörde gegen ein Gesetz, das die Unterschrift des Königs und seiner Minister trug. An andern Orten kam es wirklich zur Requirierung französischer Truppen gegen die preußischen Bauern zugunsten der preußischen Junker. Als jedoch die Junker später die Kosten für diese von ihnen verlangte Requirierung an die französische Heeresverwaltung zahlen sollten, da verzichteten sie auf das Experiment.

Das Edikt vom 9. Oktober 1807, das mit dem 10. November 1810 in Kraft trat, war noch das freiheitlichste von allen Agrargesetzen der preußischen Reformperiode. Schon 1808 begann die Rückwärtsrevidierung, die sich in den Regulierungsgesetzen von 1811 und 1816 fortsetzte und immer mehr zu einer „Befreiung" der Bauern von Grund und Boden wurde. Das Ende vom Liede war, daß die Junker ein rasend gutes Geschäft machten. Sie nahmen nach den Berechnungen Meitzens den Bauern im ganzen 1½ Millionen Morgen Land und 18½ Millionen Taler ab, dazu an jährlicher Rente 1 600 000 Taler und 260 069 Scheffel Getreide. Damit hatte der Junker, was er für die neuen kapitalistischen Produktionsverhältnisse brauchte: Geld, Land und Lohnarbeiter. Die Ausbeutung konnte mit erhöhter Intensität auf erweiterter Stufenleiter beginnen.

Moabiter Polizeikrawalle vor Gericht.

Hg. Berlin, 9. November 1910.

Der Moabiter Prozeß nahm heute seinen Anfang. Unter der Anklage des einfachen Landfriedensbruchs, des Widerstands gegen die Staatsgewalt und der Beamtenbeleidigung haben sich folgende Angeklagte zu verantworten, die sich größtenteils seit September d. J. in Untersuchungshaft befinden: 1. Schiffer Friedrich Hagen, 2. Malergehilfe Paul Trepkowski, 3. Arbeiter Felix Krämer, 4. Gelegenheitsarbeiter Joseph Kliche, 5. Glasbläser Adolf Senf, 6. Arbeiter Gustav Bohte, 7. Arbeiter Fritz Plaster, 8. Frau Martha Friese, 9. Hausdiener Willy Heinemann, 10. Kutscher Otto Weiß, 11. Arbeiter Wladislaus Muslewski, 12. Arbeiter Paul Miersch, 13. Fabrikbesitzer Arnold Heide, 14. Kutscher Gottlieb Breyer, 15. Arbeiter Max Nörenberg, 16. Schlosser Paul Bock, 17. Monteur Joseph Albrecht, 18. Arbeiter Emil Raschtut, 19. Arbeiter Otto Wiedemann, 20. Laufbursche Georg Meyer, 21. Stallmann Albert Romanowski, 22. Kohlenarbeiter Kurt Merten, 23. Schlosser Hermann Weiß, 24. Arbeiter Karl Zollchow, 25. Frau Marie Sattler geb. Weise 26. Arbeiter Johann Litwicki, 27. Näherin Elli Reinhardt, geb. Krause, 28. Schankwirt Friedrich Pilz, 29. Korbmacher Wilhelm Kratzet, 30. Kunstmaler Oswald Weidemann, 31. Schreiber Karl Wandt, 32. Schlosser Paul Schulz, 33. Frau Katharina Demnick geb. Borowska, 34. Barbier Richard Eisenreich.

Der Zutritt zum Zuhörerraum wird scharf kontrolliert. Nur wenige mit Karten versehene Personen werden hineingelassen. Unter den Zuhörern sieht man bekannte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, so den Vorsitzenden der politischen Organisation von Groß-Berlin, Eugen Ernst. Kurz vor Beginn der Verhandlung werden als Beweisstücke eine Reihe Steine und Wurfgeschosse in den Saal geschleppt, die bei dem Krawall auf die Schutzleute geworfen sein sollen. Weiter wohnt der Verhandlung bei Landgerichtspräsident Fabricius und ein Vertreter des Berliner Polizeipräsidenten.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lieber, eröffnet 9¾ Uhr die Sitzung und läßt die Zeugen aufrufen. Es sind etwa 50 Zeugen geladen, in der Mehrzahl Polizeioffiziere und Schutzleute.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine gibt namens der Rechtsanwälte Dr. Rosenfeld, Liebknecht, Dr. Heinemann und Dr. Cohn die Erklärung ab, daß sie die Verteidigung für die meisten der Angeklagten gemeinschaftlich führen. Die Zeugen werden bis Freitag entlassen. Der Vorsitzende stellt es als möglich, wenn auch nicht als wahrscheinlich hin, daß an diesem Tage in die Beweisaufnahme wird eingetreten werden können. Um die Verhandlungen übersichtlicher zu gestalten, werden die einzelnen Angeklagten nicht mit Namen, sondern durch Nummern kenntlich gemacht, so daß leicht zu erkennen ist, um welche Anklagepunkte es sich handelt. Ferner teilt der Vorsitzende mit, daß die Sache chronologisch verhandelt werden wird. Was zeitlich zuerst passiert ist, soll auch zuerst zur Verhandlung kommen. Die Feststellung der Personalien der Angeklagten nimmt dann längere Zeit in Anspruch.

Hierauf nimmt Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann das Wort: Ich beantrage, **die Sachen abzutrennen, die nach der Geschäftsanweisung nicht vor die 3. Strafkammer gehören,** und lediglich solche Sachen zu verhandeln, die an sich vor die 3. Strafkammer gehören würden. Nach Ansicht der Verteidigung ist

das erkennende Gericht nicht vorschriftsmäßig besetzt.

Zur Begründung führe ich folgendes an: Unser Gesetz steht auf sich auf dem Standpunkt, daß jede Strafsache für sich selbständig zu verhandeln ist, und findet in der Verbindung mehrerer Sachen an sich eine Erschwerung der Verteidigung. Das Gesetz gestattet, indem es von dem Grundgedanken ausgeht, daß an sich jede Sache im Interesse des Angeklagten einheitlich zu verhandeln ist, nur zwei Ausnahmen. Die eine Ausnahme ist die, daß einem Angeklagten mehrere Straftaten zur Last gelegt werden, und die andre Ausnahme ist, daß an einer Straftat mehrere Angeklagte beteiligt sind. Diese Voraussetzungen sind hier nicht gegeben. Nun kann das Gericht nicht im Falle eines Zusammenhanges zwischen mehreren Strafsachen ihre Verbindung zum Zwecke einer leichteren Verhandlung anordnen. Die Verteidigung nimmt nun hier nicht an, daß ein Zusammenhang vorliegt. Es handelt sich bei den Angeklagten um räumlich und zeitlich ganz verschiedene Taten. Der Begriff des Zusammenhangs darf nicht zu lax genommen werden. Der ganze Streit spitzt sich auf die Frage zu, was nach dem § 298 der Strafprozeßordnung unter „Gericht" zu verstehen ist. Wenn unter „Gericht" „Landgericht" zu verstehen ist, dann wäre der Verbindungsbeschluß richtig. Ist darunter aber „erkennende Strafkammer" zu verstehen, dann

besteht der Verbindungsgedanke nicht zu Recht.

Nun gebraucht die Strafprozeßordnung niemals das Wort „Gericht" im Sinne von „Landgericht", sondern versteht darunter immer entweder **das Gericht, das mit der Vorbereitung der Hauptverhandlung befaßt ist,** oder das erkennende Gericht. Wenn darüber noch ein Zweifel bestehen sollte, so sei darauf verwiesen, daß das Reichsgericht die Sache immer an das „Gericht" zurückverweist. **Das heißt aber niemals „Landgericht", sondern „erkennende Kammer".** Das wird vom Reichsgericht so streng gehandhabt, daß dieselbe Kammer zuständig bleibt, auch wenn irgendein Wechsel in der Geschäftsführung eingetreten ist. **Daher durfte die 3. Strafkammer all die Sachen, die an sich nicht vor sie gehörten, mit den andern Anklagesachen nicht verbinden.** Die Geschäftsanweisung beruht auf den Beschlüssen des Präsidiums und das Präsidium ist in der Gerichtsverfassung als eine Institution vorgesehen, die nach Recht zu entscheiden hat. Es durften nicht Sachen, die vor der 3. Strafkammer nicht mit Recht anhängig sind, miteinander verbunden werden. **Das würde sonst zu der Konsequenz führen, daß jede Strafkammer jede Sache, die ihr paßt, vor ihr Forum ziehen kann.** Nun fragt sich, ob die Sache dadurch anders wird, daß in einer Reihe von Fällen die Eröffnungskammer Beschlüsse gefaßt hat, die die 3. Kammer zu ihrem Vorgehen angeblich berechtigen. Hier aber sagen wir, daß die Eröffnungskammer niemals der 3. Strafkammer eine Souveränität verleihen darf, die im Gesetz nicht vorgesehen wird.

Der Verbindungsbeschluß ist daher nicht legal

und hat keine weitere Bedeutung. Die gesamte Literatur hat bisher auch nur mit der Möglichkeit gerechnet, daß ein solcher Beschluß gefaßt werden könnte. **Durch den Verbindungsbeschluß werden also die Angeklagten ihren gesetzlichen Richtern entzogen,** so daß die ganze noch kommende Verhandlung mit dem **Stempel der unheilbaren Nichtigkeit** behaftet wäre. Die Verteidigung hat kein Interesse daran, hier ein Verfahren zu machen, das vor dem höchsten Gerichtshof doch keinen Bestand haben kann. Ich stelle daher schon jetzt den

Trennungsantrag.

Vert. R.-A. Dr. Rosenfeld: Ich schließe mich diesem Antrage an, zumal ich Fälle vertrete, die mit den Moabiter Unruhen gar nichts zu tun haben. Ich vertrete eine Frau, die morgens um 9 Uhr, als sie vom Markte kam, einen Schutzmann beleidigt haben soll. Selbst nach Ansicht der Staatsanwaltschaft herrschte um diese Zeit in Moabit keine Unruhe. Meine Klientin hat nicht einmal „Bluthund" gesagt, sondern sie soll nur Halunke gesagt haben. Also der auf Grund des Wortes „Bluthund" von der Staatsanwaltschaft konstruierte Zusammenhang mit früheren Vorgängen ist für meine Klientin ausgeschlossen. In einem andern Fall ist ein Klient wegen Beleidigung angeklagt, die er in der Königstraße gegenüber einem Schutzmann begangen haben soll. Nun mag man den Begriff Moabit noch so weit fassen, die Königstraße gehört sicher nicht zu Moabit. Schließlich soll in einem dritten Falle, den ich vertrete, die strafbare Handlung begangen sein **am 2. Oktober.** Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft haben bereits am 30. September die Ausschreitungen aufgehört. In diesem dritten Fall besteht also ganz sicher kein Zusammenhang und ich beantrage daher

die Trennung,

sonst wird das Wort Zusammenhang zu einem Schema, in das die Staatsanwaltschaft alles hineinlegen kann, was sie will.

Vert. R.-A. Theodor Liebknecht: Ich vertrete die Angeklagten, die die Streikbrecher beleidigt haben sollen. **Die Staatsanwaltschaft will diese Angeklagten aburteilen in dem Milieu der Moabiter Unruhen, um höhere Strafen zu erzielen.** Ich widerspreche daher dieser

rein tendenziösen Verbindung.

— Vors. (unterbrechend): Ich bitte, den Ausdruck tendenziöse Verbindung zu unterlassen. (In diesem Augenblick ertönt von der Anklagebank her lautes Schluchzen. Die Angeklagte Frau Reinhardt bricht in Weinkrämpfe aus und wird aus der Anklagebank herausgeführt. Es werden ihr Erfrischungen gereicht, sie erholt sich jedoch nur langsam.)

Vert. R.-A. Heine: Ich schließe mich dem Trennungsantrag an. — Vert. R.-A. Dr. Cohn: Meine Klientin ist Frau Reinhardt. Sie soll in der Mittelstraße einen Schutzmann beleidigt haben. **Das hat mit Moabit gar nichts zu tun.** Ich komme zu dem Trennungsantrag aber auch angesichts des Vorfalls, der sich eben vor Gericht abgespielt hat. Meine Klientin ist **seit dem 1. Oktober in Untersuchungshaft. Sie war von Anfang an Lazarettbewohnerin,**

sie ist krank

und man kann ihr doch wegen eines so einfachen Tatbestands nicht zumuten, hier einer mehrwöchigen Verhandlung beizuwohnen.

Vert. R.-A. Bahn: Ich halte die Kammer bei meinem Klienten Bock gleichfalls für nicht zuständig und beantrage, die Sache vor die 1. Strafkammer zu verweisen.

Vert. R.-A. Blau macht für die Abtrennung eines von ihm vertretenen Angeklagten geltend, daß dieser mit den „sozialdemokratischen Unruhen" nichts zu tun haben könne, da er

der gelben Arbeiterbewegung angehöre,

die bekanntlich nichts mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu schaffen habe und Streiks aufs höchste perhorresziere.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht tritt den Ausführungen Heinemanns entgegen, der dem § 298 ganz falsch ausgelegt habe. Nach dem Gesetz hat nur die erkennende Kammer zu beschließen und daß sei die dritte, die über Hagen und Genossen die Entscheidung getroffen habe. Alle Fälle seien verbindungsfähig, die vor der Strafkammer und dem Schwurgericht des betreffenden Landgerichts zur Verhandlung kommen. Wenn im Gesetz die Rede sei von der Strafkammer, **so seien immer die sämtlichen Strafkammern als Einheit gemeint.** (!!) Was den Zusammenhang der Einzelfälle betrifft, so sei dieser schon dadurch gegeben, daß die Vernehmung derselben Zeugen über dieselbe Sache notwendig sei. Es war in diesem Falle notwendig, festzustellen, welchen Umfang die Unruhen genommen haben, welches ihr Grund war und ob es sich um einen Aufruhr schwerer oder leichter Art handelte. Auch bei den von den Verteidigern vorgebrachten Einzelfällen hält der Staatsanwalt die Notwendigkeit der Verbindung aufrecht.

In einem Falle habe einer der Angeklagten zwar

in einer ganz andern Stadtgegend

die Beleidigung begangen, er habe dort aber gesagt: Ich werde nach Moabit gehen und alles entzweischlagen. Aus Haß gegen die Arbeitswilligen hat der Angeklagte Gastwirt Pilz gehandelt. Man hat in sein Restaurant einen Arbeitswilligen verschleppt, um ihn „aufzuklären". Als dieser Arbeitswillige aber unter Hinweis auf seine Familie sich weigerte, die Arbeit niederzulegen, ist er von Pilz und einigen andern Angeklagten durchgeprügelt worden.

Vert. R.-A. Heine: Der Fall Pilz ist

am 5. Oktober geschehen,

nachdem bereits, wie die Anklage selbst hervorhebt, **am 29. September alle Unruhen aufgehört hatten.** Ein Zusammenhang besteht nicht, **und die Staatsanwaltschaft begründet die Verbindung auch nur mit den Interessen der Anklage, weil sie der Sache eine besondere Couleur geben will.**

Denselben Standpunkt vertritt Vert. R.-A. Liebknecht, der in der Verbindung verschiedener Fälle eine

reine Willkür

findet.

Vert. R.-A. Rosenfeld tritt den Ausführungen seines Kollegen Blau entgegen, der von sozialdemokratischen Unruhen gesprochen habe. Er müsse annehmen, daß damit nur gesagt werden solle, nach den Voraussetzungen der Anklage würde er genötigt sein, diesen Standpunkt zu vertreten. Die Beweisaufnahme sei ja noch nicht erfolgt, sie werde aber ergeben, daß es sich nicht um sozialdemokratische Unruhen handelt, sondern daß man höchstens von

Exzessen der Schutzmannschaft

sprechen könne. — Vors.: Ich bitte, unterlassen Sie solche Ausdrücke.

Vert. R.-A. Bahn bestreitet nochmals den Zusammenhang des von seinem Mandanten begangenen groben Unfugs mit den Unruhen in Moabit. Nach der Anklage selbst sei er ein harmloser Passant gewesen, der auf der Straße geschimpft habe und ruhig weitergegangen sei. Es sei ihm dann erst ein Schutzmann nachgekommen und habe ihn gefragt, was er gemeint habe. Er steht den Exzessen selbst vollständig fern.

Vert. R.-A. Heinemann: Es ist unmöglich, daß der Wortlaut in das Gesetz hineingelegt wird, daß, wenn es vom Singular spricht, es die sämtlichen Strafkammern des Landgerichts gemeint hat. **Die Auslegung des Staatsanwalts stehe in Widerspruch mit alle dem, was in den früheren Paragraphen vorausgehe.** Immer könne

nur die erkennende Strafkammer

gemeint sein. Man könne sich doch auch nicht über **die Autorität der ersten Strafrechtslehrer, die sämtlich denselben Standpunkt eingenommen haben,** hinwegsetzen. Man würde schließlich zu ganz ungeordneten Zuständen kommen.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Ich verweise darauf, daß Fälle verbunden worden sind, die eigentlich vor das Schöffengericht gehörten. Also kann nicht gemeint sein die „erkennende Kammer", sondern nur das „Gericht". — Vert. R.-A. Heinemann: Diese Fälle, die in Band XX der Reichsgerichtsentscheidungen enthalten sind, sind erst verbunden worden, als die Strafkammer **als Berufungsinstanz** zuständig war.

Die Beratung des Gerichts zog sich längere Zeit hin. Dazwischen wurde eine halbstündige Pause gemacht und die inhaftierten Angeklagten zum Mittagessen in das Untersuchungsgefängnis zurückgeführt.

Nach der Pause verkündet Landgerichtsdirektor Lieber folgenden

Beschluß:

Die durch die früheren Beschlüsse angeordnete Verbindung der in den Beschlüssen bezeichneten Strafsachen bleibt bestehen. Die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen den Strafsachen im Sinne der Strafprozeßordnung besteht, unterliegt dem Ermessen des Gerichts. Ein Zusammenhang liegt vor, weil sämtliche Straftaten denselben Ursprung haben und weil ferner die Beweisaufnahme für alle Fälle voraussichtlich wenigstens zum großen Teil die gleiche sein wird und eine Wiederholung dieser umfangreichen Beweisaufnahme in den einzelnen Sachen, falls sie getrennt zur Verhandlung kämen, in hohem Maße unzweckmäßig wäre. Sämtliche Strafsachen sind anhängig geworden beim Landgericht I. Es ist zuerst das Hauptverfahren eröffnet worden von der nach dem Geschäftsplan zuständigen dritten Strafkammer, und zwar kontra Hagen und Genossen. Die für die einzelnen Sachen nach dem Geschäftsplan sonst zuständigen Strafkammern des Landgerichts I haben ihre Zustimmung zur Verbindung gleichfalls ausgesprochen. Daß die dritte Strafkammer diese Verhandlung überhaupt hat, entspricht daher dem Geschäftsplan des Königlichen Landgerichts I Berlin. Die Trennung der Strafsache gegen Reinhardt bleibt für den Fall, daß die Angeklagte erkrankt, vorbehalten.

Verteidiger Rechtsanwalt Heine: Namens der Verteidiger, meiner Person, Dr. Cohn, Dr. Theodor Liebknecht, Dr. Rosenfeld, Dr. Heinemann, Dr. Rosenberg, Dr. Blau und Bahn stelle ich folgenden

Antrag:

Namens der von uns vertretenen Angeklagten lehnen wir die amtierenden Richter wegen Besorgnis der Befangenheit ab und

---

kein Schad' um sie? Und mit dem Hackel wird man sie einmal erschlagen müssen? Soll ich dir's sagen, wie derselbige heißt, oder weißt es eh', Franzl?"

„Man red't gar viel," entschuldigte er sich.

„Ja, und vornehmlich du, Franzl. Und wenn er frech war und hat mir ins Gesicht gelacht auf meine mütterlichen und blutigen Vermahnungen, was hast denn gesagt? Ich will's nicht anders, hast gesagt."

„Das tun gar viele in derer Stadt."

„So geht's an einem aus. An uns ist's ausgegangen." Und sie schluchzte auf.

„Das ist so gräßlich, Kathi. Ganz entrisch wird mir, Kathi! Ich fürcht' mich!"

„Dafür ist's zu spät. Alsdann, den Adam hast hergebracht. Das kannst amal net leugnen. Was hat er denn noch auf der Welt wollen? Eine Adam-Mayer-Gassen gibt's net mehr. Und was die Kathi geworden ist, weißt eh'. Ja, die hat halt nur schön sein sollen, nix wie schön, und so ist sie halt danach geworden. Und wenn's der Rosi gut geht, du kannst nix davor. Von dir aus hätt' sie ins Wasser oder eine werden sollen, vor der man ausspuckt. Du hast dich gewehrt genug gegen das Glück von deinem Mädel. Alles war dir zu gering. Ja, halt ein Mayer! Der ist was Rechtes, nur weil er ein Mayer ist. Und daß du selber der Mindeste und der Schlechteste auf der Welt bist, nur dös hast du gar niemals begriffen oder verstanden."

„Kathi!" Das kam gestöhnt aus tiefster Brust.

„Ich fürcht' mich net mehr. Was kannst mir denn noch verwüsten? Dein Aeltester ist tot. Von der Kathi darf man net reden unter die Leut'. Bettler sein mir. Zugrund gericht' und verwüstet hast einmal alles. Was tust noch auf derer Welt? Zugrund zu richten hast nix mehr. Was willst noch, Franzl?" Ein unbändiger Haß brach los. „Oder siehst noch immer net, wie überflüssig du jetzt schon bist, Franzl?"

„Kathi! Red' net so, Kathi! Es könnt' dich gereuen, Kathi!"

„Mach' dir keine Sorgen! Mich gereut nix mehr!"

„Es könnt' was geschehn, Kathi!"

„Wird mich net interessieren . . ."

„Kathi!"

„So heiß' ich, ja! Aber jetzt geh, oder vorm Toten geschieht was!"

Er ging. Das Gesicht verzerrt vom schwersten Krampf, zögernd, rückwärtsschreitend, wie immer noch in der Hoffnung nach einem Ruf, der ihn halte, immer noch zwischen Verzweiflung, die sich keinen Ausweg mehr weiß, und Lebenssehnsucht. Sie merkte nicht einmal, daß er ihr verschwand. In eine immer steigende Raserei geriet sie. Worte kamen ihr, die sie nie vorher gedacht. Ihre Stimme schwoll. Sie zeterte, gellte, kreischte, eine schwingende, berstende Sturmglocke; und zwischendurch stöhnte die Frau in furchtbaren, tierischen Lauten, schlug nieder in die Knie und sprang wieder auf. Ganz von Sinnen gebärdete sie sich, und ihre fruchtlosen Drohungen und Verwünschungen teilte sie zwischen dem Toten und jener Tür, hinter der ihr der Mann entschwunden war.

Sie wußte nicht, wie lange sie's so getrieben hatte. Ohne Ahnung blieb sie, wann die Linnerl, spät wie immer an Sonntagnachmittagen, heimgekommen war. Nur an eines entsann sie sich noch aus jenem Tag der Schrecken: an einen gräßlichen, erschütternden Aufschrei aus dem Nebenzimmer. Denn da hing etwas, langgestreckt und regungslos, am Fensterkreuz, und stierte die Linnerl aus verglasten Augen an. An ein totenblasses Mädchengesicht; an die gestöhnten, zögernd gehauchten Worte: „Mutterl! schreien S' net a so! Er hört's gar nimmer."

Dann schlug sie hin. In einer schweren Ohnmacht.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

rühen dies auf die folgenden Tatsachen: Die Staatsanwaltschaft hat den Anklagefall Hagen zum Gegenstand einer vorausgeschickten besonderen Anklage gemacht und hat dann alle andern Fälle als Nachtragsanklagen bezeichnet. Dadurch war die Zuständigkeit der vierten Strafkammer für den Eröffnungsbeschluß und der dritten Kammer für die Hauptverhandlung hergestellt worden. Nachdem die Eröffnungskammer dies abgelehnt hatte und die Eröffnung vor der zuständigen Kammer vorgenommen war, hat die Staatsanwaltschaft die Verbindung der Sachen beantragt.

Das Verfahren ist ungewöhnlich

und durch praktische Gründe nicht zu erklären. Dieselben Gründe, die die Verbindungsanträge stützen sollten, ließen sich schon bei Erhebung der ersten Anklage Hagen übersehen und hätten zu einer gemeinsamen Anklageerhebung führen müssen, die nach dem Geschäftsplan die Zuständigkeit einer andern Kammer begründet haben würde. Die Unterzeichneten haben die Ueberzeugung, **daß die Staatsanwaltschaft bei diesem Verfahren beabsichtigt hat, die Zuständigkeit der Kammer auszuschließen, die bei dem üblichen sachgemäßen Verfahren der gemeinsamen Anklageerhebung zuständig gewesen wäre, und dadurch entgegen dem Gerichtsverfassungsgesetz sich nach Belieben eine Kammer auszusuchen.** Daß die Wahl gerade auf die erkennende Kammer gefallen ist, läßt darauf schließen, daß die Staatsanwaltschaft bei ihr die Interessen der Anklage besonders gut gewahrt glaubt, insbesondere in der in dem Nachtrag zur Anklageschrift zum Ausdruck gebrachten

rein politischen Richtung.

Die dritte Strafkammer hätte dieser Folgerung entgegentreten können, wenn sie den unter solchen Umständen gestellten Verbindungsantrag abgelehnt oder noch heute dem Abtrennungsantrag Folge gegeben hätte. Sie hat dies nicht getan. Sie hat auch heute dem Trennungsantrag nicht Folge gegeben und ist so der Staatsanwaltschaft entgegengekommen. Diese Tatsachen sind geeignet,

das erkennende Gericht als befangen

erscheinen zu lassen und die Voraussetzungen des § 24 Absatz 2 Str.-P.-O. liegen vor.

Vors. Lieber: Die Kammer ist abgelehnt, ich vertage die Sitzung auf morgen, 9½ Uhr.

Vert. Cohn: Ich möchte einen Antrag stellen. — Vors. Lieber: Ich bin abgelehnt, ich kann niemandem mehr das Wort geben. — Vert. Bahn: Ich möchte ums Wort bitten. — Vors.: Ich kann niemandem mehr das Wort erteilen. Ich bin abgelehnt, ich habe die Sitzung bereits auf morgen 9½ Uhr vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Oberscharfmacher am Ende.

Nach einer Mitteilung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, des Organs der Schlot- und Zechenbarone, wird der langjährige Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Bueck, am 1. Januar 1911 sein Amt niederlegen. Bueck steht im 80. Lebensjahr.

Mit Bueck verschwindet einer der erbittertsten Feinde der modernen Arbeiterbewegung vom Kampffelde. Er war die Seele des Scharfmachertums und spielte im Zentralverbande Deutscher Industrieller, dem verbissensten Gegner der deutschen Arbeiterklasse, die erste Geige. Es ist wohl kaum ein Anschlag gegen die Arbeiterschaft ausgeheckt oder verübt worden, bei dem nicht Bueck seine Hand im Spiele gehabt hätte. In lebhafter Erinnerung steht noch das berüchtigte Rundschreiben, das Bueck im August 1898 an die Industriellen richtete, in dem er diese ersuchte, der Aufforderung Posadowskys nachzukommen, und dem Reichsamt des Innern 12000 Mk. zur Agitation für das Zuchthausgesetz zur Verfügung zu stellen. Mit der Veröffentlichung dieses Rundschreibens in der Leipziger Volkszeitung am 22. Oktober 1900 war die enge Verbindung zwischen Regierung und Scharfmacherbund dargelegt und erwiesen, nach wessen Wünschen sich die Regierung richtet.

Die Zuchthausvorlage wurde nicht Gesetz, auch sonst haben sich die Scharfmacher noch öfter den Mund wischen müssen. Das lag aber nicht an dem guten oder schlechten Willen der bürgerlichen Parteien, sondern an dem gewaltigen Erstarken und dem energischen Auftreten der Arbeiterschaft in und außerhalb des Parlamentes. Gleichwohl haben die giftigen Hasser der Arbeiterklasse ihre Erfolge aufzuweisen, denn die Staatsmaschinerie ist in ihren Händen, die Bureaukratie und die Justiz ist Fleisch von ihrem Fleisch und arbeitet in ihrem Sinne, und was die Gesetzgebung „vernachlässigt", das machen diese beiden Instrumente des Klassenstaates nach Möglichkeit wieder „gut". Das hat die Arbeiterklasse erkannt, und deshalb wirkt sie auf die völlige Beseitigung dieses Staatswesens hin, das nur den Interessen der Besitzenden, der Ausbeuter dient. Immer mächtiger schwellen die Heere des klassenbewußten Proletariats, immer tiefer formieren sich seine Kolonnen, die Stoßkraft der Masse stärkend, und auch ein Bueck muß an seinem Lebensabend erkennen, daß kein Mittel, und sei es noch so tückisch und brutal, imstande ist, den Vormarsch des Proletariats aufzuhalten.

Einer der erbittertsten Feinde der Arbeiterklasse wankt dem Grabe zu, doch Tausende und Abertausende stehen noch ungebrochen, bereit, die Ausgebeuteten in ewige unlösbare Fesseln zu schlagen. Aber der junge Riese Proletariat reckt seine Glieder schon mächtig, schon manchen grimmen Streich hat er getan und manche klaffende Wunde seinem tückischen Feinde beigebracht. Sind also die Ausbeuter und ihr Troß auch emsig am Werke, nicht minder emsig tätig sind die Ausgebeuteten. Und wie es ihnen gelungen ist, die Streiche des nunmehr müde gewordenen Gegners zu parieren, so werden sie sich auch noch der Streiche ihrer übrigen Feinde zu erwehren und diese schließlich zu überwinden wissen.

Leipzig und Umgebung.

Die Bundesgesellen als Schutztruppe des Unternehmertums.

In Nr. 306 der Leipziger Neuesten Nachrichten befindet sich ein Bericht über eine Versammlung des Brauervereins, Ortsverband der deutschen Gewerkvereine zu Leipzig, der sich mit den Differenzen zwischen der Brauerei E. Bauer und dem Brauereiarbeiterverbande beschäftigt. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der es heißt, daß die in der Volkszeitung sowie in andern bürgerlichen Zeitungen veröffentlichten Notizen nicht der Wahrheit entsprechen, auch eine Bevorzugung der Bundesgesellen nicht stattfinde, desgleichen könne von einer parteiischen Behandlung der freigewerkschaftlich Organisierten durch den Braumeister Elies nicht die Rede sein. Diese Beschuldigung, die man dem Braumeister Elies unterschiebe und mit der man ihn als einen reaktionären Herrn gegen seinen Chef, Herrn Bauer jun., hinstelle, sei eine große Frechheit. Elies habe sich bei seinem Chef sowie beim Publikum große Beliebtheit erworben usw.

Die Bundesschäfchen sind also auf Kommando angetreten, um sich beim Unternehmertum in empfehlende Erinnerung zu bringen. Die Brauerei Bauer hat es bis heute nicht gewagt, unsere Behauptung als falsch zu bezeichnen; da kommen die Aucharbeiter und versuchen der Firma zur Hilfe zu eilen. Sie vergessen dabei allerdings, daß sie sowohl sich selbst wie auch die Firma Bauer nebst Herrn Elies, noch mehr als es an und für sich schon der Fall ist, in der Oeffentlichkeit richten.

Tatsache ist, daß der Brauer Schneider nur auf Empfehlung des Bundes bei Bauer eingestellt wurde. Wenn dieser gleichwohl nach 14 Tagen dem Bunde den Rücken gekehrt hat, so ist dieser Fall doch jedenfalls bezeichnend, wie von einem Teil der Brauereien und Bundesleitung gegen die organisierten Arbeiter seit Jahren im geheimen gearbeitet wird. Es wird unsere Pflicht sein, mehr als bisher diese Betriebe der Oeffentlichkeit bekannt zu geben.

Eine Frechheit unsererseits wäre es allerdings, wenn wir Herrn Elies beschuldigt hätten, er sei ein reaktionärer Herr gegen seinen Chef. Bekanntlich behaupteten wir, Herr Bauer junior stehe vollständig unter dem reaktionären Kommando des Braumeisters. Auch dafür kann unsererseits im einzelnen der Beweis zur Genüge erfolgen.

Daß derartige Personen wie Elies, die die Rechte der Arbeiter in jeder Weise mit Füßen treten, ihnen den tariflich zustehenden Lohn trotz wiederholtem Mahnen nicht auszahlen, Ueberstunden mit Biermarken zu vergüten suchen und dergleichen mehr, sich bei ihren Chefs Beliebtheit erworben haben, wagen wir am allerletzten zu bestreiten.

Die Bundesgesellen kennen diese Dinge nicht oder wollen sie nicht kennen, für sie ist nur wesentlich, daß jedes Jahr die klingende Münze wiederkehrt. Herr Bauer junior wird diese Hilfe wohl zu schätzen wissen.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
und verw. Berufsgenossen (Zahlstelle Leipzig).

•

Zur Lohnbewegung der Kinematographen-Angestellten.

Es ist uns mitgeteilt worden, daß die Annonce, die vom Gesamtpersonal der Firma K. Ludewig in den Tagesblättern erschien und in der behauptet wurde, daß bei dieser Firma teils schon seit Jahren höhere Löhne gezahlt werden, als wie von der Organisation der Kinematographen-Angestellten gefordert würden, auf recht zweifelhafte Weise zustande gekommen ist. Am vergangenen Montag erschien der Geschäftsführer des Herrn Ludewig bei den einzelnen Angestellten und forderte die Unterschrift. Wie es in allen solchen Fällen ist, wo der Unternehmer oder dessen Vertreter etwas fordert, wurde auch hier die Unterschrift geleistet, weil, wie uns einige Angestellte dieser Firma versicherten, sie sonst unzweifelhaft entlassen worden wären. Herr Ludewig hat am letzten Sonntag noch Lohnzulagen in Aussicht gestellt, was nur deshalb geschehen sein soll, um die Unterschriften besser erhalten zu können. Wie die Löhne der Portiers in diesen Betrieben aussehen, haben wir gestern geschildert. Die Vorführer haben bis jetzt immer nur 24 bis 28 Mk. in sieben Tagen erhalten, wovon noch die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung abgezogen werden. Den Kontrolleuren zahlte Herr Ludewig pro Tag 3 Mk. und zog hiervon auch noch die Tage ab, an denen der Betrieb den Kinematographen gesetzlich verboten ist, so daß Familienväter mit 17 Mk. und einigen Pfennigen für sechs geleistete Tagesschichten nach Hause gehen mußten. Eine Gepflogenheit wie sie in andern Betrieben dieser Branche nicht gehandhabt wird.

An die Einführung eines freien Tages, was der Mittelpunkt der Forderungen ist, hat das Personal des Herrn Ludewig bis jetzt noch nicht denken dürfen.

Die Kinematographen-Angestellten halten in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend eine weitere Versammlung ab, wo über die Mißstände in den Betrieben des Herrn Ludewig gesprochen und weitere Schritte beraten werden sollen.

Transportarbeiterverband. Filiale Leipzig.

Deutsches Reich.

Ungesetzlichkeit auf Ungesetzlichkeit.

Das preußische Eisenbahnzentralamt hat an die ihm unterstellten Beamten und Arbeiter neuerdings wieder eine Verfügung erlassen, die das Verbot des Haltens und Verbreitens einer Zeitschrift betrifft. Die Reichssektion der Eisenbahner im Transportarbeiterverbande hatte bekanntlich ein Die Reichseisenbahn betiteltes Blatt für die Eisenbahner herausgegeben, das zu halten und zu verbreiten den Hörigen des Eisenbahnfiskus verboten worden war. Die Zeitschrift Die Reichseisenbahn erscheint nicht mehr. An ihre Stelle ist die Zeitschrift Das neue Eisenbahnerblatt getreten. Das Blatt vertritt ebenfalls die Interessen der Reichssektion der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Das Halten und Verbreiten dieser Zeitschrift wird nun den Bediensteten ebenfalls streng verboten und die Uebertretung dieses Verbots als eine „Förderung der ordnungsfeindlichen Bestrebungen" angesehen; sie soll die Kündigung des Dienstverhältnisses unnachsichtlich zur Folge haben. Die Vorsteher der Dienststellen sind angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß jeder der unterstellten Bediensteten von dem Verbot Kenntnis erhält.

Dieses neueste Vorgehen des Eisenbahnfiskus reiht sich seinen früheren würdig an. Gelingen wird es ihm aber trotzdem nicht, das Licht der Erkenntnis von den Eisenbahnern fernzuhalten.

•

Die Differenzen auf der Werft in Wilhelmshaven.

Eine von viertausend Werftarbeitern besuchte Versammlung lehnte die Resolution des Arbeiterausschusses, nach welcher der Streit zwischen der Direktion und den Arbeitern geschlichtet werden sollte, ab. Der Arbeiterausschuß legte darauf sein Amt nieder.

•

Erfolgreich beendete Lohnbewegung in der Knopfindustrie.

In den letzten Tagen konnte in Schmölln die vor einiger Zeit eingeleitete Lohnbewegung günstig zu Ende geführt werden. Die aufgestellten bescheidenen Forderungen wurden allerdings nur zum Teil bewilligt, trotzdem ist der Erfolg hoch anzuschlagen, besonders weil die Bewegung — mit Ausnahme einer Fabrik, wo es zum Streik kam, der inzwischen erfolgreich beigelegt wurde — ohne Kampf beendet werden konnte. Die erreichte Lohnerhöhung beträgt durchschnittlich 7½ Proz. für alle Branchen, die unter dem Einheitstarif arbeiten, und das ist der größte Teil der Arbeiterschaft. Bei den übrigen Branchen ist die Aufbesserung verschieden; in der bestreikten Firma beträgt sie 22, teilweise sogar 50 Proz. Die Fabrikanten zahlen das notwendige Oel bei Lichtarbeiten. Das Putzen der Automaten wird im Lohn ausgeführt, der Stundenlohn, sowie der Lohn für das Abladen der Späne und des Materials wird um 5 Pfg. erhöht und den Arbeiterinnen für sonstige Ueberarbeiten ein Stundenlohn von 20 Pfg. bezahlt. Auch in der Ueberstundenfrage wurde eine allerdings wenig befriedigende Lösung gefunden. Die Arbeitszeit wird wöchentlich um eine Stunde verkürzt.

Das schwere Los der Arbeiter und Arbeiterinnen wird trotz des günstigen Ausgangs der Bewegung nur um ein Geringes erleichtert. Der bisherige Durchschnittsverdienst der Arbeiter betrug rund 18 und der Arbeiterinnen 10 Mk. Trotzdem dürfen diese Proletarier auf ihren Erfolg stolz sein. Es wird dadurch bewiesen, daß auch die Arbeiter der Elendsberufe nicht trostlos in die Zukunft schauen brauchen, wenn sie, wie dieses in Schmölln der Fall, ihre Organisation mit Liebe und Sorgfalt pflegen und unermüdlich für Aufklärung in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht sorgen. Mögen sich die Angehörigen der Elendsindustrie anderer Orte ein Beispiel an diesen Arbeitern nehmen.

Kinderschutzkommission.

Zentralauskunftsstelle für alle Kinderschutzangelegenheiten Arbeitersekretariat, Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße 32, Mittelportal, II. Vorsitzender: Aug. Lüttich.

Beschwerden über Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz

werden von nachstehenden Vertrauenspersonen entgegengenommen:

Leipzig-Stadt:

Bezirksvertrauensperson: Frau Emilie Günther, Weststraße 20, H. II.
Frau Emilie Schröder, Humboldtstraße 23, IV.
Frau Emma Hebold, Katzbachstraße 12, II.
Frau Mai, Litzowstraße 5, III.
Frau Röber, Südplatz 2, IV. r.

Norden:

Bezirksvertrauensperson: Justus Schubert, L.-Eutritzsch, Magdalenenstraße 6a, I.
L.-Eutritzsch: Frau Emma Kurth, Magdalenenstraße 2, I.
L.-Gohlis: Emma Winter, Magdeburger Straße 6.
Martha Streine, St. Privatstraße 2, I.
Albine Wolff, St. Privatstraße 20, IV.
L.-Möckern: Ida Höppner, Karolastraße 10, IV. l.
L.-Wahren: Max Jacob, Hallische Straße (Konsumverein).
Mockau: Max Krieger, Hauptstraße 10, III.
Stahmeln: Gustav Gründling, Nr. 30.
Wiederitzsch: Frau Krone.

Osten:

Bezirksvertrauensperson: Frau Porsil, L.-Sellerhausen, Schützenhausstraße 2.
L.-Anger: Frau Walther, Ungerstraße 22, I.
L.-Neuschönefeld: Frau Pestner, Volkmarsdorf, Kirchstraße 84.
L.-Neustadt: Frau Hennig, Neustadt, Kirchstraße 89.
L.-Reudnitz: Frau Graß, Dresdner Straße 55.
L.-Stötz: Frau Beyer, Karl-Härting-Straße 2.
L.-Volkmarsdorf: Frau Thalheim, Volkmarsdorf, Juliusstr. 2c.
Naunhof: Robert Kadelbach, Wurzner Straße 264.
Paunsdorf: Karl Kremer, Paulinenstraße 24.
Schönefeld: Frau Wolken, Dimpfelstraße 85, I. r.
Taucha und Umgegend: Daniel König in Döbitz b. Taucha.

Südosten:

Bezirksvertrauensperson: Frau Fahr, Neureudnitz, Karolastraße 5.
L.-Probstheida: Frau Anna Müller, Schulstraße 11, part.
L.-Stötteritz: Frau Klara Pöllnitz, Arnoldstraße 22.
Frau Agnes Schuchardt, Christian-Weiße-Straße 8.
L.-Thonberg: Marie Naundorf, Oststraße 48, Tr. B, III.
Göhren: Albin Reh.
Holzhausen: Karl Hahner, Körnerstraße.
Liebertwolkwitz: Rich. Nebel, Seitenstraße 223, I.
Mölkau: Max Näther, Stötteritzer Straße 1.
Wachau: Ernst Friedrich, Nr. 30.

Süden:

Bezirksvertrauensperson: Karl Schulz, L.-Connewitz, Bornaische Straße 13, I.
L.-Connewitz: Frau Kl. Pötzsch, Brandstraße 15, I.
L.-Dölitz: Oskar Pfütze, Schloßstraße 14, I.
L.-Lößnig: Frau Ebert, Lobstädter Straße 23, II.
Gautzsch-Oetzsch: Frau Förster, Oetzsch, Siegfriedstraße 7, III.
Geschwitz bei Rötha: Frau Braut.
Großdeuben: Emil Pleißner.
Kotzschbar: Frau Anna Zwoboda, Schulstraße 74c.
Rötha: Reinhold Müller, Wettinstraße 258.
Zwenkau: Rudolf Schwab, Leipziger Straße 170.

Westen:

Bezirksvertrauensperson: Frau Remus, L.-Schleußig, Blümnerstraße 8.
L.-Kleinzschocher: Frau Kühn, Klarastraße 11, III. l.
L.-Lindenau: Frau Frenzel, Gundorfer Straße 35, I.
Frau Zeiler, Hahnemannstraße 18, III.
L.-Plagwitz: Frau Thielemann, Karl-Heine-Straße 63, III.
Frau Reinhardt, Zschochersche Straße 50, IV.
L.-Schleußig: Frau Kirchhoff, Blümnerstraße 22, part.
Frau Noack, Könneritzstraße 65, III.
Frau Keimling, Brockhausstraße 56, III.
Bösdorf: Rob. Bertram.
Herm. Hänsel.
Burghausen: Friedrich Apel, Bienitzstraße 4.
Großzschocher: Frau Kränkel, Hauptstraße 107.
Knautkleeberg: Max Zschocher, Leipziger Straße 61, II.
Leutzsch: Frau Minna Kießig, Grenzstraße 4, II.
Lausen: P. Köhler, Nr. 26.

(Diese Liste wird noch weiter ergänzt.)

Wir bitten alle Fälle ungesetzlicher Erwerbsarbeit der Kinder, Mißhandlungen, sittliche Gefährdung und dergleichen an diese Genossinnen zu melden. Die Namen der Beschwerdeführer werden diskret behandelt, können also ohne Besorgnis obigen Personen mitgeteilt werden.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Die Gesangsprobe

braucht nicht auszufallen, meine Herren, wenn Sie sich angewöhnen, Wybert-Tabletten bei sich zu führen und bei belegter Stimme oder rauhem Hals davon zu nehmen. „Es gibt kein besseres Mittel, um die Stimme sofort klar und frisch zu machen." Dies ist der Inhalt zahlloser Zeugnisse über die in ihrer Wirkung unerreichten Wybert-Tabletten, die in allen Apotheken 1 Mark pro Schachtel kosten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg.

E. G. m. b. H.

An unsere Mitglieder!

Zufolge Beschlusses der Generalversammlung vom 29. September 1910 kommen in diesem Jahre

1646645 Mk.

Rückgewähr zur Auszahlung. — **Um nun eine glatte, geordnete und schnelle Auszahlung dieser Summe zu ermöglichen, bitten wir dringend, den nachstehenden Anordnungen des Vorstandes nachzukommen.**

Die Auszahlung der Rückvergütung

geschieht für diejenigen Mitglieder, denen **Kohlenlieferungen** und **Darlehen** aus dem Dispositionsfonds von den Rückvergütungs-Beträgen abzurechnen sind, in **Leipzig-Plagwitz, Jahnstrasse 69 (Nebeneingang),** an folgenden Tagen:

Nr.	1	bis	20000	am 9. November
„	20001	bis	40000	am 10. November
„	40001	bis	60000	am 11. November
„	60001	bis	Schluß	am 12. November

Die in den Händen der Mitglieder befindlichen **Kohlen-Rechnungen** bitten wir vorzulegen.

Die reguläre Auszahlung der Rückvergütung

geschieht in folgender Weise:

Für die in der **Westvorstadt** wohnenden Mitglieder in **Leipzig-Plagwitz, Jahnstrasse 69** Nebeneingang, von **8–12** u. **2–6** Uhr:

Nr.	1	bis	6000	am 14. November
„	6001	bis	12000	am 15. November
„	12001	bis	20000	am 17. November
„	20001	bis	30000	am 18. November
„	30001	bis	39000	am 19. November
„	39001	bis	47000	am 21. November
„	47001	bis	55000	am 22. November
„	55001	bis	67000	am 23. November
„	67001	bis	Schluß	am 24. November

Für die in der **Ostvorstadt** wohnenden Mitglieder im **Warenhaus L.-Reudnitz, Dresdner Str. 55** parterre, nur von **8—12** bis **2—6** Uhr:

Nr.	1	bis	28000	am 25. November
„	28001	bis	35000	am 26. November
„	35001	bis	43000	am 28. November
„	43001	bis	51000	am 29. November
„	51001	bis	60000	am 30. November
„	60001	bis	Schluß	am 1. Dezember

Für die in der **Südvorstadt** wohnenden Mitglieder in der **Goldnen Krone, L.-Connewitz, Peganer Str. 39** von **8—12** und **2—6** Uhr:

Nr.	1	bis	56000	am 5. Dezember
„	56001	bis	Schluß	am 6. Dezember

Für die in der **Nordvorstadt** wohnenden Mitglieder im **Drachenfels, L.-Gohlis, Aeussere Hallische Str. 1** von **8—12** und **2—6** Uhr:

Nr.	1	bis	76500	am 2. Dezember
„	76501	bis	Schluß	am 3. Dezember

Wir ersuchen die geehrten Mitglieder nochmals, für die Erhebung der Rückgewähr nur die Tage wie angegeben zu benutzen. Bei großem Andrange muß sich die Verwaltung vorbehalten, diejenigen Personen, die an den obenbezeichneten Tagen zur Vorlegung des Buches nicht berechtigt sind, zurückzuweisen.

Der Vorstand.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Politische Uebersicht.

Bruhn und Liman!

Bruhn und Liman! Ob nun wohl der olle ehrliche Bruhn wegen Beleidigung klagen wird, wie seinerzeit der Leipziger Oberstaatsanwalt Böhme wegen der Ueberschrift: Böhme und Liman klagte? — Wir wollen's in Ruhe abwarten.

Er hat Pech, der brave Liman, mit seinen Aussagen vor Gericht. Er fällt immer auf die falsche Seite, ob er nun als Zeuge, ob er als „Sachverständiger" auftritt. Wie war's doch im Eulenburgprozeß so heiter! Zum ersten Termin, vor dem Berliner Schöffengericht, der für Harden sehr gut und für Eulenburg sehr schlecht ausging, war Liman bereit, gegen Eulenburg auszusagen. Es kam jedoch nicht zur Vernehmung. Im zweiten Prozeß vor der Strafkammer, der für Eulenburg sehr gut und für Harden sehr schlecht ausging, kam Liman zum Eid. Und siehe da, an ihm vollzog sich das Wunder Bileams, des Sohnes Beors, des großen Magiers zu Petsar am Euphrat, der da auszog, den Israeliten zu fluchen, und es dem Moabiterkönig Balak hoch und heilig versprochen hatte, alle Sünd und Schande auf Judas schuldiges Haupt zu laden, der aber plötzlich beim Anblick der Kinder Israel, von prophetischer Begeisterung erfüllt, segnete statt fluchte. Im Eulenburgprozeß blickte der Verteidiger Hardens, Herr Bernstein, über den plötzlichen Gesinnungswechsel seines Zeugen Liman nicht verdutzter drein, wie weiland der gute König Balak. Vergebens wies er aus seinen Papieren nach, daß Liman ihm ausführlich darüber berichtet, daß Bismarck den guten Eulenburg für einen Knabenschänder gehalten, daß Liman sich ausdrücklich bereit erklärt habe, in diesem Sinne vor Gericht auszusagen. Half alles nichts! Liman stand völlig, wie einst Bileam unter der prophetischen Begeisterung — er mußte nämlich schwören! — und sagte das Gegenteil von dem aus, was er vorher aussagen wollte! —

Im Bruhnprozeß überraschte Liman ebenfalls durch seine Aussagen alle Welt. Mit Wärme trat er für seinen ihm politisch so nahestehenden Bruhn ein, lobte den „künstlerischen Wert" der Wahrheitsartikel, die „nationale und ernsthafte" Politik dieses Blattes, von Erpressungstendenzen sei in diesen Artikeln keine Rede, höchstens ein bißchen Sensation, aber die sei nun einmal mit Vaterlandsliebe untrennbar verbunden. Scheinbar hat dieses Mal Liman nicht auf das falsche Pferd gewettet, Ehren-Bruhn wird freigesprochen, Liman kann mit sich zufrieden sein. Hat er's nicht gleich gesagt, daß Bruhn ein Ehrenmann ist? —

Aber nun kommt der hinkende Bote! Trotz des Freispruches läßt sich die öffentliche Meinung nicht dazu herbei, in Bruhn einen Ehrenmann zu sehen. Wir gaben schon gestern eine Probe davon, daß gerade die „nationale" Presse den kompromittierlichen Bruhn kräftig von sich abschüttelt, und wir könnten sie noch mit Zitaten aus der Täglichen Rundschau und der Deutschen Tageszeitung zu Berlin, die bekanntlich dem Liman einst sehr nahe standen, ergänzen. Aber wir haben's nicht nötig, nach Berlin zu gehen. Dieses Mal sind es die Leipziger Neuesten Nachrichten selber, das Leipziger Organ des trefflichen Liman, die das besorgen. Im Leitartikel der Mittwochsnummer schreibt dieses Blatt zum Bruhnprozeß folgendes:

Es war **der Skandal aus der Skandalpresse**, der sich vor den Schranken des Moabiter Gerichtshofes offenbarte. Man läßt die Senkstoffe, die sich auf dem Boden der Gewässer abgelagert haben, gern ruhen; hier wurden alle die Elemente aufgestört, deren Zusammenwirken das entstehen läßt, was in den Verkehrsstraßen der Millionenstadt ausgebrüllt zu werden pflegt. Es handelt sich hier nicht um den einzelnen Fall der Wahrheit. Aber die deutsche Presse, die auf ihre Reputation etwas hält und es mit ihrer ideellen Aufgabe ernst nimmt, **kann nicht scharf genug von solchen Erzeugnissen großstädtischer Dekadence abrücken, kann nicht scharf genug den Trennungsstrich markieren**, der sie unerbittlich von derartigen Blättchen scheidet, die ihre Lebensaufgabe darin suchen, **die niedrigsten Instinkte** der Masse zu ködern.

Kenner der Neuesten Nachrichten kann es nur humoristisch anmuten, wenn dieses Blatt anfängt, von „Reputation" zu reden. Doch das nur nebenbei. Hauptsache ist, daß hier die Leipziger Neuesten Nachrichten mit hörbarem Ruck nicht nur von Bruhn, sondern von ihrem eignen Mitarbeiter Liman abrücken, der den Bruhn vor Gericht mit so liebevoller Nachsicht herausstrich. Und das Seltsamste ist, daß dieser Artikel, in dem Liman solche moralische Prügel bezieht, nicht von Liman selber ist! Diesesmal mußte sich der Herr Chefredakteur Grautoff schon selber bemühen und zu der ungewohnten Tätigkeit des Schreibens statt des Schneidens und Klebens greifen. Und zum Zeichen, daß Liman diesesmal nicht doppelt geschrieben hat, hat Herr Grautoff seine Initialen unter den Artikel gesetzt.

So ist er denn auch von seinem Leipziger Blatte gestäupt worden, der arme Yorik, genau so, wie er einst von der Deutschen Tageszeitung gestäupt worden ist. Er kann sich mit dem trefflichen Bruhn auf ein Bänkchen setzen. — Und die übrige bürgerliche Presse hält mit ihrer Hochachtung ebenfalls nicht zurück. Die Germania schreibt:

Als Merkwürdigkeit, die in diesem Prozesse hervortrat, wollen wir noch erwähnen, daß der Journalist Paul Liman als Sachverständiger vernommen wurde. Er sprach sich auf Grund des Studiums einer Anzahl von Nummern der Wahrheit im allgemeinen günstig für Bruhn aus, dessen „nationaler" Gesinnungsgenosse er auch ist. Doch das ist Nebensache. Mehr Gewicht legen wir darauf, **daß Herr Liman notorisch „kann schreiben rechts, kann schreiben links", und deshalb schon allerlei Unannehmlichkeiten** mit Verlegern und Kollegen gehabt hat. In Erinnerung wird wohl auch noch sein **vollständiges Versagen in dem Prozeß Moltke-Harden** sein, in dem er von alledem, was er Harden mitgeteilt haben sollte, **auf einmal nichts mehr wußte. Eignet sich ein solcher Mann eigentlich zum gerichtlichen Sachverständigen?** Da er gar nicht in eine Redaktion sieht, scheint er uns auch aus diesem Grunde nicht recht zum Sachverständigen zu passen. Warum wurde kein wirklicher Sachverständiger vernommen, gegen den sich nichts einwenden ließ?

Und die Hilfe sagt vieldeutig:

Daß übrigens bei diesem Prozeß **ausgerechnet Paul Liman**, auf dessen Lebensblatt doch auch schon einiges geschrieben steht, als Sachverständiger für journalistische Tugendhaftigkeit waltete, entbehrt nicht des Humors.

In der That: Der arme Yorik bewährt sich als Spaßmacher.

Bruhn und Liman, deutsche Dioskuren!
Weh', daß der Lorbeer nicht auf deutschen Fluren
Für so erlauchte Häupter wachsen darf!

Deutsches Reich.

Preußische Kulturschande.

In Berlin wurde am Dienstag von der Polizei bei einem russischen Parteigenossen gehaussucht (vier Mann hoch!). Nach wenigen Stunden erhielt er dann die Ausweisung mit der brutalen Order, binnen 24 Stunden Preußen zu verlassen. Sein ganzes Verbrechen bestand darin, daß er neulich mit einem Berliner Parteigenossen ¼ Stunde lang auf der Straße plauderte. Der russische Genosse lebt seit 4 Jahren in Berlin, hat sich recht und schlecht durchgeschlagen und selbst die Polizei hat ihm nichts Belastendes nachsagen können. Trotzdem muß der Mann binnen 24 Stunden verlassen, was er in vierjähriger ernster Arbeit in Berlin sich geschaffen hat, seine Existenz wird wegen nichts und wieder nichts mit einem Federstrich vernichtet. Solche Willkürakte schreien zum Himmel. In Potsdam wird der blutbesudelte Henker des russischen Volkes mit allem Gepränge und Hurra empfangen, Hunderte von Soldaten und preußischen Polizisten werden zu seinem Schutze aufgeboten, die bürgerliche Presse liegt vor dem Autokraten glatt auf dem Bauche, und fast zur gleichen Zeit wird ein anderer russischer Staatsangehöriger, der sich nicht das Geringste zu schulden kommen ließ, von derselben Polizei wie ein gefährlicher Verbrecher im Eiltempo über die Grenze gejagt. Dieselbe Presse aber, die den Blutzaren anwinselte, wird jetzt die Ausweisung des russischen Sozialdemokraten ausdrücklich oder stillschweigend gutheißen. Dafür leben wir auch in Preußen-Deutschland, das nach Bülows Zeugnis in der Kultur aller Welt voran ist.

Die Antwort der Elbinger.

Die glatte Absage, die dem Januschauer Oldenburg von seinen eigenen Parteifreunden in Elbing wurde, hatte im konservativen Lager begreiflicherweise derb verschnupft. Die konservative Presse erklärte die Elbinger Frondeure einfach für verkappte Nationalliberale, und die Deutsche Tageszeitung verlangte gar kurzerhand den Ausschluß aus der konservativen Partei. Darauf veröffentlicht nun der Elbinger Konservative Verein eine geharnischte Erklärung, worin er die konservative Gesinnung seiner Mitglieder betont und dann weiter fortfährt:

> Nicht aber haben wir es für konservativ halten können, wenn der Abgeordnete v. Oldenburg im Kampfe um den Zolltarif erklärte, der Bund der Landwirte könnte mit Pauken und Trompeten nach links marschieren, wenn die Regierung seinen Forderungen nicht entgegenkäme. Wir haben es nicht für konservativ gehalten, als die Vertreter des Bundes der Landwirte sich mit Zentrum und Polen verbanden, um in der Reichsfinanzreform die Regierung unter den Willen dieser Parlamentsmehrheit zu bringen und einen — gerade um die Landwirtschaft — verdienten Staatsmann dem Rachegelüst des Zentrums zu opfern. Nicht konservativ können wir es nennen, wenn der Abgeordnete v. Oldenburg in öffentlicher Abneigung gegen das Reich den zweitgrößten Bundesstaat anrempelte.

Es will unverkennbar Abend werden mit dem Januschauer Bramarbas!

Die indirekten Steuern im Reichsetat für 1911.

Nach dem neuen Etatsentwurf setzen sich die indirekten Steuern wie folgt zusammen:

	Mk.	Mehr Mk.	Weniger Mk.
Zölle	638 291 000	6 391 000	—
Tabaksteuer	14 549 000	136 000	—
Zigarettensteuer	25 814 000	2 103 000	—
Zuckersteuer	151 919 000	4 741 000	—
Salzsteuer	58 250 000	202 000	—
Branntweinsteuer	163 476 000	—	16 524 000
Essigsäureabgabe	641 000	137 060	—
Schaumweinsteuer	10 876 000	666 000	—
Leuchtmittelsteuer	8 963 000	—	6 050 000
Zündwarensteuer	15 776 000	766 000	—
Brausteuer u. Uebergangsabgabe für Bier	123 462 000	11 962 000	—
Spielkartenstempel	1 852 450	33 250	—
Wechselstempel	17 190 000	—	1 909 955
Reichsstempelabgabe	64 430 000	1 910 000	—

Jugendgerichte.

Mit der Jugendgerichtsbarkeit beschäftigte sich die Justizkommission am Mittwoch. Von unseren Genossen wurde der in erster Lesung abgelehnte Antrag wieder aufgenommen, der an Stelle der Staatsanwaltschaft der Vormundschaftsbehörde das Recht der Entscheidung darüber, ob gegen einen Jugendlichen ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden soll, geben wollte. Leider wurde dieser Antrag, der von prinzipieller Bedeutung für das ganze Jugendgerichtsverfahren ist, wiederum abgelehnt. Ebenso lehnte die Kommissionsmehrheit einen weiteren Antrag unserer Genossen ab, der den Jugendlichen in größerem Umfange vor den augenblicklichen und späteren üblen Folgen der Untersuchungshaft in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung zu bewahren und schützen bezweckte. Dagegen brachte die Kommissionsmehrheit noch eine Verschlechterung in das Gesetz hinein, indem sie die Bestimmung strich, daß dem Jugendlichen auch beim Amtsgerichtsverfahren wegen Beleidigung oder Körperverletzung ein Verteidiger zu stellen ist.

Zu längeren Debatten führte die Bestimmung über das Schutzalter der Jugendlichen. Die Einleitung eines Verfahrens kann unter Umständen unterbleiben oder das Verfahren eingestellt werden, wenn der Jugendliche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Die Kommissionsmehrheit setzte in der ersten Lesung diese Schutzgrenze auf das sechzehnte Lebensjahr herunter. Das verursachte in den an der Jugendgerichtsbarkeit und der Jugendfrage interessierten Kreisen die lebhaftesten Proteste, denen die Kommission dadurch gerecht wurde, daß sie das Schutzalter entsprechend einem Antrage unserer Genossen und der Nationalliberalen wieder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ausdehnte. Ein Antrag Gröber, für die Jugendgerichtsbarkeit das bedingte Strafverfahren einzuführen, wurde abgelehnt.

Die übrigen Bestimmungen wurden dann ohne erhebliche Aenderungen angenommen.

Wieder einer über Bord.

Der Reichstagsabgeordnete Kölle, Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung und in seinem Privatberufe Amtsgerichtsrat, wurde von dem Disziplinarhof des Oberlandesgerichts Celle zur Strafversetzung und 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Vergehen, dessen Kölle angeklagt war, liegt längere Zeit zurück. In einem Preßprozeß, in dem er den Vorsitz führte, wurde er von dem Kläger als befangen abgelehnt. Kölle erklärte sich aber für nicht befangen und sprach den Redakteur der ihm nahestehenden Harzzeitung frei, während die Strafkammer in Göttingen später gegen den Redakteur auf drei Monate Gefängnis erkannte. Kölle wurde wegen dieser Angelegenheit vor den Disziplinarsenat in Celle geladen, der das genannte Urteil fällte.

Die Mittelständler haben wirklich Pech. Eine ihrer Größen nach der anderen geht moralisch in die Brüche: dem Schack folgte der Bruhn und jetzt fliegt auch der Kölle noch über Bord. Es ist bloß gut, daß die Reichstagssession bald zu Ende geht, sonst würden voraussichtlich von der stolzen Schar nicht allzuviel Intakte übrigbleiben.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Einen beachtenswerten Sieg erfochten unsre Parteigenossen in Mannheim bei den am Mittwoch stattgefundenen Wahlen zur Kreisversammlung. Es besteht zu dieser Verwaltungskörperschaft noch das für den Landtag seit sechs Jahren beseitigte indirekte Wahlrecht und die halbe Erneuerung. Die Stadt Mannheim hatte 661 Wahlmänner zu wählen, die am 7. Dezember sechs ordentliche Mitglieder in die Kreisversammlung wählen. Bei der gestrigen Wahl, an der sich unsre Partei zum erstenmal beteiligte, erhielten wir in 23 von insgesamt 26 Bezirken die Mehrheit. Wir erhielten 3546 Stimmen und 578 Wahlmänner, während die Nationalliberalen, für die auch noch die Fortschrittler stimmten, es nur auf 1535 Stimmen und 83 Wahlmänner brachten. Gegenüber der Zahl der Wahlberechtigten von rund 25000 ist die Zahl der abgegebenen Stimmen allerdings gering. Das ist aber nicht auf Wahlflauheit zurückzuführen, sondern auf den Umstand, daß nur zwei Stunden, von 11 bis 1 Uhr mittags, zum Wählen angesetzt waren. Bei der früheren schwachen Wahlbeteiligung hat diese Zeit auch ausgereicht, aber in dem Moment, wo unsre Partei auf dem Plane erschien, hätte die Wahlzeit unbedingt verlängert werden müssen. Wenn man etwa geglaubt hat, durch diese Praktiken unsern Sieg schmälern zu können, so hat man sich, wie das Resultat zeigt, gründlich verrechnet. Deutlich hat sich bei dieser Wahl gezeigt, wie wenig Anhang die Nationalliberalen in Arbeiterkreisen haben. In den Arbeitervierteln haben sie in mehreren Bezirken nicht einmal so viel Wähler aufgebracht, wie Wahlmänner zu wählen waren.

Berlin, 10. November. In einem an die Provinzialbehörden gerichteten Erlaß hat der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten darauf hingewiesen, daß die im Arbeiterschutzinteresse von den Polizeibehörden auszuübende **Baukontrolle** nicht allein den Hochbauten, sondern in gleichem Umfange auch den Tiefbauten und dem Abbruch von Baulichkeiten zu gelten hat. Die Polizeibehörden sollen, soweit dies noch nicht geschehen ist, dafür sorgen, daß die mit der Bautenkontrolle befaßten Organe auch diesen Arbeiten ihre Aufmerksamkeit zuwenden, damit die bestehende Unfallgefahr nach Möglichkeit herabgemindert wird.

Zur Fleischeinfuhr in Baden war die Entschließung Elsaß-Lothringens wegen Erteilung der Durchfuhrerlaubnis noch nicht erfolgt. Die badische Regierung hat deshalb angeordnet, daß das französische Schlachtvieh trotzdem eingeführt wird, aber Elsaß-Lothringen umgangen werden soll. Das französische Vieh soll über den badischen Bahnhof bei Basel transportiert werden.

Keine Lust zum Durchfall. Der Nationale Wahlverein im Kreise Elmshorn-Pinneberg, den jetzt der fortschrittliche Abg. Carstens vertritt, hatte dem Fürsten Bülow die Reichstagskandidatur angetragen, Bülow hat aber dankend abgelehnt, was sich die „nationalen" Männer in Elmshorn-Pinneberg von vornherein hätten sagen können. Der Wahlkreis wird zu den ersten zählen, die 1911 wieder an die Sozialdemokratie zurückfällen. Herr Bülow hätte sich also höchstens einen Durchfall mit Pauken und Trompeten holen können.

Für Arbeiterkammern und gegen Arbeitskammern hat sich das Vorsteheramt der Danziger Kaufmannschaft in einem letzten Geschäftsbericht ausgesprochen und dafür folgende Gründe angeführt:

> Wir können uns eine Förderung des sozialen Friedens, der gewiß ein Ziel aufs innigste zu wünschen ist, aus der Schaffung von Arbeitskammern nicht versprechen. Unsere Erfahrung hat uns gezeigt, daß bei gemeinsamen Beratungen von Arbeitgebern und Arbeitern die letzteren in der Regel mit fester Marschroute, die ihnen von ihren Verbänden, Vereinen usw. vorgeschrieben ist, auftreten, und das macht natürlich eine Verständigung von vornherein unmöglich. Selbst Mitglieder unsrer Körperschaft, die früher durchaus für paritätisch zusammengesetzte Beratungskörper eintraten, haben jetzt, durch die Praxis bekehrt, ihren Standpunkt geändert. Den Wunsch der Arbeiter, ihre Interessen in einer staatlich anerkannten Körperschaft zu vertreten, finden wir dagegen berechtigt. Aus diesen Gründen haben wir uns für Arbeiterkammern ausgesprochen.

Schnapsblockerfolge. Im Geschäftsbericht des Vorsteheramts der Danziger Kaufmannschaft wird mitgeteilt, daß die Danziger Zündholzfabrik den Betrieb bis zur Hälfte der Leistungsfähigkeit eingeschränkt hat; ein großer Teil alter Arbeiter ist entlassen worden. In beteiligten Kreisen wird angenommen, daß die Zündholzindustrie einer noch viel traurigeren Zeit entgegengeht.

Der „Segen" der Zollpolitik für den Mittelstand. In einer vom Verein selbständiger Schuhmacher in Köln veranstalteten öffentlichen Schuhmachermeisterversammlung nahm man einstimmig eine Resolution an, in der die Versammelten erklären, daß sie in der bisherigen Zollpolitik des Deutschen Reiches eine schwere materielle Schädigung der kleinen Existenzen erblicken. Der geltende Zolltarif belaste durch die Zölle auf Rohhäute und Lederwaren das Schuhmachergewerbe enorm. „Die Versammelten erklären", so schließt die Resolution, „bei den nächsten Reichstagswahlen nur diejenige Partei zu unterstützen, die gegen jegliche weitere Belastung des arbeitenden Volkes energisch protestiert und zu keiner Steuer ihre Zustimmung erteilt, die wie immer, in erster Linie die Besitzlosen trifft."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Edle Seelen finden sich .... Die antisemitische Staatsbürgerzeitung, an der früher der Wahrheits-Bruhn und andere ähnlich qualifizierte Leuchten der antisemitischen Partei wirkten, hat jetzt, nachdem die traute Interessengemeinschaft mit dem Stöcker-Organ Reich in die Brüche gegangen ist, liebevolle Aufnahme bei dem Organ des Bundes der Landwirte gefunden. Sie wird seit dem 1. November in der Druckerei der Deutschen Tageszeitung hergestellt und übernimmt täglich einen großen Teil des Satzes des agrarischen Blattes. Der bisherige Chefredakteur des Reich, Dr. Oesterreicher, ist in die Redaktion der Staatsbürgerzeitung eingetreten.

Der Finanzballes in Hamburg. Der hamburgische Senat hat der Bürgerschaft das Budget für 1911 überreicht, das mit einem Fehlbetrag von **16,8 Millionen** abschließt, worin die Mehrausgaben für die geplante Erhöhung der Beamtengehälter nicht berücksichtigt sind. Der Senat beantragt, den Fehlbetrag vorläufig durch eine temporäre Anleihe zu decken. Die endgültige Deckung des Fehlbetrags soll der vor kurzem eingesetzten gemischten Kommission überlassen bleiben.

Kleine politische Nachrichten. Vier portugiesische Admirale, unter ihnen der frühere Ministerpräsident Ferreira do Amaral, sind **verabschiedet** worden. — Dem Blatt Sabah zufolge beträgt das **türkische Kriegsbudget** wie im Vorjahre etwa 9 Millionen Pfund. — Der kleine Kreuzer Bremen ist infolge der in **Amapala** (Republik Honduras) ausgebrochenen Unruhen zum Schutze des deutschen Eigentums und der deutschen Interessen dorthin beordert worden. — In der Provinz **Chiclayo** (Peru) ist eine **Revolution** ausgebrochen. Die Regierung entsandte Truppen dahin. — Die englischen Landungstruppen in **Lingeh** (Persien) sind, nachdem die Gefahr für die Fremden beseitigt ist, zurückgezogen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wieder einmal am Ende des Lateins.

Prag, 9. Oktober. Heute gerieten die Ausgleichsverhandlungen zwischen den Deutschen und den Tschechen neuerlich ins Stocken, da sich in der Frage des Sprachengesetzes starke Meinungsgegensätze ergaben. Die Lage ist so zugespitzt, daß Statthalter Graf Coudenhove zum erstenmal die Obmänner der Parteien zu einer vertraulichen Konferenz berief. Als Ergebnis der Konferenz, der auch Oberlandmarschall Fürst Lobkowitz beiwohnte, wird verlautbart, daß die Ausgleichsverhandlungen fortgesetzt werden.

Frankreich.

Das neue Kabinett vor der Kammer.

Paris, 9. November. In der heutigen Kammersitzung griff Pelletan, der Führer der Sozialistischradikalen, Briand heftig an. Er warf ihm vor, er sei der große Mann der Reaktion, da er eine Art von Militarisierung der öffentlichen Dienste habe durchblicken lassen und durch Beschränkung des Streikrechts bestrebt sei, die Sklaverei wieder herzustellen. Am Schluß der Debatte erklärte Briand, er werde die Tagesordnung Grosdidier annehmen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und die Erklärung der Regierung gebilligt wird, und stellte die Vertrauensfrage. Einige Deputierte wandten sich unter großem Lärm gegen Lafferre wegen seiner Beziehungen zur Freimaurerei. Lafferre protestierte lebhaft gegen diese Angriffe. Die Tagesordnung Grosdidiers wurde darauf mit 296 gegen 209 Stimmen angenommen.

Spanien.

Das Spiel mit dem Feuer der Revolution.

Madrid, 9. November. In der Deputiertenkammer sprach der Sozialist Iglesias über den Ausstand in Sabadell und Barcelona und sagte dem Minister des Innern, wenn man Gesetze gegen die Arbeiter machte, so würden sich diese darüber hinwegsetzen und Stöße würden blutige Gegenstöße und zwar in einer Ausdehnung, von der man sich unmöglich eine Vorstellung machen könne, hervorrufen.

Türkei.

Die Anleihe perfekt.

Konstantinopel, 9. November. Finanzminister Djavid Bei und Dr. Helfferich haben heute abend den Anleihevertrag unterzeichnet.

Berlin, 9. November. Ein von der Deutschen Bank geführtes Konsortium übernahm von der türkischen Regierung eine vierprozentige, in 41 Jahren tilgbare, durch die Zolleinnahmen von Konstantinopel sichergestellte Anleihe von sieben Millionen türkischen Pfunden zum Kurse von 84 Prozent weniger einer Pauschalvergütung für die ausländischen Stempel und Emissionskosten. Das Konsortium hat die Anleihe bis spätestens 14. März 1912 abzunehmen und leistet der türkischen Regierung inzwischen zu 5½ Prozent Diskont einen Vorschuß auf Schatzwechsel, welche aus dem Anleiheerlös heimzuzahlen sind. Die türkische Regierung räumt dem Konsortium außerdem das Recht ein, weitere 4 Millionen türkischen Pfunden der gleichen Anleihe zum nämlichen Kurse zu beziehen.

Japan.

Blutige Justiz

Tokio, 9. November. Sechsundzwanzig Japaner, die der Teilnahme an einer Verschwörung gegen das Leben des Kaisers angeklagt waren, der während seines Besuchs der Militärschule von ihnen ermordet werden sollte, wurden heute vom Tribunal für schuldig befunden. Das Gericht empfiehlt, auf die schwerste gesetzlich vorgeschriebene Strafe, nämlich auf die Todesstrafe, zu erkennen.

Sächsische Angelegenheiten.

Eine Komödie der Reichstagskandidaturen.

Im 2. sächsischen Reichstagswahlkreis, Löbau-Ebersbach, schachern und katzbalgen die bürgerlichen Parteien um die Kandidaturen für die nächste Wahl in einer geradezu amüsanten Weise. Selbstverständlich wird auch mit allen Mitteln bürgerlicher Volksbetrügerei gegeneinander intrigiert. Um dem jetzigen Vertreter, dem Nationalliberalen Dr. Weber, den Boden abzugraben, hat ihn der konservative Führer im Kreise eine „nationale Gefahr" genannt. In der Person des Fabrikanten Förster-Spremberg soll Herrn Weber ein konservativer Gegenkandidat entgegengestellt werden. Das Zentrum hat zu dieser konservativen Kandidatur bereits seinen Segen gesprochen durch einen Brief des Abgeordneten Müller-Fulda an den konservativen Führer von Nostitz-Wallwitz:

„Ich lese, daß unser früherer Abgeordneter, Herr Förster, im 2. sächsischen Wahlkreise als Kandidat aufgestellt und von der liberalen Presse deshalb angegriffen wird. Ich kann aus persönlicher Erfahrung heraus sagen, daß diese Angriffe grundlos sind. Herr Förster war ein sehr gerecht denkendes Mitglied des Reichstages, er hat bei den Beratungen des Zolltarifs in der Kommission durch seine Sachkenntnis und durch seinen Fleiß immer, und ich darf sagen, die Arbeiten jedenfalls besser geleistet als sein Nachfolger, der nur zerstörend gewirkt hat. — Als alter Freund der Konservativen und Berufsgenosse glaube ich, diese Erklärung schuldig zu sein. Hochachtungsvoll R. Müller, M. d. R. Fulda, November 1910."

Mag sein, daß Herr Müller-Fulda Herrn Förster einen Gefallen erweisen wollte, aber sein Brief dürfte die Wirkung eines Uriasbriefs haben, weil er Herrn Förster darin attestiert, daß er bei der Wucherzöllnerei 1902 einer der gemeinschädlichen Macher bei jenem volkswirtschaftlichen Verbrechen war. Der Brief wird eine scharfe Waffe werden in den Händen unsrer Genossen gegen Förster, wenn dieser wirklich kandidieren sollte. Vor einigen Tagen fand nun in Löbau eine starkbesuchte bürgerliche Versammlung statt, die von den Nationalliberalen arrangiert war. Herr Dr. Weber wollte sich rechtfertigen. Ueber den Verlauf der Versammlung berichtet der Sächsische Postillon:

Dr. Weber wies in einer langen Rede die Angriffe der Konservativen zurück, beleuchtete die Politik der konservativen Partei und schilderte den Hergang bei der Sprengung des Bülowblocks. Darauf sprach v. Nostitz-Wallwitz, der ausführte: Er könne rein gar nichts zurücknehmen. Herr Dr. Weber habe sich vom Hospitanten der Nationalliberalen zu einem linksstehenden Führer der nationalliberalen Partei entwickelt, und unter diesen Verhältnissen könne er kein Kandidat der Konservativen sein. Förster-Spremberg kam u. a. auf die Erbschaftssteuer und auf das Machtverhältnis zwischen Regierung und Parlament zu sprechen und schloß: Es scheint die Kandidatenfrage noch nicht gelöst zu sein. Wir wollen erst die Sache abwarten. Ich bin der letzte, der an einem Mandat klebt, aber ich werde es behalten, solange es die Konservativen wünschen. Der bekannte Reaktionär Hähnel-Kuppritz, der nun an die Reihe kam, hielt keinen andern Ausweg für möglich, als es zur Stichwahl zwischen den drei Kandidaten (den Konservativen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten) kommen zu lassen. Dann aber bei der Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem Ordnungsparteiler sollten alle nationalen Kräfte so intensiv wie möglich daran arbeiten, daß der Sozialdemokrat nicht zum Siege gelangte. Ein Herr Pflug-Zittau, besprach u. a. ein freikonservativ gefärbtes Programm, das die Konservativen im Saale hatten verteilen lassen. Dieses Programm erklärte er für sehr gut, denn es enthalte **genau dieselben Punkte wie das Programm der nationalliberalen Partei.** (!!!) Alles, was hier die Reichspartei aufstelle, **wollten auch die Nationalliberalen.**

Nun trat der vielgenannte Regierungsrat a. D. Martin auf. „Ja ich hab mich einfach selbst aufgestellt", war der Sinn seiner Rede. Dr. Weber wollte nicht, vor zwei Monaten las ich's in den Zeitungen, und deshalb empfehle ich mich Ihnen zur geneigten Berücksichtigung. Martin versicherte, daß er einen steifen Nacken habe, bisher noch keiner Partei angehörte und daß die Volksverärgerung nicht erst seit der schwarz-blauen Finanzreform, sondern seit Bülows Amtsantritt bestehe.

Der Wirrwarr in Löbau ist einfach reizend. Er beweist auch, daß die Angst vor der Sozialdemokratie die bürgerlichen Herrschaften bereits politische Veitstänze aufführen läßt, denen wir hohnlachend zusehen. Das Leipziger Tageblatt will aus der Löbauer Kandidatenkomödie für die Liberalen die Lehre ziehen: ebenso scharf nach rechts wie gegen links! Das Tageblatt kann es nicht lassen, immer wieder Flausen zu machen. Sie werden schon wieder zusammenlaufen, die ehemaligen Blockbrüder, wenn es ihnen, wie bestimmt zu erwarten steht, bei der Hauptwahl kräftig in die Bude hagelt. — Uebrigens haben die Freisinnigen in einer in Neugersdorf abgehaltenen Versammlung beschlossen, für Löbau-Ebersbach auch einen freisinnigen Kandidaten aufzustellen. Das wäre schon der vierte bürgerliche Kandidat.

Wirte, Brauereien und die Arbeiterschaft.

sr. Eine starkbesuchte Versammlung der Gast- und Saalwirte in Dresden beschäftigte sich mit dem **Kampf der organisierten Arbeiterschaft** gegen den **Plauenschen Lagerkeller.** Der Referent, der konservativ-antisemitische Rechtsanwalt Kohlmann, wies auf die schwierige Lage hin, in die viele Wirte dadurch gekommen sind, daß die Arbeiterschaft die Namen derjenigen Wirte bekannt gemacht habe, die trotz des Kampfes vom Plauenschen Lagerkeller Bier weiter beziehen. Die Wirte würden sich gern anderes Bier beschaffen, bekämen aber keins infolge der **Vereinbarungen des Boykottschutzverbandes der Brauereien.** Da ein Kampf zugunsten des Plauenschen Lagerkellers gegen die Sozialdemokratie völlig aussichtslos sei, so müßten die Wirte im Prozeßwege gegen den Boykottschutzverband vorgehen, denn ein solches Vorgehen verstoße **gegen die guten Sitten** und sei unzulässig. Doch würde selbst ein obsiegendes Urteil den Wirten nicht viel nützen, da die Brauereien die Vereinbarungen stillschweigend weiter einhalten könnten. Deshalb bliebe nur der Zusammenschluß der Konsumenten zu **großen Einkaufsgenossenschaften** übrig. Der Syndikus der Plauenschen Lagerkellerbrauerei, Rechtsanwalt Freytag, hielt natürlich diesen Weg nicht als gangbar, indem er auf die Abhängigkeit der Mehrzahl der Wirte von den Brauereien anspielte. Dafür predigte er Solidarität der Wirte im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, die den gegenwärtigen Kampf heraufbeschworen habe. Die Wirte müßten die Brauereien unterstützen. Der Vorsitzende des Gastwirtsvereins, Herr Baum, entgegnete, der Vorredner habe gut reden, in der Praxis nehme sich die Sache ganz anders aus. Der Plauensche Lagerkeller hätte den Kampf sehr gut vermeiden können, wenn er gewollt hätte. Das wollte der Brauereisyndikus natürlich nicht gelten lassen, er schrie Zeter und Mordio über den sozialdemokratischen Terrorismus und fand dabei einen Bundesgenossen in dem Hirsch-Dunckerschen Arbeitersekretär Berndt, der sich sogar zu der Drohung verstieg, sich an die Oeffentlichkeit wenden zu wollen, wenn die Gastwirte einseitig Partei für die sozialdemokratischen Gewerkschaften ergreifen wollten. Doch es half alles nichts. Die Wirte haben das gemeingefährliche Treiben des Boykottschutzverbandes der Brauereien durchschaut. Unter dem lebhaften Beifall der Versammlung erklärte Herr Baum nochmals, daß es dem Plauenschen Lagerkeller ein leichtes gewesen wäre, den jetzigen Kampf zu vermeiden. Der Boykottschutzverband beabsichtige aber nur, die Wirte ausnahmslos von seiner Geldmacht abhängig zu machen, um dann in diktatorischer Weise die Preise festsetzen zu können.

„Ich will ins Zuchthaus."

dt. Das Dresdner Festungs-Gefängnis in Brand zu setzen versucht hat der Militärgefangene Hermann Richard Waldeich. Die Angelegenheit beschäftigte jetzt das Kriegsgericht der 3. Division Nr. 32. Waldeich wird gefesselt vorgeführt und hatte sich wegen vorsätzlicher versuchter Brandstiftung, Beschädigung von Dienstgegenständen und gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Der Angeklagte hat beim Schützen-Regiment Nr. 108 gedient, ist aber während dieser Zeit mit einem Kameraden fahnenflüchtig geworden. Beide reisten ziel- und planlos umher und verübten eine ganze Reihe von Diebstählen. Waldeich ist ein bereits mehrfach schwer vorbestrafter Mensch und zeigte sich auch auf der Flucht als der schwerere Junge. Die Sache führte schließlich zu einer Verurteilung Waldeichs zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Diese Strafe verbüßt er im Dresdner Festungsgefängnis. Hier führte er sich sehr gut. Im Mai d. J. unternahm der Angeklagte im Festungsgefängnis einen Selbstmordversuch, indem er sich am Fenstergitter erhängte. Er wurde jedoch noch rechtzeitig abgeschnitten, bekam aber hinterher einen Tobsuchtsanfall. In der Folgezeit führte er sich wieder vorzüglich und da er krankhaft veranlagt war, wurde er als Hausarbeiter ausersehen. Als solcher hatte er u. a. auch das Reinigen und Füllen der Lampen vorzunehmen. Dabei hatte er Gelegenheit, frei umherzulaufen. Am 18. September abends gegen 8 Uhr bemerkte der diensttuende Sergeant einen eigenartigen Geruch. Man forschte nach der Ursache und sah schließlich aus Zelle 47 dicken Qualm dringen. Die Zelle wurde geöffnet und hier fand man die Pritsche, Matratze und eine größere Anzahl Wäschestücke glimmend vor. Es wurde sofort Alarm geschlagen und das Feuer mit Hilfe des Angeklagten und eines andern Militärgefangenen gelöscht. Kurz vorher war Waldeich durch die unbelegte Zelle mit einer brennenden Zigarette gegangen. Als das Feuer entdeckt wurde, sagte der Sergeant mit Bezug auf Waldeich, das kommt vom Zigarettenrauchen. Der Angeklagte hatte eine brennende Lampe in der Hand, die er aus Wut darüber, daß er verdächtigt wurde, den Brand verschuldet zu haben, in eine Ecke der Zelle warf. Die angebrannten Gegenstände wurden in den Hof geschafft, wobei sich herausstellte, daß sie mit Petroleum getränkt waren. Da außer dem Aufsichtspersonal niemand in die Zelle gekommen war, fiel der Verdacht der Brandstiftung auf Waldeich, weshalb er von nun an in Einzelhaft gebracht wurde. Am Tage danach hat er sich mit seinem Zellennachbar, dem Militärgefangenen Hoffmann, verständigt und diesem folgendes erzählt: „Du ich habe aber am Sonntag wieder ein Ding gemacht, ich habe alles mit Petroleum begossen, da werde ich wohl Zuchthaus kriegen, denn das ist doch Brandstiftung. Ich will auch nicht mehr hierbleiben, ich will ins Zuchthaus und wenn ich noch einen in die Fr.... schlage." Hoffmann hat dann dieses Geständnis dem Untersuchungsführer mitgeteilt. Der Angeklagte hat das erfahren und sich vorgenommen, dem Hoffmann bei passender Gelegenheit eins zu versetzen. Der Angeklagte, der sonst fast nie zum Gottesdienst ging, ließ sich am 2. Oktober mit einem eisernen Haken ausgerüstet, in den Betsaal führen. Hier schlug er rücklings auf den nichtsahnenden Hoffmann in schmerzhafter Weise ein, wurde aber gleich gepackt und zurückgehalten. In der Verhandlung bestreitet der Angeklagte die Brandstiftung mit aller Entschiedenheit, die übrigen Anklagepunkte dagegen gibt er zu. Von sachverständiger Seite wurde durch Untersuchung festgestellt, daß die Pritsche und Kleidungsstücke stark mit Petroleum getränkt waren. Von der Verteidigung wurde vor Eintritt in die Beweisaufnahme der Antrag gestellt, den Angeklagten in einer geeigneten Anstalt auf seinen Geisteszustand zu beobachten. Der als Sachverständiger anwesende Oberarzt Dr. Krüger hat den Angeklagten nach seinem Selbstmordversuch fünf Wochen beobachtet und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Geistesstörung bei Waldeich nicht vorliegt. Es handelt sich um ein planmäßiges Vorgehen und der Angeklagte sei für seine Straftaten verantwortlich. Der Antrag der Verteidigung wurde abgelehnt. Während der Vernehmung Hoffmanns bekam der Angeklagte einen Wutanfall und wollte sich in gefesseltem Zustande auf den Zeugen stürzen. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, 4 Jahre Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere.

Freisinnige Reichstagskandidaturen. Eine Versammlung der Vertrauensleute der Fortschrittlichen Volkspartei im 7. Reichstagswahlkreise (Meißen—Großenhain) beschloß einstimmig, eine Kandidatur der Fortschrittlichen Volkspartei aufzustellen. In diesem Kreise kandidierte bei der letzten Wahl ein Freisinniger namens Lischke; auf ihn entfielen 3427 Stimmen. Bei der Stichwahl schwenkten dann diese „freisinnigen" Wähler ins antisemitische Lager ein.

* * *

Chemnitz. Die Volksstimme hatte die Handlungsweise eines Bäckermeisters Püller, der einen Mieter rücksichtslos auf die Straße setzte, als unsozial und herzlos bezeichnet. Deswegen ging der Hauspascha zum Kadi. Das Resultat der Klage war, daß Genosse Meyer als Verantwortlicher der Volksstimme zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Im Straßengraben der Chaussee Waldheim-Rochlitz wurde der auf der Wanderschaft befindliche, aus Waldheim gebürtige 58 Jahre alte Woller mit durchnäßter Kleidung aufgefunden. Man brachte ihn in die Krankenstube des Armenhauses zu Altgeringswalde. Dort starb er noch während des Auskleidens. Der Tod ist durch Herzschlag erfolgt. — In Colmnitz ist in einer Lehmgrube der verheiratete Ziegelbrenner Sommer **tödlich verunglückt.** Eine herabstürzende Lehmwand hat ihm die Schädeldecke eingeschlagen — Durch einen **Steinwurf beinahe ums Leben** gekommen, wäre ein auf dem Fabrikneubau in Remse beschäftigter Maurer Schulze aus Reinholdshain. Er war damit beschäftigt, am Muldenufer Bürsten auszuwaschen, als plötzlich von hinten ein Stück Ziegelstein geflogen kam und ihn am Hinterkopf traf. Infolge des Schmerzes verlor er die Besinnung und stürzte kopfüber in die Mulde. Glücklicherweise war der Vorfall von andern Arbeitern beobachtet worden, die den Verletzten sofort aus dem Wasser zogen und dadurch retteten. Der Steinwurf rührte von einem andern Maurer her, der nur zum Scherze geworfen haben will. — Auf die Anzeige seiner 17jährigen Tochter, daß er sich schwer an ihr **vergangen** habe, wurde der 39jährige Geschirrführer Kaufmann aus Pöhla verhaftet.

Aus den Nachbargebieten.

Sozialdemokratische Wahlsiege.

Bei einer Anzahl von Gemeindewahlen in Anhalt, Provinz Sachsen und Thüringen, erzielten unsere Genossen schöne Erfolge. Ueberall, auch in solchen Orten, wo unsere Genossen den Sieg noch nicht zu erzielen vermochten, nahmen die sozialdemokratischen Stimmen erheblich zu. Wir lassen nachstehend eine Reihe von Meldungen folgen:

Dessau. Bei den Stadtverordnetenwahlen wurden vier Sozialdemokraten, ein Demokrat und acht Mann der vereinigten Konservativen und Nationalliberalen gewählt. Das Parteienverhältnis stellt sich wie folgt. Es haben gewählt: sozialdemokratisch 2900, demokratisch 800, fortschrittlich-nationalliberal 3000, mittelständlerisch-konservativ 1250, schwankend 100.

Kalbe a. S. Bei der Wahl eines Stadtverordneten der dritten Abteilung wurden für den Sozialdemokraten Engler 231, für den Bauunternehmer O. Schöne 93 Stimmen abgegeben. Engler ist somit gewählt. Damit hat die Sozialdemokratie den ersten Sitz im Stadtparlament erobert.

Aschersleben. Bei der Stadtverordnetenwahl errang unsre Partei einen glänzenden Sieg. Die Bürgerlichen erhielten 760, die Sozialdemokraten 1000 Stimmen. Die Gegner sind um 50 Stimmen gegen das letzte Stichwahlresultat zurückgegangen. Unsre Partei gewann 200 Stimmen.

Burg. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden für die Sozialdemokraten 1020, für die Bürgerlichen 388 Stimmen abgegeben.

Langensalza. Bei der Stadtverordnetenwahl sind sämtliche in der dritten Abteilung aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten gewählt worden.

Bei den Wahlen von Bezirkstagsabgeordneten in Sachsen-Weimar-Eisenach, erkämpften unsere Genossen ebenfalls glänzende Erfolge. Es wird berichtet:

Eisenach. Mit rund 140 Stimmen Mehrheit wurden unsere Genossen Runknagel als Abgeordneter und Julius Lippold als Stellvertreter gewählt.

Ilmenau. Unsere beiden Genossen Pulvers-Ilmenau und Elle-Martinroda wurden mit rund 430 Stimmen Mehrheit, ersterer zum Abgeordneten und letzterer zum Stellvertreter, gewählt. Unsere Genossen haben nach den bis jetzt möglichen Feststellungen 666 resp. 665, die Gegner 233 resp. 230 Stimmen erhalten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Jena. Im Wahlbezirk Jena-Stadt wurden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten Gemeinderat Hörzer als Abgeordneter und Optiker Hädrich als Stellvertreter mit 1820 Stimmen gewählt. Die bürgerlichen Kandidaten vereinigten nur 590 Stimmen auf sich.

Alten. Hier erschoß sich Nahe der Akenschen Grenze am Tage vor seiner Vereidigung der zum Kreispfarrvikar in Bernburg ernannte Hilfsprediger Becker durch zwei Schüsse in die Herzgegend und einen Schuß in den Mund. Der Unglückliche hatte schon vor längerer Zeit geäußert, daß er sich für unwürdig hielte, die Kanzel zu betreten.

St. Joachimsthal (Böhmen). Vom hiesigen Radiumlaboratorium wurden dieser Tage 3 Gramm Radium im Werte von etwa einer Million Mark dem in Wien neu eröffneten Radiuminstitut zum Zwecke wissenschaftlicher Experimente zur Verfügung gestellt.

Blankenburg im Harz. Bei einem Brande verbrannten der 15jährige Sohn des Kassierers Burk, der 20 Jahre alte Hausdiener Otto Wolf und dessen Frau geb. Schmidt, 24 Jahre alt. Das Feuer, dessen Ursache noch nicht ermittelt ist, griff, unterstützt von einem starken Sturm, rapid um sich, während die im Parterre und im 1. Stock schlafenden Personen wenigstens das nackte Leben retten konnten, kamen die obengenannten, im 2. Stock schlafenden Personen in den Flammen um. Die Feuerwehr mußte sich damit begnügen, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und die angrenzenden Häuser zu schützen.

Eschwege. Zur Bekämpfung der herrschenden Fleischteuerung haben die Einwohner der Stadt Wanfried (Werra) beschlossen, einen regelmäßigen wöchentlichen, gemeinsamen Bezug von Seefischen einzurichten.

Aus der Umgebung.

Brandis. In der letzten öffentlichen Stadtgemeinderatssitzung gab der Bürgermeister bekannt, daß die Amtshauptmannschaft den Beitritt von Brandis zum Giroverband sächsischer Gemeinden genehmigt hat. — Der Entwurf des Bebauungsplanes ist mit kleinen Abänderungen genehmigt. — Die Industriebahngesellschaft Wurzen dankt für die Genehmigung zur Kabellegung und gibt weiter die Zusage, auch den Teil des Netzes, der nach dem Wasserwerk führt, zu übernehmen und gleichfalls zu verzinsen. — Der Lichtausschuß schlägt vor, noch 12 Lampen anzubringen. Die Anlieger des Zeittzer Weges und des Grimmaischen Platzes wünschen bekanntlich auch Beleuchtung der Straße, jedoch haben sie keinen Bedarf zu Privatzwecken. Der Vertrag lautet nun so, daß in diesem Falle die Stadt das Leitungsnetz selbst bauen muß. — Herr Salbach will eine weitere Abschlagszahlung von 10000 Mk. Er soll sie erhalten, wenn ein noch vorzunehmender Dauerpumpversuch, den man eigentlich kaum so nennen dürfte, da er nur 24 Stunden währen soll, gut ausfällt. Der augenblickliche Bedarf wird ja ganz gut gedeckt, indes ist das kein Wunder und bietet gar keinen Verlaß, da noch sehr viel Wasser aus den öffentlichen und Privatbrunnen entnommen wird, wie man sagt, „aus Sparsamkeitsgründen". Diese Brunnen sollen geschlossen werden, wenn alle Anschlüsse fertig, die Wasseruhren überall eingesetzt und die Probe erledigt ist. Zum Wasserleitungsnetz sollen Reserverohre und andere Stücke angeschafft werden, damit im Bedarfsfalle sofort eine Auswechselung vorgenommen werden kann. Der Unternehmer Salbach hat für die Zeit von zwei Jahren die Garantie für die Leitung übernommen. In dieser Zeit hat er für Ersatz zu sorgen. Wahrscheinlich liegt auch noch Reservematerial hier; warum man also jetzt schon die Garantieleistung außer Betracht läßt, ist nicht ersichtlich. — Herr Ingenieur Bunde hat ein großes Schreiben an den Stadtgemeinderat gerichtet, worin er sich gegen die Behauptung verwahrt, daß er sich nachteilig über das Brandiser Wasserwerk andern Personen und Behörden gegenüber ausgesprochen habe. Sein Bericht über den Befund sei doch in öffentlicher Sitzung gegeben worden und die vorgefundenen Mängel dadurch auch in die Oeffentlichkeit gekommen. Er weist darauf hin, daß er die beteiligten Nachbargemeinden nicht darüber im Zweifel gelassen habe, daß der Kubikmeter Wasser den Gemeinden billiger komme, wenn sie das Wasser von Brandis beziehen, als wenn sie ein eigenes Werk errichten. — Die Bäume in der Braustraße sollen entfernt werden. — Der Jahrmarkt war von den Verkäufern schlechter besucht wie früher, während das kaufende — mitunter auch nichtkaufende — Publikum stärker vertreten war. Der Bürgermeister erklärte, von vielen Seiten gehört zu haben, daß man mit der Verlegung des Jahrmarktes schlechte Erfahrung gemacht habe. Früher, als der Jahrmarkt Montags war, sei es besser gewesen. Einhellig wendete sich der Stadtgemeinderat gegen diese Ansicht. Der Bürgermeister wußte nicht, daß der Stadtgemeinderat gegen den früheren Bürgermeister, der gleichfalls dieser Meinung war, durchgesetzt hat, daß der Markt Sonntags abgehalten wird. — Der Verein sächsischer Gemeindevorstände hat eine Petition zum Preise von 4 Mk. angeboten, in der bewiesen werden soll, daß die Gemeinden nicht in der Lage wären, die Lasten zu tragen, die eintreten würden, falls Gesetz würde, was die Lehrer verlangen. Der akademische Senat — pardon, die Stadträte und Herr Schneidermeister Hanke — sollen prüfen, ob die Petition preiswert ist. — Der Bürgermeister erklärte nunmehr, daß „eigentlich" die öffentliche Sitzung zu Ende sei, da jedoch in Sparkassenangelegenheiten ein Mitglied des Stadtgemeinderates scharf von einem hiesigen Herrn angegriffen worden sei, müsse die Klarstellung auch in öffentlicher Sitzung erfolgen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Herr Gutsbesitzer Dietel hat ein Nachbargrundstück erworben, das mit Hypotheken in Höhe von 27 000 Mk. belastet ist, 2000 Mk. mehr als die Brandkasse beträgt, 10 000 Mk. und 8000 Mk. sind Hypotheken der Brandiser Sparkasse, 9000 Mk. hat ein Leipziger Bankinstitut als Sicherungshypothek eintragen lassen. Die Zinsen dafür betragen aber 5 Prozent. Herr Dietel hat nun, um diese teuere Verzinsung loszuwerden, diese 9000 Mk. gekündigt. Der Sparkassenausschuß hat ihm dann jedoch auch die 8000 Mk. gekündigt; deshalb hat er Kosten gehabt und dem Stadtgemeinderatsmitglied Binau gegenüber den Vorwurf gemacht, daß der Stadtgemeinderat ihn geschädigt habe. Der Bürgermeister erklärte, daß niemand dabei eine größere Schuld treffe als ihn. Da der Sparkassenausschuß gesehen habe, daß man früher mit der Beleihung etwas hoch gegangen sei, habe man in mehreren Fällen sich genötigt gesehen, Teilbeträge zu kündigen. Daß dies auch hier der Fall gewesen sei, werde gewiß niemand bestreiten. Herr Dr. Ose beantragte eine diesbezügliche öffentliche Erklärung abzugeben. — Rücksichtslos deckte man bei dieser Sache alles auf. Wer aber meint, daß man immer und überall so verfährt, dürfte sich irren. Es waren bittergehaßte Feinde der Oseaner, denen man hier eins auswischen konnte. Der Kampf zwischen den zwei Parteien ist um ein neues Blatt bereichert worden. Schade ist nur, daß man die Fäden des Gewebes nicht offen entwirren kann, will man nicht riskieren, einen ganzen Rattenkönig von allerlei Prozessen zu entfesseln. Recht eigentümlich ist es, daß man sagt, bei Herrn Dietel wäre das Geld in Gefahr gewesen; man habe sich überlegt, die Mitglieder des damaligen Sparkassenausschusses regreßpflichtig zu machen. (Bericht in den Nachrichten für Grimma und Parthenboten). Wie denkt man sich das. Gilt Herr Dietel als nicht zahlungsfähig? Nein, im Gegenteil: Er gilt als vermögender Mann. Herr Dietel hat als Vorsitzender des Gemeinnützigen Vereins verschiedene Mitglieder des Kollegiums in einer Eingabe an das Ministerium schwer angegriffen.

Naunhof. Ortsbeschleusung. Ueber den gegenwärtigen Stand der Ortsbeschleusung machte Bürgermeister Willer in einer Versammlung des Hausbesitzervereins einige interessante Mitteilungen. Die Vorarbeiten für die Beschleusung haben nahezu 12 Jahre in Anspruch genommen. Angeregt wurde die Angelegenheit im Jahre 1898 durch ein Gesuch des Hausbesitzervereins um baldige Inangriffnahme einer Ortsbeschleusung, die man sich damals in 4 bis 5 Jahren durchgeführt dachte. Die Kosten sollten den Besitzern auferlegt werden. Die Vorverhandlungen rollten jedoch eine ganze Reihe anderer Fragen mit auf. Außer einem Beschleusungsplane machten sich noch eine Bauordnung und ein Bebauungsplan nötig, deren endgültige Genehmigung erst in neuester Zeit nach Ueberwindung von allerhand Schwierigkeiten erfolgte.

Die gesamte Beschleusung setzt sich zusammen aus Grundstücksschleusen, Hauptschleusen, Kläranlage und Vorflut der Parthe. Die Arbeiten müssen in umgekehrter Reihenfolge in Angriff genommen werden, so daß gegenwärtig mit der Parthenregulierung begonnen wird.

In die Grundstücksschleusen dürfen nach den Bestimmungen der Bauordnung alle Wirtschaftswässer geleitet werden, die innerhalb des Grundstückes in Sammelgruben zu führen sind. Zur Anlegung der Grundstücksschleusen bedarf es einer besonderen Bauzeichnung und behördlicher Genehmigung. Jedes bebaute Grundstück muß nach der Bauordnung angeschlossen werden. Sämtliche Dachrinnen müssen sich in die Schleuse ergießen und müssen der Schleuse unterirdisch zugeführt werden. Nur solche Dachrinnen, die sich in Vorgärten ergießen, bedürfen des Schleusenanschlusses nicht. Sowait die Grundstücksschleusen auf städtischem Boden liegen, werden sie von der Stadt auf Kosten des Grundstücksbesitzers ausgeführt, während der Besitzer innerhalb seines Grundstücks die Arbeiten selbst vornehmen lassen kann. Die Schleusen sind so vorgesehen, daß alle Grundstückswässer, selbst die Kellerwässer, Aufnahme finden werden.

Die Ortsbeschleusung hat insofern außerordentliche Schwierigkeiten gemacht, als Naunhof in einem höchst ungünstigen Gelände liegt, in dem noch kein Meter Gefälle vorhanden ist. Darum war die Schaffung eines unterirdischen Gefälles und die Regelung der Parthensohle nötig. Nach den Zieglerschen Plänen, nach denen ursprünglich gearbeitet werden sollte, lagen die Schleusen so tief, daß man diese Pläne einer gründlichen Umarbeitung unterziehn mußte. Jetzt weist der Beschleusungsplan den Vorteil auf, daß selbst die Kellerwässer Aufnahme finden können. Auch an der Parthenveränderung hat man große Kosten sparen können. Die neue Idee geht dahin, daß aus vier Sammelgebieten vier Hauptschleusen führen sollen, die eine Weite von 132 Zentimeter und eine Höhe von 172 Zentimeter erhalten werden. Je weiter die Hauptschleusen jedoch von der Mündung der Schleusen in die Kläranlage entfernt sein werden, desto enger sollen sie werden, so daß z. B. die engsten 80 Zentimeter Weite erhalten werden. Das gesamte Schleusennetz wird eine Länge von 14 Kilometern aufweisen. Trotz dieser Länge kommt für die Ortsbeschleusung nur der Ortsteil diesseits der Parthe in Frage, während die Beschleusung des Teils jenseits der Parthe einer besonderen Bearbeitung bedarf.

Ehe die Hauptschleusen in die Parthe münden, müssen die Wässer einer Klärung unterzogen werden. Es ist eine Kläranlage vorgesehen, die das Wasser fast vollständig rein abgibt. Da wegen des Leipziger Wasserwerks besondere Aufwendungen zu machen sind, wird seit 5 Jahren mit Leipzig verhandelt. Leipzig hat sich verpflichtet, zur Anlage einen Kostenbeitrag von 25 000 Mark zu leisten, sich jedoch die Mitbestimmung bei Auswahl des Systems und die Beaufsichtigung des Schleusenbaues ausbedungen. Auf diese Bedingungen konnte man eingehen, da sie für Naunhof von Vorteil sind. Der Stadtgemeinderat hat eine Versuchsanlage Leipzigs, die der Größe Naunhofs entsprechen würde, besichtigt und ähnliche Pläne ausarbeiten lassen. In diesem Klärsystem kommt das sogenannte biologische Verfahren zur Anwendung, bei dem die Abwässer auf poröse Körper, wie Schlacken und Koks, geleitet werden. Eine derartige Anlage würde zirka 40 000 Mark Kosten verursachen. Man ist im Stadtgemeinderat jedoch der Meinung gewesen, die weitgehendste Reinigung vornehmen zu lassen, um etwaigen späteren Unzuträglichkeiten vorzubeugen. Darum ist man noch auf ein sogenanntes mechanisches Verfahren zugekommen. Bei diesem Verfahren werden die Abwässer, ehe sie in biologische Behandlung kommen, durch Rechen und Siebe in Behälter geleitet, in denen sie von Fett und Schlamm befreit werden. In diesen Behältern steigt das Fett nach oben, der Schlamm setzt sich zu Boden, und das Wasser wird von der Mitte aus auf die Tropfkörper abgeleitet, in denen dann das biologische Verfahren erfolgt. Eine solche Anlage würde nach dem neuesten Kostenanschlage zirka 71 000 Mark kosten. Eine endgültige Entscheidung liegt gegenwärtig noch nicht vor.

In das Parthenbett in seinem gegenwärtigen Zustande darf kein Wasser geleitet werden. Falls die Parthe Wasser aus dem Schleusennetz aufnehmen soll, muß sie weiter und tiefer sein. Ferner muß der viel gewundene Lauf des Flusses gerade gelegt werden, damit ein künstliches Gefälle erzielt wird. Bis zur Erdmannshainer Mühle wird nach der Regulierung ein Gefälle von 1½ Meter auf eine Entfernung von 2000 Metern — von der Parthenbrücke der Leipziger Straße an gerechnet — vorhanden sein.

Mit allen weiteren Ausgaben — Käufen von Land für die Regulierung, Zeichnungen usw. — betragen die Kosten der Arbeiten für die Vorflut 20 000 Mark. Die Kläranlage dürfte mit einem noch zu errichtenden Wärterhause auf 100 000 Mark zu stehen kommen. Die Hauptschleusen würden einen Kostenaufwand von etwa 300 000 Mark verursachen, so daß man mit etwa einer halben Million rechnen muß. Der seit Jahren angesammelte Sparkassenreingewinn beträgt gegenwärtig 194 000 Mark, bis Ende 1910 wird er mit Zinsen auf das laufende Jahr auf 200 000 Mark steigen. Die Beitragsleistung Leipzigs inbegriffen, würden also 225 000 Mark verfügbare Gelder, die Hälfte der Gesamtsumme, vorhanden sein.

Liebertwolkwitz. Scheuerfest. Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Expeditionsräume des Gemeindeamtes, des Standesamtes und der Sparkasse Sonnabend, den 12. November d. J., geschlossen. Dringliche Standesamtsfälle werden vormittags von 8 bis 9 Uhr erledigt

— Die gemeinsame Ortskrankenkasse Liebertwolkwitz macht bekannt: Die Expedition bleibt wegen vorzunehmender Reinigung Sonnabend, den 12. November d. J., geschlossen. Die Krankengeldauszahlung erfolgt Freitag, den 11. November d. J., vormittags von 8 bis 12½ Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Neuyork, 9. Nov. Die Demokraten haben im Repräsentantenhaus zu Washington eine Majorität von mindestens 40 Stimmen über die Republikaner erzielt. Sie gewannen außerdem 8 Sitze für den Senat und haben dadurch die republikanische Mehrheit des Senates herabgemindert. Demokratische Gouverneure sind gewählt worden in den ausschlaggebenden Staaten Neuyork und Ohio sowie in den republikanischen Hochburgen Neujersey, Connecticut und Massachusets. Die Republikaner haben auch in den anderen Staaten viel an Stimmen verloren. Außerdem ist noch der Roosevelt-Kandidat für den Gouverneursposten von Neuyork dem Demokraten unterlegen. Infolge der im Staate Neuyork zustande gekommenen demokratischen Majorität gilt bei der gemeinsamen Abstimmung der beiden Kammern die Wahl des demokratischen Senators als Nachfolgers von Depew als gesichert.

Berlin, 10. November. Der Moabiter Polizei-Krawallprozeß wurde wiederum auf 12 Uhr mittags vertagt, da die Beschlußkammer über den gestern von der Verteidigung gestellten Antrag auf Ablehnung des Richterkollegiums in der dritten Strafkammer zu beraten hatte. Die Beratung zog sich ungewöhnlich in die Länge, so daß mittags 12 Uhr noch immer nicht in die Verhandlung eingetreten werden konnte. Die Sitzung wurde abermals um eine halbe Stunde vertagt.

Berlin, 16. November. Wie dem Vorwärts ein Privattelegramm aus Neuyork meldet, sind in der sozialistischen Hochburg Milwaukee unsere Genossen Viktor Berger und Gaylor und in Columbus Genosse Bachmann in das amerikanische Unterhaus gewählt worden. Außerdem wurden in Wisconsin, Massachusetts, Illinois und Ohio zahlreiche Mitglieder in die Parlamente dieser Staaten gewählt. Bei allen Wahlen haben die sozialistischen Stimmen stark zugenommen.

Brünn, 10. November. In der gestrigen Landtagssitzung kam es zu stürmischen Szenen, als dem Abgeordneten Grünfeld das Wort entzogen wurde. Die deutschen Abgeordneten pfiffen und schlugen mit Pultdeckeln, stimmten Lieder an und warfen Akten und andere Schriftstücke gegen das Präsidium. Schließlich verließen die deutschen Abgeordneten, der verfassungstreue Großgrundbesitz, die mährische Mittelpartei und die Sozialdemokraten den Saal, wodurch das Haus beschlußunfähig wurde. Der Tag der nächsten Sitzung wird schriftlich bekanntgegeben werden.

Lissabon, 10. Nov. Die Gesandten Frankreichs, Spaniens, Italiens und Englands wurden vom Minister des Aeußern empfangen, dem sie mitteilten, daß sie ermächtigt seien, die laufenden Geschäfte wieder aufzunehmen. Die Gesandten brachten zu gleicher Zeit den Wunsch nach herzlichen Beziehungen zwischen ihren Ländern und Portugal zum Ausdruck.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name der Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben.

Die Expedition.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der Revidierten Städteordnung alle Gemeindemitglieder berechtigt, die

1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen oder erwerben;
2. das 25. Lebensjahr erfüllt haben;
3. öffentliche Armenunterstützung weder beziehen noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben;
4. unbescholten sind;
5. ein direkte Staatseinkommensteuer von mindestens 3 Mk. bezahlen;
6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindeabgaben vollständig berichtigt haben;
7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder
8. in einer andern Stadtgemeinde Sachsens bisher stimmberechtigte Bürger waren.

Bei der Einreichung des Antrags auf Verleihung des Bürgerrechts sind beizubringen, falls der Antragsteller Sachse ist:

1. der Geburtsschein (event. Familienbuch, Konfirmationsschein oder dergleichen);
2. Militärausweis;
3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahre.

Bei Nichtsachsen muß zugleich das Ersuchen an den Rat gerichtet werden, bei der Kreishauptmannschaft die Aufnahme als sächsischer Staatsangehöriger zu vermitteln. Außer den bereits für Sachsen angegebenen Papieren sind beizubringen:

1. Staatsangehörigkeitsausweis eines deutschen Bundesstaates;
2. bei Verheirateten Familienbuch; wo das nicht vorhanden, Trauschein sowie Geburtsschein von Frau und Kindern.

Die meisten Umstände verursacht die Beibringung eines Staatsangehörigkeitsausweises, doch ist die Materie gesetzlich geregelt. Die Ausstellung eines Ausweises hängt nicht vom guten Willen einer Behörde ab. Im Deutschen Reiche besteht ein Indigenat (Staatsbürgerrecht) mit der Wirkung, daß jeder Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem andern Bundesstaat als Inländer zu behandeln, und demgemäß zur Erlangung des Staatsbürgerrechts usw. wie der Einheimische zuzulassen ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines andern Bundesstaates beschränkt werden.

Urkunden über Staatsangehörigkeit können nur von den höheren Verwaltungsbehörden des Heimatlandes ausgestellt werden. Dem Gesuch sind beizufügen: Familienbuch (oder Geburtsschein), Militärpapier sowie 3 Mk. für Stempelgebühren.

Filialen der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig: Filiale Volkshaus, Zeitzer Straße.
„ Frau Ida Mehlhorn, Albertstraße 12.
„ Herr H. Borleis, Markthallenstraße 12, pt.
„ Herr Otto Jacob, Blücherstraße 47, Ecke Berliner Str.
L.-Volkmarsdorf: Filiale Ost: Elisabethstraße 17.
L.-Anger: Herr G. Schirmer, Zweinaundorfer Str. 25, pt.
„ Herr H. Rasch, Cichoriusstraße 12.
L.-Reudnitz o. T.: Herr Köhler, Obere Münsterstraße 21.
L.-Reudnitz: Herr M. Rößler, Kreuzstraße 37.
„ Restaurant Schöder, Comeniusstraße 2.
„ Herr Gustav Alicke, Zigarrengeschäft, Bergstr. 7.
„ Herr Franz Albrecht, Täubchenweg, Ecke Breitkopfstraße, Zigarrengeschäft.
Stötz: Herr Wilhelm Bruchardt, Schulstraße 5.
L.-Thonberg: Herr Ernst Troitzsch, Reitzenhainer Straße 32.
L.-Kleinzschocher: Herr M. Georgi, Plagwitzer Straße 65.
„ Herr Karl Peter, Dieskauerstraße 5.
Leutzsch: Herr F. Stoye, Hauptstraße 58.
L.-Lindenau: Lützener Straße 41, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße. Telephonanschluß Nr. 8854.
L.-Plagwitz: Herr B. Becher, Zigarrengeschäft, Zschochersche Straße, Ecke Schmiedestraße.
Böhlitz-Ehrenberg: Herr Ed. Breckau, Ecke Wettiner u. Mühlenstraße.
L.-Connewitz: Herr K. Prior, Bornaische Str. 18.
L.-Eutritzsch: Herr R. Herzog, Magdalenenstraße 6.
L.-Gohlis: Herr Herm. Müller, Lindenthaler Straße 12.

Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei sämtlichen Austrägern abgeholt werden.

Wer an Blutleere, Schwäche leidet,

kräftigt den Organismus, die Nerven, den Geist in überraschender Weise, wie von medizinischen Autoritäten festgestellt, durch

Roburogen. 9

Hervorragende, von ärztlichen Autoritäten erprobte, peptonisierte Nerven-, und Kraftnahrung der Gegenwart. Als geschmackloses Pulver 1.50 M. und 5.— M. und wohlschmeckender tonischer Fleisch-Wein 3.50 M. Prompter Versand durch Apotheken und Drogenhandlungen: Leipzig: Engel-, Hof-, Hirsch-, Mohren-, Salomonis-Apotheke.

*) v. Brutti, Mercks Berichte 1909, Mercks Berichte 1901. Lazarescu & Paulesco, Journ. med. int.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Metallarbeiter.

Montag, den 14. November, abends 8¼ Uhr

Ausserordentl. Generalversammlung

im Volkshause.

Tagesordnung:

Bericht und Beschlussfassung über unsern Arbeitsnachweiskampf.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. [21256] **Die Ortsverwaltung.**

Geschäftsstelle: Volkshaus, Zeitzer St. 32, Port. rechts, H. I. Teleph. 12140.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Leipzig.

Bureauzeit: vormittags 8-9 Uhr mittags 12—1 Uhr abends 5—8 Uhr.

Sonnabend, den 12. November, abends 8½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Volkshaus,** Zeitzer Strasse 32.

Tagesordnung: 1. **Die Arbeiterkämpfe im Reiche.** Referent: **Karl Liepelt.** 2. Neuwahl der Bezirkskassierer. 3. Abrechnung vom III. Quartal. 4. Abrechnung vom Herbstfest und Gewerkschaftliches. [21248

Vollzähliges Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Sonnabend, den 12. November

Grosser Familien-Abend

unter Mitwirkung der beliebten **Krystallpalast-Sänger** u. der **Leipziger Musikervereinigung**

im grossen Saale des Volkshauses.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Programme im Vorverkauf sind bei den **Kollegen, Beikassierern** und im **Bureau** zu erhalten. **Die Ortsverwaltung.**

Kinematographen-Angestellte.

Freitag, den 11. November, abends nach Schluß der Arbeitszeit

Versammlung im Apfelbaum, Burgstrasse 7.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 2. **Die Mißstände in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Angestellten der Firma K. Ludewig.**

Zahlreiches Erscheinen erwartet [21233] **Die Sektionsleitung.**

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig.

Freitag, den 11. November, abends ½9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

(Diskussions-Abend)

im **Restaurant Zwei Linden, Karl-Heine-Strasse.**

Tagesordnung:

Die bürgerlichen Parteien.

Referent: Genosse **Keimling.**

Um zahlreichen Besuch bittet [21150]* **Der Vorstand.**

Markkleeberg.

Heute Donnerstag, den 10. November, abends ½9 Uhr

in **Mockers Gasthof**

Oeffentl. politische Versammlung.

Tagesordnung: **Vortrag** des Genossen **F. Müller** über: **Gemeindepolitik.** Diskussion. [21250] **Der Einberufer.**

Böhlitz-Ehrenberg

Sonnabend, den 12. November 1910, abends ½9 Uhr

Oeffentliche Einwohner-Versammlung

in der **Grünen Aue.**

Tagesordnung: **Die herrschende Wohnungsnot und wie ist dieselbe zu lindern.** Referent: Herr **K. Naumann,** Vorsitzender der Baugenossenschaft des L. M.-V. Freie Aussprache event. Gründung einer Baugenossenschaft.

Zahlreichen Besuch erwartet [21249] **Der Vorstand.**

Kranken- u. Begräbniskasse f. Schmiede u. in d. Metallbranche beschäft. Arbeiter

von Leipzig u. Umgegend.

Sonnabend, den 19. November 1910, abends 8½ Uhr

Ausserordentl. General-Versammlung

im Saale des Tivoli, Windmühlenstr. 14/16.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Vorlegung der von der Kommission ausgearbeiteten Statuten und deren Genehmigung. 3. Verschiedenes. [21243*

Es ist Pflicht der Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist an der Präsenzliste vorzuzeigen. Schriftliche Entschuldigungen sind bis zum 18. November an den Unterzeichneten einzusenden. J. A.: St. Müller, Vorsitz.

Gemeinsame

Ortskrankenkasse zu Zwenkau.

Die Generalversammlungs-Vertreter-Wahl

gemäß § 50 des Statuts, findet am

Sonntag, den 13. November 1910, nachmittags 3 Uhr

im Hotel Goldner Adler zu Zwenkau

statt. Zu wählen sind:

76 Arbeitgeber-Vertreter (Wahllokal: kleiner Saal)

152 Arbeitnehmer-Vertreter (Wahllokal: großer Saal).

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Personen, welche das 21. Lebensjahr vollendet haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Zwenkau, am 4. November 1910.

21095*] **Der Vorstand.** Hermann Häßner, Vorsitzender.

Pantheon, Dresdner Str. 20.

Saal und **Kegelbahn** sind noch einige Sonnabend **frei.** [21232*

Johannes Wendt

Eisenbahnstr. 71 u. 79

: Wurzner Strasse 20 :

Tägl. Eingang v. Neuheit. in

≡ Hüten, Mützen ≡

Krawatten, Wäsche

Handschuhen, Hosenträgern etc. [21254*

Urwald

28 Gr. Fleischergasse 28.

Täglich Varieté.*

Eine gute Zigarre

kaufen Sie bei **Curt Knestner, L.-Co., Pegauer Str. 24.** [*

Gestern abend ½9 Uhr starb nach langem schwerem Leiden unser gutes

Lottchen.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Leizig-Neustadt Meißner Straße 6, IV.

21275] **Emil Bertram u. Frau.**

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem so früh erfolgten Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer Tochter, Schwester und Schwägerin

Emma Anna Kötz geb. Kühlewind

sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie meinen Arbeitskollegen meinen herzlichsten Dank.

L.-Lindenau, den 8. November 1910. [21262

Der trauernde Gatte **O. Kötz** u. Kind. im Nam. all. Hinterbl.

Gutgepflegte

Rot- u. Weissweine

in grosser Auswahl,

Medizinal-Weine

:: Alten Malaga ::

empfiehlt die Anger-Drogerie

Gustav Hoffmann Zweinaundorfer Strasse 6. [*

Pelzwaren

eigene Fabrikate [5896*

Stolas v. einfachsten bis feinsten.

Anfertigung aller Pelzsachen.

31jähriges Bestehen.

R. Panzer, Kürschnermeister

Querstrasse 11, III. r.

Uhren.

100 getragene

1300 neue

Taschen-Uhren

verkauft sehr billig [5955*

Uhrmacher Hille, Reichsstr.

Junge

Schnittbohnen

à kg 29 Pfg.

empfiehlt [6018*

Walther Vogel

L.-Gohlis, Hallische Str. 97.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste meiner innigstgeliebten Frau, unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin und Nichte

Frau Anna Lina Martha Wolan

geb. **Kämpfe**

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, dem Fabrikpersonal der Fa. Körting & Mathiesen und ihren lieben Mitarbeiterinnen für die mir zugedachte Unterstützung und den zahlreichen Blumenschmuck unsern herzl. Dank. Auch vielen Dank Herrn Pastor Magawelt für die trostreichen Worte und den Chorgesang am Grabe. Dir aber, teure Entschlafene, rufen wir ein Ruhe sanft in die Ewigkeit nach. [21235

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Hermann Wolan und Kinder.

Allen, die unsere liebe Entschlafene, Frau

Therese Döll geb. Hentschel

noch im Tode geehrt und zur letzten Ruhestätte geleiteten, herzlichen Dank.

In tiefer Trauer **Emil Döll**

21280] im Namen der Hinterbliebenen.

Für alle uns erwiesene Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders

Artur

sagen wir hierdurch herzlichsten Dank. [21257

L.-Stötteritz, 9. 11. 1910 **Familie Hermann Weissenborn.**

Gestern früh ¼5 Uhr verschied nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der

Privatmann Friedrich Wilhelm Köpping

im 82. Lebensjahre. [21270

Dies zeigt nur hierdurch an

Mockau (Hermanns Ruhe), den 9. November 1910

Anna Köpping nebst Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 12. November, nachm. ½3 Uhr, von der Kapelle des Mockauer Friedhofs aus statt.

Nach langem schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied heute mittag sanft und friedlich mein innigstgeliebter Gatte, unser guter Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel

Paul Loeblich

im 48. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerze zeigt dies nur hierdurch an

L.-Reudnitz, Nostitzstraße 27

Emma Loeblich geb. Brode

21258] **im Namen aller Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet Sonntag, mittags 1 Uhr, von der Kapelle des Trinitatis-Friedhofes aus statt.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Gestern mittag verstarb nach langem schwerem Leiden unser lieber Kollege und treues Mitglied [21251

Herr Paul Loeblich

im 48. Lebensjahre. Seine langjährige Mitgliedschaft sichert demselben ein dauerndes Andenken.

Zahlstelle Leipzig.

Der Vorstand des Fachvereins.

Die Beerdigung findet Sonntag, mittags 1 Uhr, von der Kapelle des Trinitatis-Friedhofes aus statt.

Dienstag nacht entschlief sanft nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager

Friedrich Hermann Beyer

im 55. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerze [21276

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, mittags ¼1 Uhr, vom Trauerhause, Schönefeld, Gartenstraße 3, aus statt.

Nach langem schwerem Leiden verschied am Montag abend ½8 Uhr meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Frau Emma Hübner geb. Bretschneider

im Alter von 30 Jahren. Dies zeigt schmerzerfüllt hierdurch an Der trauernde Gatte **Ernst Hübner**

im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Leutzsch, Grenzstraße 9.

Die Beerdigung erfolgt Freitag, den 11. November, mittags 12 Uhr, von der Kapelle aus. [21284

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. November.

Geschichtskalender. 10. November 1483: Martin Luther in Eisleben geboren († 1546). 1728: Der englische Dichter und Romanschriftsteller Oliver Goldsmith in Pallas (Grafschaft Longford, Irland) geboren († 1774). 1759: Friedrich Schiller in Marbach am Neckar geboren († 1805). 1807: Robert Blum in Köln geboren († 1848). 1810: Eduard von Simson in Königsberg i. Pr. geboren († 1899). 1904: Der Geolog und Reisende Alfons Stübel in Dresden gestorben (* 1835). 1908: Der Historiker Gustav Droysen in Halle a. S. gestorben (* 1838). — Die persönlichen Regimentsreden Wilhelm II. im Reichstag verurteilt.

•

Sonnenaufgang: 7,14, Sonnenuntergang: 4,14.
Mondaufgang: 2,19 nachm., Monduntergang: 11,2 nachm.

•

Wetter-Prognose für Freitag, den 11. November.

Lebhafte westliche Winde, wolkig, etwas kälter, zeitweise Regen, im Gebirge Schnee.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung wurde den Stadtvätern eine angenehme Ueberraschung bereitet. Auf eine Anfrage konnte der Bürgermeister Dr. Dittrich mitteilen, daß die hiesige Theaterfrage, die seit Jahren diskutiert wird, nun endlich eine befriedigende Lösung finden soll. Die Mitteilung, daß es gelungen sei, den Geh. Hofrat Martersteig aus Köln, für die städtischen Bühnen zu gewinnen, wurde von allen Seiten mit Beifall aufgenommen.

Die Tagesordnung der Sitzung brachte zunächst die Erledigung zweier Eingaben, von denen besonders die eine, die den Schutz des in Gastwirtschaften beschäftigten Personals bezweckt, hervorzuheben ist. Vor allem ist bemerkenswert, daß man, wenigstens nach dem Ausschußbericht, diesmal einstimmig der Ueberzeugung war, daß der Schutz der oft unter erbärmlichen hygienischen Verhältnissen arbeitenden Angestellten dringend notwendig ist. Das sticht vorteilhaft ab von der Haltung, die die Mehrheit des Kollegiums sonst in sozialpolitischen Fragen einnimmt. Dabei darf man allerdings nicht vergessen, daß es sich gestern um Forderungen handelte, die von den in den bürgerlichen Verbänden organisierten „nationalen" Angestellten gestellt worden waren, die den „Ordnungs"-parteien bei jeder Wahl Gefolgschaft leisten und denen man doch auch einmal etwas Wohlwollen bezeigen muß. Dieselben Forderungen sind schon früher von den Sozialdemokraten viel schärfer erhoben worden, ohne bei der Mehrheit Anklang zu finden.

Die gestern mit zur Beratung stehenden Konten des Haushaltplans boten sachlich wenig Stoff zur Debatte. Selbst bei dem umfangreichen Konto Schulen und Schulamt hatte sich der Ausschuß mit einer Reihe von Abstrichen begnügt, die nicht einmal vom Ratstische aus ernstlich angefochten wurden. In der Debatte wurden einige Wünsche laut. Unter anderem verlangte der Vorsteher Dr. Rothe die Errichtung von Frauenschulen als Ergänzung für die höheren Schulen. Da der Rat eine entsprechende Vorlage in Aussicht gestellt hat, wird die Angelegenheit später noch besonders zu erörtern sein. Bedeutsamer waren die Ausführungen des Genossen Bammes, der forderte, daß der Schulhygiene mehr Aufmerksamkeit gewidmet werde. Der Schuldezernent Dr. Ackermann mußte die sozialdemokratischen Forderungen nicht nur als wünschenswert anerkennen, sondern auch zugeben, daß sie zum Teil sogar notwendig seien. Damit ist allerdings noch lange nicht gesagt, daß diese berechtigten und notwendigen Forderungen nun so bald erfüllt werden würden. Genosse Bammes, wies schon darauf hin, daß die bürgerliche Mehrheit bei derartigen Forderungen für die Volksschule meist vor den Kosten zurückschreckt, was schon deswegen ganz unbegründet ist, da für die höheren Schulen und die Privatschulen aus städtischen Mitteln recht erhebliche Aufwendungen gemacht werden. Wenn der vom Rat geforderte weibliche Beirat für Nadelarbeitssachen abgelehnt wurde, so geschah das nicht, weil man die Einrichtung für überflüssig gehalten hatte. Im Gegenteil. Das Kollegium war einhellig der Meinung, daß hier dringend etwas getan werden müsse, wünschte aber eine andre als die vom Rat vorgeschlagene Regelung. Der Rat wird sich nun wohl entschließen müssen, da er nach seinem Geständnis von den in Frage kommenden Arbeiten nichts versteht, einen andern zweckentsprechenderen Weg einzuschlagen.

Zu einem kleinen Intermezzo zwischen Rat und Stadtverordneten kam es bei Beratung des Sonderhaushaltplans für die Stadtkellerei. Obwohl die Stadtverordneten wiederholt den Wunsch geäußert haben, daß vor dem Abschluß von Pacht- und Mietverträgen eine Ausschreibung erfolgen möge, soll beim Rat die Absicht bestanden haben, den Ratskeller zu den jetzigen Bedingungen, die als zu niedrig bezeichnet worden sind, auf weitere Jahre zu verpachten. Die Tatsache selbst konnte vom Rate nicht ernstlich bestritten werden; die Weiterverpachtung war tatsächlich geplant, nur sollte die Pachtsumme von 5000 auf 7000 Mark erhöht werden, ein Ergebnis, das zu dem wirklichen Verdienst des Pächters und zu dem, was aus andern Betrieben herausgewirtschaftet wird, in einem krassen Mißverhältnis steht. Die Beteuerung des Herrn Dittrich, daß dem Rate nichts ferner gelegen habe, als eigenmächtig und gegen den Willen des Stadtverordnetenkollegiums zu handeln, fand wenig Glauben. Schon die Tatsache, daß man verschwiegen hatte, daß sich der jetzige Pächter bereits im Februar um die Verlängerung seines Vertrags bemüht hat, mußte einiges Mißtrauen erwecken. Und so konnte denn auch vom Vorsitzenden des Finanzausschusses ohne Widerspruch festgestellt werden, daß einstimmig die Meinung vorhanden sei, daß das Kollegium schlankweg übergangen werden sollte. Das Resultat der Aussprache war die einstimmige Annahme eines Antrags, der den Rat auffordert, eine Ausschreibung vorzunehmen.

Eine schikanöse Pfändung.

Fast unglaublich klingt, was eine Schöffengerichtsverhandlung über die Vorgänge bei einer Zwangsvollstreckung zutage förderte, die die Kaufmannseheleute W. über sich ergehen lassen mußten. Herr W. hatte einmal von einer Dame, mit der er in intimen Beziehungen gestanden hatte, ein Pelzjackett geschenkt erhalten. Als das Verhältnis zu Ende war, hatte die Dame den Wunsch, das Pelzjackett wieder in ihren Besitz zu bekommen und sie erreichte denn auch, daß gegen W. eine Zwangsvollstreckung wegen des Jacketts und der Kosten (etwa 40 Mk.) vorgenommen wurde.

Am 8. August morgens saßen die Eheleute am Frühstückstisch, als der Rechtsanwalt Dr. Rauth mit dem Gerichtsvollzieher Graf erschien, und die Eheleute mit den Worten begrüßte: „Herr W., wir wollen mal heute ein bißchen pfänden." Obwohl die Eheleute sofort angaben, daß das gesuchte Pelzjackett nicht im Hause, sondern bei dem Kürschner Ackermann sei, ließen sich die beiden Pfändungsbeflissenen nicht abhalten, die ganze Wohnung von unterst zu oberst zu kehren. Sie durchsuchten sämtliche Zimmer, die Bodenkammer, den Keller; sie stöberten in Briefschaften herum, ja sie suchten sogar in Zigarrenkisten und sonstigen kleinen Behältnissen nach dem — Pelzjackett. Der Gerichtsvollzieher, dem der Vorsitzende ziemlich scharf herannahm, entschuldigte sein Vorgehen, indem er sagte, er hätte gründlich zu Werke gehen müssen. Es stellte sich bei der Vernehmung des Gerichtsvollziehers heraus, daß der Rechtsanwalt Dr. Rauth die Triebfeder der schikanösen Pfändung gewesen ist. Der Gerichtsvollzieher hatte nämlich dem Rechtsanwalt vorgeschlagen, telephonisch beim Kürschner Ackermann anzufragen, ob das Pelzjackett sich bei ihm befinde. Aber der Rechtsanwalt hatte davon nichts wissen wollen. Als der Vorsitzende dem Rechtsanwalt Dr. Rauth bemerkte, daß die telephonische Anfrage doch noch hätte geschehen können, um die Durchsuchung der Wohnung eventuell zu vermeiden, machte Dr. Rauth hierauf nur die Ausrede, er habe W. dies nicht geglaubt.

Es ist daher begreiflich, daß die Eheleute W. über das Vorgehen der beiden Männer äußerst erregt waren. Wer will es dem Herrn W. verdenken, daß er den Rechtsanwalt beim Arm packte und ihn hinauszuwerfen suchte? Wer will es der Frau W. verdenken, wenn sie nach dem Rechtsanwalt schlug, in der Meinung, dieser werde ihrem Mann etwas böses zufügen? Ebenso erklärlich ist es, wenn die Eheleute dem Rechtsanwalt drohten, sie würden ihn bei der Anwaltskammer anzeigen, und wenn sie ihn mit nicht gerade schmeichelhaften Titeln belegten? Der Herr Rechtsanwalt ging nun hin zum Staatsanwalt und zeigte die Eheleute wegen Körperverletzung, Nötigung und Beleidigung an. Außerdem sollte Herr W. sich noch des Vergehens des Pfandbruchs schuldig gemacht haben, indem er das Pfandsiegel an seinem Motorrad gelöst haben sollte.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt die Anklage aufrecht und behauptete selbst angesichts der festgestellten Tatsachen, daß nicht schikanös, sondern nur „sehr, sehr gründlich" (!) die Wohnung durchsucht worden sei. Der Verteidiger Dr. Droscha erklärte, er empfinde es für einen Rechtsanwalt als direkt unwürdig, bei einer Zwangsvollstreckung persönlich zugegen zu sein.

Das Schöffengericht kam zu einer Verurteilung des Ehepaares. Herr W. wurde wegen Nötigung zu 100 Mark Geldstrafe, Frau W. wegen Nötigung und Beleidigung zu 70 Mark Geldstrafe verurteilt. Von der Anklage der Körperverletzung und des Pfandbruchs erfolgte Freisprechung.

Berufsstatistik.

In einer neuen Veröffentlichung über die Berufszählung vom 12. Juni 1907 werden einige besondere Berufe eingehend dargestellt, die in der unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt aufgestellten Ordnung der Berufe für die Darstellung der Berufsstatistik im allgemeinen nicht gesondert erscheinen. Das zweite Heft des Bandes 203 der Statistik des Deutschen Reiches behandelt die Erwerbstätigen einer Reihe besonderer technischer, kaufmännischer und sonstiger Berufe unter weitgehender Berücksichtigung des Alters und Familienstandes, so die einzelnen Arten der Ingenieure und Techniker, der Chemiker, Landmesser und Geometer, der Markscheider und Vermessungstechniker, sodann der Werkmeister wie der Zeichner, Pauser und des sonstigen technischen Hilfspersonals. Von den kaufmännischen Berufen werden dargestellt: die Prokuristen — Direktoren, Abteilungsvorsteher, Disponenten, Einkäufer sind mit ihnen vereinigt —, die Filialinhaber und -leiter, einschließlich der Leiter von Konsumvereinen, sodann die Reisenden, die Verkäufer, die Lageristen, die Buchhalter, Rechnungsführer, Korrespondenten, Kalkulatoren, Kassierer u. dergl., die Kontoristen, Registratoren, Maschinenschreiber, Schreiber in Betrieben des Handels und des Gewerbes usw., ferner die Handlungsgehilfen und kaufmännischen Angestellten und zum Schluß die kaufmännischen Lehrlinge. An sonstigen Berufen in Privatdiensten werden behandelt die Maschinisten, die Heizer, weiter die Chauffeure und Motorwagenführer, sodann die Kutscher, die Stallbediensteten, die Köche, die Gärtner, die Portiers, diese zusammen mit Fahrstuhlpersonal und Wächtern, die Hausdiener, Boten, Packer, Markthelfer, Lagerarbeiter und dergleichen. In einem weiteren Teile der Tabelle werden die einzelnen Arten des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe nach ihrer Besetzung mit Berufstätigen veröffentlicht. Hier sind beispielsweise weitergehend als in den anderen Tabellen der Berufsstatistik die Beamten des Staates, der Gemeinden und der Rechtspflege gegliedert. Die Rechtsanwälte und Notare erscheinen gesondert von den Richtern und Staatsanwälten. Die Lehrer werden geschieden nach der Art der Lehranstalten, an denen sie tätig sind (ob Hochschullehrer, Gymnasial- und Realschul- oder Volksschullehrer, ob im Privatschuldienst oder ob Hauslehrer usw.), die in der Heilkunde tätigen Personen sind gegliedert in Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte, Zahntechniker, Hebammen, nicht ärztliche Naturheilkundige, ferner in Leichenschauer, Wartepersonal und dgl. Schließlich wird auch für das Schaustellungsgewerbe, Musik und Theater der sonst nicht mögliche Einblick, wie sich die Angehörigen dieser Berufsart des näheren verteilen, gegeben.

Die Frommen auf dem Bettel. Zwar ist das Betteln polizeilich verboten, aber nur für die ganz Armen. Sobald diese an die Mildtätigkeit der Mitmenschen appellieren und von einem Hüter der „öffentlichen Ordnung" dabei betroffen werden, wandern sie in Arrest; bei „gewohnheitsmäßigem" Betteln, welcher Begriff von der hohen allwissenden Polizeibehörde allein richtig ausgelegt wird, gibt es außer der Arreststrafe auch noch Arbeitshaus, um so die Bettler auf gottgefällige Wege zurückzuführen. Neben dem verbotenen Bettel der Armen gibt es nun auch einen erlaubten der Reichen. Diese haben sich in Gesellschaften zusammengetan und betreiben ihn zu allerlei Zwecken professionsmäßig mit großem Erfolg. Besonders die Gesellschaften der Gustav-Adolf-Stiftung haben im professionsmäßigen Bettel durch langjährige Uebung eine außerordentliche Fähigkeit erlangt. Kein Wunder, daß sie ihn nach Stadtbezirken vornehmen, um so das Gebiet gründlich abzugrasen. Gegenwärtig werden die Bewohner der Stadtteile Connewitz und Lößnig „abgeklopft", „die den Boten freiwillige Liebesgaben aushändigen sollen. Diese Liebesgaben sollen dazu helfen, die evangelischen Glaubensgenossen in der Zerstreuung, besonders in römisch-katholischer Umgebung, beim Bau und bei der Unterhaltung von evangelischen Kirchen und Schulen, sowie sonstigen zur Erhaltung evangelischen Glaubens und Lebens dienenden Anstalten tatkräftig zu unterstützen. Die Haussammlung für den oben angegebenen Zweck ist behördlich genehmigt."

So heißt es in dem Aufruf, den die Gustav-Adolf-Boten den Bewohnern einhändigen. An Kirchen ist aber gegenwärtig weniger Mangel als an Wohnungen und da sollte man doch lieber Wohnungen bauen statt Kirchen.

Ein Menschenfreund. Hat da der Fabrikant Peters in Neviges kürzlich das Bedürfnis empfunden, den Arbeitern in ihrer sozialen Not zu helfen. Er scheint dabei auf den eigenartigen Gedanken gekommen zu sein, an seinem Hunde eine billige Speisekarte auszuprobieren, die für eine in sehr dürftigen Verhältnissen lebende Familie von vier erwachsenen Menschen berechnet ist; sie sieht so aus:

Sonntag: 3 Pfd. Sauerkraut 9 Pfg., 5 Pfd. Kartoffeln 15 Pfg., ½ Pfd. frischer Speck 20 Pfg. . . =	44 Pfg.	
Montag: 1½ Pfd. Erbsen in Suppe 25 Pfg., 6 Pfd. Kartoffeln 18 Pfg., 1 Pfd. frische Schweineknochen 4 Pfg. . . . . =	47 „	
Dienstag: ½ Pfd. Gerste in Suppe 10 Pfg., 6 Pfd. Kartoffeln 18 Pfg., Wurstbrühe oder Buttermilch 7 Pfg. . . . . =	35 „	
Mittwoch: ½ Pfd. weiße Bohnen in Suppe 24 Pfg., 5 Pfd. Kartoffeln 15 Pfg., Oel u. Zwiebel 4 Pfg. =	43 „	
Donnerstag: 7 Pfd. Kartoffeln 21 Pfg., Zwiebelsauce mit Oel 4 Pfg., 1½ Pfd. Pannas (?) 20 Pfg. =	45 „	
Freitag: 4 Pfd. Kartoffeln 12 Pfg., 1 Pfd. Buchweizenmehl in Pfannkuchen 20 Pfg., Fett zu Suppe und Oel zu Kuchen 7 Pfg. . . . =	39 „	
Sonnabend: 1½ Pfd. Reis in Suppe 9 Pfg., 5 Pfd. Kartoffeln 15 Pfg., 1 Liter Wurstbrühe 4 Pfg. =	28 „	
Ausgabe für die ganze Woche	2.81 Mk.	

Wenn der Mann seinen Hund längere Zeit so gefüttert hätte, wie in der vorstehenden Speisekarte festgelegt ist — 38 Pfund Kartoffeln in einer Woche für vier Personen! —, so wäre der Hund sicher bald krepiert und der Fütterer wegen Tierquälerei bestraft worden. Aber Menschen gegenüber kann man sich solche Dinge leisten. Welche Aussichten eröffnen sich da für Lohnkürzungen, wenn eine vierköpfige Familie mit 2.81 Mk. die Mägen vollgepumpt bekommen kann und das auch noch eine ganze Woche lang! Unsrer Meinung nach wäre es das beste, dem Fabrikanten der Speisekarte dieses Essen 14 Tage lang zwangsweise zuzuführen. Sicher würde er schon am zweiten Tage an Gottes Gerechtigkeit zweifeln, am vierten zum Anarchisten geworden sein und am sechsten wahrscheinlich zum Streikbrecher, denn ans Arbeiten würde er sicher zuletzt denken.

Keine Versammlungen am Bußtag und am Totensonntag. Außer an den drei sogenannten hohen Feiertagen und am Karfreitag dürfen am Bußtag und am Totensonntag keine öffentlichen Versammlungen, keine Versammlungen der Genossenschaften, der Innungen usw. abgehalten werden. Die Versammlungen an den Vorabenden zu den genannten Feiertagen müssen um 12 Uhr nachts geschlossen werden.

Grundstücksverkäufe. Im Monat Oktober wurden in Leipzig 109 bebaute Grundstücke für 11942047 Mk. und 16 unbebaute für 1075145 Mk. verkauft.

Der Verein für Völkerkunde zu Leipzig beginnt seine diesjährige Sitzungsreihe am 11. d. M., abends 8 Uhr, mit einer allgemeinen Sitzung im Vortragssaale des Grassimuseums. Den Hauptvortrag des Abends wird Herr Dr. Mohn, bisher Oberarzt in der Schutztruppe von Kamerum, über das nördlichste Kamerun, Land und Leute halten. Der zweite Vortrag des Abends bringt wie immer Demonstrationen aus dem Museum selbst; es sind diesmal die Seekarten der Marshallinsulaner, jene merkwürdigen Navigationshilfsmittel, über die bereits schon so viel geschrieben worden ist und die man doch immer wieder aufs neue gefesselt betrachtet. Geschäftsstelle des Vereins ist das Bureau des Völkermuseums, woselbst Auskünfte gern erteilt und Anmeldungen zur Mitgliedschaft entgegengenommen werden.

Selbstmord. Durch Erhängen entleibte sich in der Elisenstraße eine 64jährige geschiedene Frau. Es ist bis jetzt noch nicht bekannt, was die Unglückliche in den Tod getrieben hat.

Ein Sittlichkeitsverbrechen ist in einem Hause der Salzmannstraße an einem Kinde verübt worden. Der Täter, ein etwa 22jähriger Bursche, entkam leider. Beschrieben wird er: übermittelgroß, mit Anflug von Schnurrbart, bekleidet mit graugrünem Jackett, Sportmütze und Normalhemd.

Zwei Ladendiebe, denen zahlreiche, meist in Zigarrenläden verübte Diebstähle zur Last fallen, wurden in einem 15jährigen, aus einer Anstalt entwichenen Fürsorgezögling und einem 23jährigen Schlosser dingfest gemacht. Der Zögling wurde dabei angehalten, als er gestohlene Zigaretten verkaufen wollte. Nach einem mißlungenen Fluchtversuch wurde auch der Schlosser verhaftet.

Diebstähle. Gestohlen wurde in der Zeitzer Straße ein Reformrad und aus einer Schule im Westviertel ein Adlerrad.

Aus einem Keller in der Prendelstraße ist ein photographischer Apparat, Marke Ideal, sowie ein dreiteiliges Metallstativ gestohlen worden.

Ein Einmieterdieb, der sich Lithograph Robert Ditscherlein aus Zeitz nannte, hat einer Familie in der Waldstraße 150 Mk., eine Herren-Savonettuhr aus Tomback mit dem eingravierten Namen Oskar Brandt und eine vergoldete Herren-Uhrkette gestohlen. Der Dieb ist etwa 26 bis 30 Jahre alt, mittelgroß, schmächtig, hat hageres Gesicht, hellblondes Haar und blondes Schnurrbärtchen. Bekleidet war er mit einem dunkelblauen Jackettanzug, dunklem Ueberzieher und schwarzem, steifem Hute.

Zeugen gesucht. Am 29. Oktober, abends in der neunten Stunde, wurde auf der Kreuzung Floßplatz-Hohe Straße ein älterer Mann von einem Kraftfahrzeuge umgerissen. Der Chauffeur hatte sich noch erboten, den Mann nach der Sanitätswache zu fahren, was dieser aber abgelehnt hat. Der betreffende Chauffeur, sowie andere Zeugen dieses Unfalles werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei in der Wächterstraße, Zimmer 106, zu melden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Strasse 32

SYMPHONIE-KONZERT

Sonnabend, den 19. November 1910, abends ½9 Uhr, unter Mitwirkung der Leipziger Musikervereinigung (50 Musiker) Direktion: Herr Musikdirektor Gustav Schütze :: sowie des Gemischten Quartetts Leipzig, Direktion: Herr Oskar Ruehle

veranstaltet für den

DEUTSCHEN HOLZARBEITER-VERBAND

VORTRAGS-FOLGE:

1. Ouvertüre zur Oper Oberon . . . . . C. M. v. Weber
2. Achte Symphonie in F-Dur, op. 93 . . . L. van Beethoven
   1. Allegro vivace e con brio. 2. Allegretto scherzando. 3. Tempo di Minuetto. 4. Allegro vivace.
3. Adagietto-Carillon aus der Suite „L'Arlésienne" . G. Bizet
4. Zwei Lieder für Gemischtes Quartett:
   a) Waldesrauschen . . . . . Fr. Ullrich
   b) Der Spielmann ist da . . . . . Fr. Ullrich
5. Zwei slawische Tänze. Nr. 7 und 8 . . . . Anton Dvorák
6. Zwei Lieder für Gemischtes Quartett:
   a) Schön Rotraut . . . . . Schumann
   b) Bröllops-Marsch . . . . . Södermann
7. Vorspiel zum Musikdrama „Die Meistersinger" . R. Wagner

Programme à 30 Pfg. zu haben bei den Delegierten und im Verbandsbureau sowie in der Buchhandlung im Volkshaus und im Restaurant. Allseitigem Zuspruch sieht entgegen DER FESTAUSSCHUSS.

Ausstellung im „Handelshofe"

ERÖFFNUNG
Sonnabend, 12. Novbr.
:: nachmittags 4 Uhr ::

Eingang Grimmaische Str.

Eintritt 20 Pfennige
:: :: Dauerkarten Mk. 1.— :: ::

Westend-Hallen L.-Plagwitz.

Morgen Freitag

Bennewitz-Sänger.

Nachdem: **Vornehmste Ballmusik des Westens.**
Anfang 8 Uhr. [21296] Anfang 8 Uhr.
Gust. Büttner.

Schuhwaren

kauft man in anerkannt guter Ware zu billigen Preisen bei
A. Günther
Lindenau, Aurelienstr. 38,
= an der Gutsmuthsstraße. =
Große Auswahl in
Filz- und Schnallenstiefeln.
Reparaturen schnell und sauber.*

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag, den 10. November: — Bei aufgehobenem Abonnement. —

Schiller-Feier
zur Erinnerung an den Geburtstag des Dichters veranstaltet vom Leipziger Schillerverein (E. V.).

Ouverture
zu „Athalia" von Felix Mendelssohn-Bartholdy für Orchester.
Musikalische Leitung: Kapellmeister Porst.

Festrede
gehalten von Dr. Herbert Eulenberg.
Hierauf: Neu einstudiert:

Demetrius.
Dramatisches Fragment in 2 Akten von Friedrich Schiller.
Regie: Oberregisseur Dalmonico.

Sigismund III., König von Polen	Hr. Jadeck	Marina, Tochter des Woiwoden Winischeck	Frl. Rolewska
Erzbischof von Gnesen	Hr. Winds	Opalinsky, Wielsky, Ossolinsky, Rokoi, Zamoisky (polnische Landboten)	Hr. Behler, Hr. Winds jr., Hr. Colmar, Hr. Demme, Hr. Bärwinkel
Winischek, Woiwode von Sendomir	Hr. Hellmuth-Bräm	Bischof von Krakau	Hr. Benger
Fürst Leo Sapieha	Hr. Decarli	Landboten	Hr. Mehlhorn, Hr. Scholz
Odowalski, polnischer Landbote	Hr. Ingenohl	Senator	Hr. Wippel
Demetrius	Hr. Lüttjohann	Bischof	Hr. Zöbisch
Korela, Kosackenhetmann	Hr. Brügmann	Marfa, Witwe des Zaren Iwan	Frl. Schippang
Der Kastellan von Krakau	Hr. Hermany	Olga, Fenia, Helena, Alexia (Klosterfrauen, ihre Freundinnen)	Frl. Kunyschmann, Frl. Lenau, Frl. Seidl, Frl. Manny
Erzbischof von Lemberg	Hr. Schumm	Hiob, Patriarch	Hr. Huth
Bischof von Wermeland	Hr. Löhmann	Die Pförtnerin des Klosters	Frl. Nanke
Der Krongroßmarschall	Hr. Böhme	Ein Fischerknabe	Frl. Fuchs
Der Krongroßkanzler des polnisch. Reichstages	Hr. Dirks	Bischöfe, Kastellane, Landboten.	
Türhüter des Reichstages	Hr. Drube		

Das Stück spielt 1605—1606.

Zum Schluß:

Das Lied von der Glocke
von Friedrich Schiller. Szenisch dargestellt, mit lebenden Bildern.
Musik von Karl Stör.
Regie: Oberregisseur Dalmonico. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Porst.

Meister	Hr. Hellmuth-Bräm	Meisterin	Frl. Schippang

Sohn, Tochter, Gesellen, Mägde, Bürger.

Lebende Bilder.

I. Bild: Taufgang.	IV. Bild: Walten der Hausfrau.	VI. Bild: Begräbnis.
II. „ Erste Liebe.	V. „ Nach d. Brand.	VII. „ Erntefest.
III. „ Hochzeitsfest.		VIII. „ Aufruhr.

Schlußbild: Glockenweihe.

Pausen nach der Festrede und nach Demetrius.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende 10¼ Uhr. **Erhöhte Preise.**
Spielplan: Freitag: Mignon. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Donnerstag, den 10. November, abends ½8 Uhr:

Der Rastelbinder.
Operette in 3 Akten von Viktor Léon. Musik von Franz Lehár.
Regie: Regisseur Haas. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Jugel-Janson.

Personen des 1. Aktes:

Miloseh Blocek, Großbauer	Hr. Plöhn	Suza, deren Tochter (8 Jahre alt)	Käthe Kießling
Milosch, sein Sohn (12 Jahre alt)	Kl. Brummer	Jantu, deren Pflegekind (12 Jahre alt)	Erna Hoffmann
Loitsch, Rastelbinder	Hr. Cornell	Wolf Bär Pfefferkorn, Zwiebelhändler	Hr. Habit
Baduschka, sein Weib	Frl. Guse	Katinka, Maruschka (Bäuerinnen)	Frl. Weinrich, Frl. Henning

Spielt in einem slowakischen Dorfe bei Trencsin 12 Jahre früher als heute.

Personen des 2. und 3. Aktes:

Glöppler, Spenglermeister	Hr. Haas	Baron Grobl, Korporal	Hr. Hermany
Mizzi, seine Tochter	Fr. Netty-Großmüller	Ritter v. Streckenberg, Patrouillenführer (Einj.-Freiwillige)	Hr. Plöhn
Janku, sein Geschäftsführer	Hr. Claus	Milosch, Korporal	Hr. Herne
Wolf Bär Pfefferkorn	Hr. Habit	Schwellner, Korporal	Hr. Bärwinkel
Suza, Dienstmädchen	Frl. Seubert	Ein Gefreiter	Hr. Rohwold
Gisa Lisa, Lori Flori (gen. D'Prater-geiserin Duettistinnen)	Frl. Marbach, Frl. Humm	Eine Ordonnanz	Hr. Felsegger
		Ein Reservist	Hr. Renner
		Knapperl, Bursche	Hr. Todt
		Erster, Zweiter (Urlauber)	Hr. Diepmann, Hr. Richter
Jumplowicz, Wachtmeister	Hr. Weblich	Ein Herr	Hr. Schröder

Verwandte und Freunde Glöpplers, Dragoner, Urlauber, Reservisten.

Der 2. Akt spielt in Wien, im Spenglerladen Glöpplers, heutzutage; der 3. Akt spielt unmittelbar nach dem 2. Akte in einer Dragonerkaserne.

Pause nach jedem Akt.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende ¼11 Uhr. **Gewöhnliche Preise.**
Spielplan: Freitag: Die Welt in der man sich langweilt (10. volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen). Anfang ½8 Uhr.

Krystall-Palast-Theater

Haskel mit seinem Ensemble

Die Dallesprinzessin. Burleske in 2 Akten von L. Haskel.
„Chantecler". Operette mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von J. Horst.
Ferner: **Auftreten sämtlicher Spezialitäten.**
Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Gast- und Logirhaus Sophienburg Lindenau Kösner Str. 15.

Sonnabend, den 12. November

Gr. Nacht-Schlachtfest.

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.
Hierzu laden freundlichst ein **Bruno Taubert u. Frau.**

NB. Bringen hiermit unseren 250 Personen fassenden mit Bühne versehenen **Saal** und unsere **sauberen Fremdenbetten** zur gefl. Benutzung in empfehlende Erinnerung. **D. O.**

Gambrinus Lindenau

Odermannstrasse 12
Bringe meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. — Freitags und Sonnabends **Schweinsknochen.** **Ch. Wawrzinek.**

Pantheon

Fernspr. 14370.

Dresdner Straße 20
Morgen Freitag, abends 8 Uhr
Gross. intimer Ball bis 1 Uhr.
Neues Orchester.
Neueste Tänze. Erstklassige Kapellen

Gasthof Neustadt

Goldner Saal [21247

Morgen Freitag, abends 8 Uhr
Willy Wolf-Spezial-Konzert
unter persönlicher Leitung des Herrn Kapellmeisters W. WOLF.
Hiernach: **WIENER BALL.**
Feinster Freitags-Ball Leipzigs.
Nächsten Sonntag: **Krystall-Palast-Sänger.**

Grüne Schänke

L.-Anger. Telephon 3945.

Morgen Freitag
Gr. Elite-Abend der beliebten **Weihmann-Sänger.**
Hierauf: **BALL bis 1 Uhr.**
Großer Verkehr und bekanntlich schönster Treffpunkt des Ostens. — Nächsten Sonnabend: **6. Stiftungsfest des M.-G.-V. Flora, L.-Anger.**
21271] Hochachtungsvoll **Karl Jacob.**

Thüringer Hof L.-Volkmarsdorf

Elisabethstrasse 13
Jeden **Sonntag** und **Montag: BALL.**
Verkehrslokal der Arbeiter-Radfahrer L.-Volkmarsdorf.
Jed. Sonnabend Zahlabend der Zentralkrankenkasse der Tischler.
Jeden Tag **Konzert von erstklassiger Damenkapelle.**
Neues Parkett. [4267*] **Fritz Kassler.**

Max Haufe's Gast- u. Logierhaus

43 Seeburgstrasse 43.
Empfehle meine freundl. Lokalitäten. Gutes saub. Uebernacht. ff. Biere. Kräftigen Mittagstisch. Verkehrslokal der Tischler. Achtungsvoll D. O.

Talquelle, Talstrasse 18.

Freundliches Arbeiter-Verkehrslokal. — **Täglich Unterhaltungsmusik.** — Speisen und Getränke in bekannter Güte.
Freundlichst ladet ein [17267*] **H. Schürmann.**

Zur Quetsche

Empfehle meine freundl. Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer. Kräftiger Mittagstisch. Gutgepflegte Biere.
Frankfurter Str. 27. * Hochachtungsvoll Franz Geiseler.

Stadt Rochlitz

Empfehle meine freundl. Lokalitäten mit Frühstücksstube und Gesellschaftzimmer. ff. Biere, kräftigen Mittagstisch. [*
Schleußig, Rochlitzstr. 5. Tel. 14657. Achtungsvoll R. Junge.

Lindenau Zum braunen Ross, Rossmarktstr. 23.

Empfehle meine freundlichen **Lokalitäten.** Jeden Morgen **warmes Fleisch.** [*
Hochachtungsvoll **Adolf Sachse.**

Thüringer Hof, Gautzsch.

Sonnabend 12. Novbr. **Grosser Lumpenabend.** Zur Verteilung kommen 6 Preise
Freundlichst ladet ein [21277] **G. Höllerich.**

Für Festlichkeiten jeder Art

empfehle mein reichhaltiges Lager von schönen, praktischen und preiswerten Gegenständen zu **Tombola, Prämienkegeln u. Preisschießen.** Ferner empfehle **Spielwaren, Schulartikel, Schnitt- u. Wollwaren, Humor- u. Bocklieder, Humor-Mützen u. Cotillon-Artikel.** [5615*
Leipzig, Bayersche Str. 81 **Südvorstädt. Kaufhaus**
Fernruf 4706. **Heinrich Lintzmeyer.**
Achtung! Ab 15. März 1911 Elisenstraße 30. **Achtung!**

Theatervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.
Goethestraße 19.
Donnerstag, den 10. November, abends 7½ Uhr:
Klassiker-Vorstellung zu halben Preisen.
Zur Feier von Schillers Geburtstag.

Kabale und Liebe.
Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Regie: Oberregisseur Ernst Vornstedt.

Präsident von Walter	Ernst Vornstedt	Sophie, Kammerjungfer der Lady	Alice Hacker
Ferdinand, s. Sohn	Otto Groß	Ein Kammerdiener des Fürsten	Reinh. Valqus
Hofmarschall v. Kalb	B. Wildenhain	Ein Kammerdiener des Präsidenten	Fritz Schäfer
Lady Milford	Charl. v. Schultz	Ein Diener der Lady Milford	Herm. Schröder
Wurm, Haussekretär des Präsidenten	Hans Leibelt	Gerichtsdiener.	
Miller, Stadtmusikus	Alfred Wögel		
Frau Miller	Adele Hübsch		
Luise, deren Tochter	Mar. Zauber		

Längere Pausen finden nach dem 2. und 4. Akt statt.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Halbe Preise. (Inkl. Garderobe.)
Spielplan: Freitag: Tatjun. Anfang 7½ Uhr.

Neues Operetten-Theater.
Zentral-Theater.
Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr:

Lord Piccolo.
Operette in 3 Akten von Rudolph Schanzer und Karl Lindau.
Musik von Henry Berény.
Leiter der Aufführung: August Kretschmer. Musikalischer Leiter: Georg Brabsky.

Gaston Marquis de Champ d'Azur	Artur Eistorff	Cabarin	Jos. Trautmann
Arsène Dupont, Privatdetektiv	Walter Grabe	Der Notar	Ferd. Hösslein
Lord Goderdeen	Gustav Bertram	Lola, Barmaid	Agnes Silski
Kitty, sein Mündel	Olga Sondra	Dubois, Fleurty, Mars (Tänzer)	Rud. Horpatzky, Karl Spann, Otto Felder
Black, Haushofmeister des Lords	Hans Holthaus	Dorette, Pauline, Fifi (Tänzerinnen)	Hanna Mund, Elisab. Wagner, Lotte Lemke
Jim	Rudi Gfaller	Bob, Reitknecht	Joseph v. Ecker
Daisy	Therese Wiet	Der Oberkellner	Fritz Schumann
George, der Bruder	Bruno Wiesner		
Madame Amaranth	Mary Sigl		

Tänzer, Tänzerinnen, Barmaids, Kellner, Lords, Ladies, Gutsinsassen, Dienerschaft, Kavaliere.

Der 1. Akt: In Paris im Bal Cabarin. Der 2. Akt: In Schottland auf dem Gute Goderdeens. Der 3. Akt: In einem Pariser Hotel. — Zeit: Gegenwart. Die Motive und Typen der vorkommenden von der Balletimeisterin Aldine Harcuba einstudierten Tänze sind den Zeichnungen Reznicek's im Simplicissimus entnommen.

Kassenöffnung 7¼ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Gewöhnliche Preise. (Inkl. Garderobe.)
Spielplan: Freitag nachmittags 4½ Uhr: **Kairo und die Pyramiden** (Gastspiel des wissenschaftlichen Theaters der Urania Berlin). Abends 8 Uhr: Lord Piccolo.

Novbr. 1910 **Battenberg.** Novbr. 1910

Boller Broth.
Kunstradfahrer in höchster Vollendung.

Albert Böhme
Humorist.

Willi Manns
mit seinen dressierten Elefanten.

Willi Agoston
in seinem Musikalakt.

7 Perezoff
Eine Soirée bei Madam Maxim.

Battenberg-Theater
Heute: Abends 8¼ Uhr: Schillerfeier. Zur Wiederkehr des Geburtstages von F. v. Schiller. **Maria Stuart.** Trauerspiel in 5 Akten (5 Verwandlungen).
Morgen: Abends 8¼ Uhr: **Maria Stuart.** Trauerspiel in 5 Akten (5 Verwandlungen) von Friedrich v. Schiller.
Vorverkauf numerierter Billetts bei **Franz Stein,** Markt 10 und **Paul Püttgner,** neben Battenberg.

Hüte

schwarz und farbig [5982*
Schirme, Stöcke, Handschuhe — sämtliche Herren-Artikel.
Erste Lindenauer Handschuh-Fabrik
Oskar Papesch, Merseburger Str. 82. Volkszeitung liegt auf.

Uhren und Goldwaren

in großer Auswahl bei **Arno Eckert**
L.-Schleußig, Könneritzstraße 56. [*

Ihre Petroleumlampe

leuchtet besser mit **Sparvergaser à 1.50 Mk.,** sie brennt heller als Gas und billiger mit Glühlichtbrenner **„Saxonia!"** Bringen Sie Bassin und Brenner mit! Die letzten Verbesserungen und neuesten Meßmuster finden Sie im [4608*
Spezialgeschäft für Petroleum-Beleuchtung
Balduin Oehme, Leipzig, Auerbachs Hof 12.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

VI. Internationaler Metallarbeiter-Kongreß.

Sitzung vom 2. November.

Der Kongreß wählt zunächst dem Vorschlage des Sekretärs entsprechend eine Revisionskommission aus Beer-Oesterreich, F. Griffiths-England und Lefèvre-Frankreich und tritt dann in die Beratung des Antrags auf Schaffung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses ein. Hierzu liegt ein ausführlicher Antrag des Sekretärs vor. Dieser Antrag soll regeln:

1. Die Auskunftserteilung durch Verpflichtung der Bundesvereine zu derselben oder, wenn eine solche nicht möglich, zur Mitteilung darüber.
2. Kostenlosen Uebertritt von der Organisation eines Landes zu der eines andern Landes bei Aufenthalt im Ausland.
3. Regelung etwaiger Hilfsaktionen bei Streiks und Aussperrungen.

Der erste Satz des Vorschlags spricht eine Selbstverständlichkeit aus und ist nur eine Mahnung an die verschiedenen Landesorganisationen, nichtsdestoweniger entspinnt sich aber eine lebhafte Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung.

Wilkinson (vereinigte Werkzeugmacher, England) wünscht, daß der Bundessekretär die Adressen aller angeschlossenen Vereine veröffentlicht, damit sie sich in den verschiedenen Ländern informieren können. Vor jedem Kongreß soll der Sekretär den angeschlossenen Vereinen eine Liste der gestellten Anfragen und der Namen der befragten Vereine zustellen, damit den Kongreßteilnehmern eine Kontrolle zusteht.

Cohen-Berlin erklärt sich damit einverstanden, daß die Vereine der verschiedenen Länder direkt miteinander korrespondieren, was denn aber dem einen recht sei, sei dem andern billig. Wollen die Engländer mit andern Organisationen verkehren, so müssen die andern sich auch ohne Vermittlung des Kameraden Hobson in Verbindung setzen dürfen.

Tailor (Maschinenbauer, England) stellt fest, daß Wilkinson nur im eignen, nicht aber im Namen der britischen Abteilung gesprochen habe. Die britische Abteilung in ihrer Mehrzahl wünsche am bisherigen Zustand festzuhalten.

Davis (Messingarbeiter, England) ist derselben Meinung und begründet dies mit der Rückständigkeit der vielen kleinen englischen Verbände, die von der Existenz des internationalen Metallarbeiterbundes gar keine und von den inneren englischen Verhältnissen nicht genügende Kenntnis haben.

Beer (Metallarbeiter, Oesterreich) führt die Schwierigkeit, mit England zu verkehren, darauf zurück, daß ihnen die Person des Sekretärs zu fern steht und dieser nicht genügend Einblick in die speziellen Verhältnisse durch den brieflichen Verkehr erhalten kann. Er schlägt vor, daß der internationale Sekretär gemeinsam mit dem Sekretär der britischen Abteilung eine Reise durch England unternimmt.

Schlicke (bisher Sekretär, Stuttgart): Der indirekte Verkehr kommt nur für England in Betracht. Für die meisten Fälle ist er genügend. Bezüglich der Informationsreisen habe nach dem Statut der Bundessekretär das Recht, Informationsreisen vorzunehmen. (Zustimmung.) In diesem Falle werde er sich natürlich mit dem Zentralkomitee zu verständigen haben. (Zustimmung.)

Hobson (britischer Sekretär, England) weist nochmals auf die Schwierigkeiten des direkten Verkehrs hin, das bisherige Verfahren habe Mißstände nicht gezeitigt. Besonders scheine die Vermittlung des Sekretärs der britischen Abteilung für Auskünfte über kollektive Arbeitsverträge unerläßlich. Nachdem der Vorsitzende Reichel-Stuttgart die Uebereinstimmung des Kongresses mit den Ausführungen Schlickes ohne Widerspruch festgestellt hat, ist damit der Gegenstand erledigt und verhandelt der Kongreß über Uebertritte der Mitglieder von einer Organisation zur andern.

Zu diesem Punkt liegt noch ein Antrag der belgischen Metallarbeiter vor, der die Unterstützung an ausländische Organisationen davon abhängig machen will, daß die Organisation, der das Mitglied angehörte, die ausgezahlten Unterstützungsbeträge an die in Betracht kommende Landesorganisation zurückerstattet.

Solau (Metallarbeiter, Belgien) begründet den Antrag mit dem starken Zuzug deutscher, österreichischer und schweizerischer Arbeiter, die den Belgiern große Aufwendungen auferlegen, ohne sich dem belgischen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Malasitsch (Metallarbeiter, Ungarn) bespricht einige Erfahrungen, die er mit dem italienischen Verband gehabt und meint, daß, wenn solche Beschlüsse gefaßt werden, sie auch durchgeführt werden müssen.

Der Vorsitzende Reichel stellt fest, daß nach dem Vorschlage des Sekretärs Unterstützungen generell nicht zugesichert werden, sondern den einzelnen Organisationen überlassen bleiben sollen.

Saupe (Kupferschmied, Deutschland) findet das Verhalten der Engländer unverständlich und weist aus der Praxis die Notwendigkeit solcher Vereinbarungen nach.

Wilkinson (Maschinenbauer, England): Die englischen Gewerkschaften können wohl eine moralische Zugehörigkeit anerkennen, eine Aufnahme kann aber nicht erfolgen, weil dies die Statuten nicht gestatten. Der Uebertritt ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden. Es können nur Inländer für einen Uebertritt in Frage kommen, und diese müssen sich auch zur Achtung der Verträge verpflichten.

Schlicke (Sekretär, Stuttgart): Seit Jahren beschäftigt diese Frage unsern internationalen Kongreß, ohne jedoch vorwärts gekommen zu sein. Der Brüsseler Kongreß habe die Richtlinien in dieser Frage festgelegt und zwar im Einverständnis auch der Engländer. Diese haben sich an der Diskussion zwar nicht beteiligt, aber für die Entschließung gestimmt. Heute bringen sie Einwendungen, die sie in Brüssel hätten machen oder dem Sekretär auf seine Vorschläge mitteilen sollen. Sie erklären ihre Sympathie mit dem Vorschlage, seine praktische Durchführung aber für unmöglich, sie versichern den kontinentalen Arbeitern ihre Freundschaft, sagen aber gleichzeitig: bleib mir zehn Schritt vom Leibe. Eine derartige Haltung verstehen die kontinentalen Arbeiter nicht, sie müssen vielmehr dieses Verhalten als Herumführen an der Nase betrachten. (Widerspruch bei den Engländern.) Wenn man die Kürze der Zeit als Grund für die ablehnende Haltung anführe, so sei das nur eine Ausrede. Seit drei Jahren sei die Sache in Fluß, vor etwa ¾ Jahren habe er ihnen erneut Vorschläge zugestellt und heute wolle man wieder vorlegen. Das ganze Verhalten der Engländer käme darauf hinaus, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Man wolle die ausländischen Arbeiter nicht, man umgebe sich mit einer chinesischen Mauer, schaffe Verhinderungsbestimmungen, um die ausländischen Arbeiter fernzuhalten. (Widerspruch bei den Engländern.) Das sei verkehrt. Die kontinentalen Arbeiter wollen nicht Sicherung der Unterstützungen, sondern in erster Linie Sicherung der Einheitlichkeit der Aktion. Jeder fremde Arbeiter solle im Ausland in der fremden Organisation zu Hause sein und sich ihren Anforderungen und Vereinbarungen unterordnen. Zwinge man die ausländischen Arbeiter zu eignen Organisationen, wie es in Amerika geschehe, so gefährde man die Einheit der Aktion. Das mögen die englischen Kameraden bedenken und deswegen von ihrem ablehnenden Standpunkt zurückgehen. Nicht materielle Vorteile für das einzelne übertretende Mitglied, sondern ideale und moralische Werte für die Gesamtheit müssen bei Behandlung der Frage in den Vordergrund treten. (Beifall bei den Delegierten des Kontinents.)

Stevens (Weißblecharbeiter, England) stimmt nicht ganz mit Wilkinson überein. Seine Organisation habe schon mehrfach Mitglieder ausländischer Organisationen aufgenommen und damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Man sollte dem gemachten Vorschlage nähertreten und ihn an eine Unterkommission zur Prüfung überweisen.

Jones (Maschinenbauer, England) sympathisiert mit dem Vorschlage des Sekretärs, hält ihn aber für praktisch undurchführbar. Redner beklagt, daß auf dem Kontinent Mitglieder seines Verbands gezwungen werden sollten, dem inländischen Verein beizutreten. Das halte er für unzulässig. Die Verfassung der englischen Trades-Unions verbiete, die Ausländer günstiger zu behandeln, als die Inländer. Solche Verfassungen seien schon älteren Datums, haben sich eingelebt und seien ohne weiteres nicht zu ändern. Er kann sich mit dem Vorschlage auf Einsetzung einer Unterkommission nicht ganz einverstanden erklären, würde sich aber damit abfinden und einen solchen Vorschlag vertreten können, wenn die Kommission nur eine Prüfung des Vorschlags daraufhin vornehmen würde, ob die englischen Trades-Unions sich auf solches Verhältnis einlassen können.

Die Vormittagssitzung schließt damit, daß den Engländern auf Wunsch die Möglichkeit gegeben wird, in einer sofort abzuhaltenden Sitzung nochmals zu der Frage Stellung zu nehmen, um Nachmittag ihre Stellung zu präzisieren. Das geschieht durch eine von dem Sekretär der britischen Abteilung Hobson abgegebene Erklärung, worin die Engländer nochmalige schriftliche Klarstellung der Vorschläge für das Gegenseitigkeitsverhältnis verlangen, sich dann bereit erklären, zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen, um ihrerseits Vorschläge zu machen. Diese Vorschläge werden die Engländer ihren Mitgliedern unterbreiten und sie, soweit statutarische Bestimmungen dem nicht im Wege stehen, zu verwirklichen suchen. Begründet wird die Erklärung damit, daß die Zersplitterung der englischen Organisation, ihre Statuten und ihre Stellung der Mitglieder die Regelung der Materie als sehr schwierig erscheinen lasse. Offenbar sind auch die Ansichten der Vertreter der verschiedenen kontinentalen Organisationen in diesem Punkte nicht einig. — Von den deutschsprechenden Vertretern der kontinentalen Organisationen wird eine Gegenerklärung durch Beer-Wien dahin abgegeben, daß sie mit dem Vorschlage der Engländer einverstanden seien, sofern die gemachten Vorschläge, sowie der vorliegende Vorschlag des Sekretärs von Vertretern der englischen Organisationen unter Zuziehung des Sekretärs und zweier Vertreter des Kontinents beraten werden und diese Beratungen im Frühjahr 1911 stattfinden.

In der Diskussion präzisieren noch Hansen-Kopenhagen und Merheim-Paris den Standpunkt der skandinavischen und französischen Arbeiter und stellen damit die volle Einmütigkeit der kontinentalen Arbeiter gegenüber der Auffassung der Engländer fest. Die Erklärung der Engländer wird mit großer Stimmenmehrheit unter den von den kontinentalen Vertretern gestellten Bedingungen angenommen. Bei der Wahl der Länder, die Vertreter zu der bevorstehenden Konferenz zu senden haben, entscheidet sich der Kongreß für Dänemark und ein Land französischer Zunge. — Der dritte Vorschlag des Sekretärs, die Regelung etwaiger Hilfsaktionen bei Streiks, wird sehr schnell erledigt. Der Vertreter des schwedischen Verbands, Blomberg, leitet die Diskussion mit einer Danksagung für die Unterstützung ein und weist darauf hin, daß diese Unterstützung dem schwedischen Verband seine Existenz gesichert und ihn gestärkt habe. Wäre die Unterstützung nicht erfolgt, so dürfte der Verband heute kaum mehr bestehen. Diese Ausführungen zeitigten großen Beifall auch bei den Engländern. Nach Jones Jenkins (Maschinenbauer) haben die Maschinenbauer 6528 Mark und nach Davis die Messingarbeiter 1428 Mark den Schweden überwiesen und glauben damit ihre Schuldigkeit getan zu haben. Außerdem machten sie auch für den Generalstreik als Verhinderungsmittel des Krieges Propaganda. Cohen-Berlin trat in entschiedener Weise der Auffassung der Engländer, als haben sie beim schwedischen Streik ihre Schuldigkeit getan, entgegen, und wies den Widerspruch in ihrer Haltung heute und damals nach. Wenn die schwedischen Arbeiter von den Sympathieerklärungen der Engländer hätten leben und kämpfen können, würde man sich heute nicht mit dieser Frage beschäftigen brauchen. Da aber bei den Engländern Theorie und Praxis zweierlei sei, müsse leider auch bei dieser Gelegenheit wieder auf den Widerspruch hingewiesen und den Engländern gesagt werden, daß die Arbeiter des Kontinents auf Sympathieerklärungen, denen keine Taten folgen, verzichten. (Beifall.) Damit schließt die Debatte. Die Sache wird zur Beratung der englischen Abteilung mit Vertretern des Kontinents überwiesen. — Ein Antrag des finnländischen Verbands, ihm 4000 Frank aus Bundesmitteln für Propagandazwecke zu bewilligen, wird abgelehnt. — Dem Sekretär wird Entlastung erteilt und ihm 3000 Mark als Renumeration für die abgelaufenen 3 Geschäftsjahre bewilligt. Schlicke wird als Sekretär wiedergewählt.

Aus dem Stadtverordnetensaale

Sitzung vom 9. November 1910.

Eingegangen sind neben einigen unwesentlichen Ratsschreiben zwei Eingaben des Hausbesitzervereins Leipzig-Plagwitz, von denen sich die eine mit der Herstellung verschiedener Straßen, vor allem der Neupflasterung der Thüringer Straße und der Jahnstraße zwischen der Zschocherschen und der Könneritzstraße, die andere mit der Beleuchtung der Kirchthurmuhr in Plagwitz befaßt. Stadtv. Beck (Mittelst.) machte beide Eingaben zu den seinigen.

Ferner ist eine Vorlage über die Regelung der Theaterfrage eingegangen. Stadtv. Dr. Sonnenkalb ersucht den Rat um Auskunft über den Namen des in Aussicht genommenen Theaterleiters, von dem man in Leipzig noch keine Ahnung habe und der auswärts bereits genannt werde. Oberbürgermeister Dr. Dittrich schilderte die Schwierigkeiten, die die Erledigung der Angelegenheit bereitet hat und teilte mit, daß als Leiter für die städtischen Theater der Geheime Hofrat Martersteig in Köln zugesagt habe, der, wenn die Stadtverordneten ihre Zustimmung zu der Vorlage geben, nach Leipzig kommen wolle. Diese Mitteilung wurde allseitig mit Beifall aufgenommen. — Die nächste öffentliche Sitzung, die des Bußtags wegen ausfallen muß, soll am Freitag über acht Tage abgehalten werden. Zur Beratung wird die Theatervorlage stehen. (Eine ausführliche Erörterung der Theaterfrage finden die Leser in der Feuilletonbeilage der heutigen Nummer.)

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurden zunächst zwei Eingaben erledigt. Eine Eingabe, die um Verminderung des Lärms auf den Straßen der Südvorstadt nachsucht, wurde auf Antrag des Verkehrsausschusses dem Rate zur Kenntnisnahme überwiesen.

Eine Eingabe der Ortsgruppe des Ortsvereins Leipzig des Bundes Deutscher Gastwirtsgehilfen beschäftigt sich mit der Regelung des Arbeitsnachweises für das Gastwirtsgewerbe und mit dem Arbeiterschutz und der Entlohnung der Angestellten in gastwirtschaftlichen Betrieben der Stadt. Zur Regelung des Arbeitsnachweises machen die Petenten folgende Vorschläge:

1. Die Stadt Leipzig fördert die kostenfreie Arbeitsvermittlung für gastwirtschaftliches Personal, indem sie die Vereine der Arbeitgeber und der Angestellten anregt, ihre Arbeitsnachweisstellen an den von der Stadt errichteten oder unterstützten öffentlichen paritätisch zentralen Arbeitsnachweis anzuschließen; sie stellt zur Unterstützung einer gemeinnützigen Arbeitsvermittlungsstelle einen jährlichen Beitrag in ihren Haushaltetat ein.
2. In sämtlichen von der Stadt verpachteten gastwirtschaftlichen Betrieben (Ratskeller, Neues-Theater-Restaurant, Schlachtviehhof usw.) ist bei Abschließung oder bei Erneuerung des Pachtvertrags der Pächter vertraglich zu verpflichten, bei Einstellung von Personal sich in jedem Falle zunächst an den von der Stadt Leipzig unterstützten öffentlichen paritätisch zentralen Arbeitsnachweis zu wenden und, wenn dieser zur Beschaffung des geeigneten Personals binnen 24 Stund. außerstande ist, an einen der gebührenfreien Arbeitsnachweise von Arbeitnehmerorganisationen. Die Personalbeschaffung mit Hilfe eines gewerbsmäßigen Stellenvermittlers würde dagegen vertraglich zu verbieten sein. Bei Zuwiderhandlungen ist der Pächter für jeden einzelnen Fall mit einer Vertragsstrafe von 50 Mk. zu belegen, sofern nicht ausnahmsweise die Stadtverwaltung ein abweichendes Verhalten genehmigt.
3. Auch bei sämtlichen von der Stadt Leipzig und seinen untergeordneten Verwaltungsabteilungen und dergleichen veranstalteten Festlichkeiten, Ausstellungen, Bewirtung von Kongressen seitens der Stadt, Königs- und Kaisers-Geburtstagsfeiern und Abhaltung von Jubelfeiern ist das zur Bedienung erforderliche Personal in jedem Falle zunächst von dem öffentlichen paritätisch zentralen Arbeitsnachweise einzufordern. Auch die Wirte, welche zu den Schaumessen auf dem Meßplatze Restaurationszelte errichten, sind vertraglich verpflichtet, ihr Personal von dem öffentlichen paritätisch zentralen Arbeitsnachweis zu beziehen und, wenn dieser zur Beschaffung des geeigneten Personals binnen 24 Stunden außerstande ist, von einem gebührenfrei vermittelnden Arbeitsnachweise einer Arbeitnehmerorganisation. Die Personalbeschaffung mit Hilfe eines gewerbsmäßigen Stellenvermittlers ist wie oben mit der gedachten Klausel zu untersagen.

Ferner ersuchen die Petenten, den Pächtern städtischer gastwirtschaftlicher Betriebe (Ratskeller, Neues Theater-Restaurant, Schlachtviehhof usw.) beim Abschluß oder Erneuerung der Verträge die Verpflichtungen aufzuerlegen:

a) jugendliches Personal (Lehrlinge und Hilfskräfte bis zum Alter von 18 Jahren) nur in der Zahl von höchstens 1 zu 3 des gesamten Personals zu beschäftigen;
b) dem jugendlichen Personal (Lehrlingen und Hilfskräften bis zum Alter von 18 Jahren) eine mindestens 14stündige tägliche Ruhezeit einschließlich einer Nachtruhe von 10 bis 6 Uhr zu gewähren, für das übrige Personal aber eine mindestens 12stündige tägliche Ruhezeit einzuführen;
c) für ausreichende Sitzgelegenheit für sämtliches Personal zu sorgen und ein Sitzverbot in keiner Weise einzuführen;
d) sämtlichem zur Bedienung verwendeten Personal über 18 Jahre feste Löhne zu zahlen, für die ein Tarif beim Rat der Stadt einzureichen und vom Ausschuß des Gewerbegerichts, nötigenfalls unter Zuziehung von Fachvertretern, zu begutachten ist. Gleichzeitig haben alle Abgaben des Personals an die Betriebsleitung in Form von Bruchgeldern, Bonbüchern, Streichhölzern, Zeitungen, Strafen für Zuspätkommen usw. fortzufallen; der Betriebsleiter erhält das Recht, das Publikum auf die Höhe der von ihm gezahlten festen Löhne aufmerksam zu machen.

In der Begründung wird auf das Trinkgelderunwesen hingewiesen und dessen Beseitigung gewünscht.

Der Berichterstatter teilte mit, daß man im Ausschusse der Meinung gewesen sei, daß die Vorschläge über die Stellenvermittlung teilweise verfrüht seien, aber vom Rate erwogen werden möchten. Daß Schutzbestimmungen für die Angestellten im Gastwirtsgewerbe notwendig

KAUFHAUS Gebr. Joske

LEBENSMITTEL

Brathähnchen Stück 1.25 1.05 85 ₰ | Pa. Dresdner Gänse Pfd. 74 72 ₰ | Wald-Hasen gestreift, Stck. 3.10 2.50 1.75 | Fasanenhähne Stck. 2.50 1.75

Spiegelkarpfen Pfund 87 ₰ | Blumenkohl Stück 8 ₰ | Kartoffeln vorzüglich kochend, rot und weiss, Pfund 3 ₰ | Zwiebeln 10 Pfund 45 ₰ Pfund 5 ₰

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

seien, sei von allen Seiten anerkannt worden. Dabei sei hervorgehoben worden, daß gerade diese Arbeiterkategorie unter recht schlechten hygienischen Verhältnissen arbeiten müsse. Auch der Wunsch nach Einschränkung der Beschäftigung jugendlicher Personen sei berechtigt. Hingegen werde es Schwierigkeiten machen, das Trinkgelderwesen ganz abzuschaffen, weil dann die tüchtigsten Kräfte, die jetzt mehr verdienen, als dies bei festem Lohn ohne Trinkgeld der Fall sein würde, die städtischen Betriebe meiden würden. Der Verkehrsausschuß empfahl, die Eingabe, soweit sie die vertraglichen Verpflichtungen unter a, b, c, d betrifft, dem Rate zur Kenntnisnahme zu überweisen. Dem stimmte das Kollegium zu.

Der Entschädigung von 7,82 qm Land, das vom Grundstück Nikolaistraße Nr. 36 zur Straße fällt, mit 700 Mk. für 1 qm (= 5474 Mk.) wurde zugestimmt.

Die Erhöhung der Ausgaben für sittlich Gefährdete um 94 000 Mk. und der Position 16 (erstattete Verpflegungskosten) um 64 000 Mk. im Konto 5 des Haushaltplanes für 1910 wurde genehmigt.

Hierauf wurde in der Beratung des Haushaltplanes fortgefahren.

Beim Konto 9: Brücken, Stege, Ufer und Wehre wurden 1320 Mk. für den Anstrich der Mödelbrücke abgelehnt. Im übrigen wurde das Konto genehmigt.

Bei Beratung des Kontos 6: Schulen und Schulamt, wurde auf Anfragen vom Ratstische aus erklärt, daß der Rat die Notwendigkeit einer Schulzahnklinik anerkenne und dem Kollegium eine Vorlage zugehen werde. Ueber einige andere Wünsche des Kollegiums wird noch verhandelt. Das Schulgeld soll vom Januar nächsten Jahres ab in den Schulen eingesammelt werden. Eine Vorlage werde jetzt ausgearbeitet.

Vorsteher Dr. Rothe wies auf das neue Gesetz über das höhere Mädchenschulwesen hin, in dem die Errichtung von Studienanstalten und Frauenschulen vorgesehen sei. Vom Rate sei, obwohl schon eine vom Deutschen Frauenverein unterhaltene Studienanstalt in Leipzig existiere, eine städtische Studienanstalt geplant, während man von einer Frauenschule, die viel notwendiger sei, nichts höre. Gerade eine Frauenschule, die nicht für das höhere Studium vorbereiten, sondern die in der Schule gewonnenen Kenntnisse fortbilden und die Schülerinnen für den Haushalt vorbereiten soll, werde von vielen Einwohnern als dringendes Bedürfnis empfunden. Er möchte auch wissen, ob der Rat Vorsorge getroffen habe, damit die Privatschule des Frauenvereins, die durch die städtische Schule den Todesstoß erhalten würde, nicht zu sehr geschädigt würde. Ferner wünschte der Redner, daß die Stundenzahl in den oberen Klassen nicht mehr als 30 wöchentlich betragen möchte und daß in die neu zu bildende Schulkommission für die Studienanstalt auch weibliche Personen berufen würden. Auch die geplante Verbindung der Anstalt mit der höheren Mädchenschule, die schon voll besetzt sei, sei nicht zu empfehlen.

Stadtrat Dr. Ackermann erwiderte, daß eine ganze Reihe (gegen 30) Anmeldungen zur Studienanstalt vorliegen, während wegen einer Frauenschule noch keine Anfrage an den Rat gekommen sei. Der Redner verbreitete sich weiter über den Aufbau der Studienanstalt und teilte mit, daß die Schule des Frauenvereins nach dem neuen Gesetze überhaupt nicht mehr bestehen könne. Dem Wunsche, die Stundenzahl auf wöchentlich 30 zu beschränken, sei das Ministerium leider nicht entgegengekommen. Der Platz in der höheren Mädchenschule am Schletterplatz sei vorläufig ausreichend. Später könne man in der fünften Bürgerschule Platz schaffen. Der Redner erklärte sich weiter bereit, einem Wunsche des Stadtv. Pflaume, diejenigen Lehrer der städtischen Gewerbeschule, die nicht ihre ganze Tätigkeit in den Dienst der Schule stellen, aber schon lange Zeit tätig sind, festanzustellen, entgegen zu kommen.

Bei den Positionen über die Volksschulen empfahl der Schulausschuß, die vom Rate geforderte Vergütung von 500 Mk. für einen weiblichen Beirat in Nadelarbeitssachen abzulehnen.

Stadtv. Höhne (Mittelst.) wandte sich gegen den Ausschußantrag. Der weibliche Beirat sei sehr notwendig.

Stadtv. Hiemann ersucht um Ablehnung, da aus dem Beirat in kurzer Zeit eine Inspektion werden würde. An Inspektoren hätten die Lehrer aber jetzt schon zu viel.

Stadtv. Bammes (Soz.) wünscht, daß mehr getan werde zur Hebung der Gesundheit der Schulkinder. In allen Berichten wird auf den schlechten Gesundheitszustand unserer Schulkinder aufmerksam gemacht. In dem städtischen Schulbericht wird die Zahl der kranken Kinder auf 40 bis 50 Prozent angegeben. Aus allem geht hervor, daß im Bezirke außerordentlich schlechte wirtschaftliche Verhältnisse bestehen. Alle Aerzte sind sich darüber einig, daß die schlechten Nahrungs- und Wohnungsverhältnisse daran Schuld sind. Es wäre Pflicht der Stadt, den Anfang zu machen mit der besseren Ernährung und der Speisung der Schulkinder. In der Schule für Schwachbefähigte sind sehr gute Erfahrungen gemacht. In anderen Städten und Ländern ist man bereits viel weiter gegangen. Nicht wenig würde zur Gesundung der Schulkinder eine Vermehrung der Schulbäder beitragen. Für rund 84000 Kinder sind jetzt 11 Schulbäder vorhanden. Das reicht nicht aus. Wenn nicht überall Schulbäder eingebaut werden können, sollte wenigstens in Flußbädern, Sonnenbädern usw. Platz geschafft werden. Es gibt auch noch andere Dinge, die nützlich wirken würden. So könnten die Kinderhorte besser ausgestaltet werden wie bisher; den Kindern muß Gelegenheit gegeben werden, aus den schlechten Wohnungen herauszukommen. In der Form, wie unsere Kinderhorte jetzt ausgebaut sind, läßt sich das nicht machen. Es muß mehr Wert auf Gartenarbeit gelegt, die Kinder müssen zu Spaziergängen angehalten werden. Von den Ferienkolonien kommen Klagen, daß nicht genug Mittel vorhanden sind, um alle hilfsbedürftigen Kinder unterzubringen. Es wird nie etwas Vollkommenes werden, wenn die Stadt nicht mehr ausgibt oder die Sache selbst in die Hand nimmt. Es geht hier so, wie mit der geplanten Waldschule, die nichts Rechtes werden kann, wenn sie in Privathänden bleibt. In dem Schulbericht ist auch gesagt, daß mehr als 72 Prozent unserer Schulkinder an Zahnkrankheiten leiden. Alle Aerzte sind der Ansicht, daß schlechte Zähne der Entwicklung hinderlich sind. Ueber die Einrichtung einer Schulzahnklinik haben wir schon früher einmal gesprochen, aber bis heute haben wir nichts wieder von der Sache gehört. Alle diese Einrichtungen, wird man sagen, kosten viel Geld. Wenn man aber bedenkt, welche Zuschüsse die hohen Schulen erfordern und daß man 30000 Mk. für Privatschulen ausgibt, dann kann es nicht daran liegen, daß man einige 1000 Mk. für die Volksschulen ausgibt. Läßt sich damit auch nicht alles beseitigen, so kann man doch Linderung schaffen.

Stadtrat Dr. Ackermann betonte die Notwendigkeit eines weiblichen Beirats. Die Speisung armer Kinder sei sehr wünschenswert und sogar notwendig, aber nicht Sache der Schule. Der Anregung der Schulbäder und Kinderhorte stehe er sympathisch gegenüber. Für die Ferienkolonien seien dieses Jahr bereits höhere Beiträge in Konto 7 eingesetzt. Wegen der Schulzahnklinik sei eine Vorlage des gemischten Schulausschusses zurzeit beim Rate.

Die Stadtverordneten Böhme, Jähne, Pollender und Bischoff sind für den weiblichen Beirat, aber nicht, wie es der Rat plant, einer einzelnen Person, sondern einer kollegial zusammengesetzten Kommission.

Dieser Ansicht schließt sich auch Lange (Soz.) an, der darauf hinweist, daß die Arbeiten, die die Kinder jetzt in der Schule ausführen müssen, meist veraltet und unbrauchbar sind.

Das Konto wurde hierauf unter Ablehnung des weiblichen Beirats genehmigt. Bei den Baupositionen wurden von 300 000 Mk. 27 000 Mk. abgestrichen.

Die Konten: Sonstiger Grundbesitz in der Stadtflur und den Fluren Barneck usw., Bauhöfe, Straßenwalzen und Vorrat Flußsand und Museen wurden mit einigen Abstrichen, das Konto Quartieramt ohne Aenderung genehmigt.

Zu einer längeren Auseinandersetzung zwischen den beiden Kollegien kam es beim Sonderhaushaltplan für die Stadtkellerei.

Der Berichterstatter Kressin bemerkt: Der Ausschuß hat sich mit dem Haushaltplan zweimal befaßt. In der ersten Sitzung, der Stadtrat Esche beiwohnte, wurde beschlossen, daß der Rat die Pacht vor Ablauf des jetzigen Vertrages neu ausschreiben sollte. Es wurde bemerkt, die Pacht sei zu niedrig und stehe in keinem Verhältnis zu der Pachtsumme, die die Stadt aus anderen Wirtschaften herausbringe. In der Zwischenzeit tauchte mit größter Bestimmtheit das Gerücht auf, daß die Deputation für die Stadtkellerei beschlossen habe, beim Rate zu befürworten, daß dem jetzigen Pächter die Pacht zu den bisherigen Bedingungen erneuert werden sollte, und daß sich der Rat in den nächsten Tagen schon mit der Angelegenheit beschäftigen werde. Aus diesem Grunde sah sich der Finanzausschuß veranlaßt, noch einmal das Konto zu besprechen. Es wurde geltend gemacht, daß über 50 000 Mk. städtische Gelder in das Inventar hineingesteckt seien. Es könne jeder tüchtige Wirt in dem Lokale ein gutes Geschäft machen. Es wurde deshalb noch einmal der vorliegende Antrag beschlossen, **den Rat zu ersuchen, eine Verpachtung der Rathauskellerwirtschaft nach Ablauf der jetzigen Pachtzeit (30. September 1912) nur auf Grund vorheriger Ausschreibung vornehmen zu wollen.**

Der Redner wies ferner auf die Wünsche hin, die das Kollegium bei der vorjährigen Beratung des Haushaltplans und vor kurzem bei der Beratung des Kontos: Verpachtung der Rittergüter geäußert hat und bemerkte, wenn die Absicht irgendwo bestanden habe, die Pacht in der Weise, wie verlautet, zu bewerkstelligen, so wäre das ein sehr geringes Entgegenkommen gegen das Kollegium gewesen.

Stadtrat Esche verteidigt sich gegen den Vorwurf, daß in unkorrekter Weise verfahren worden wäre. Zu der ersten Verhandlung des Ausschusses sei er nur zufällig zugegen gewesen und zu der zweiten Sitzung sei er gar nicht geladen gewesen. Er habe nur eine vorsichtige Erklärung abgeben können, da er nicht wußte, wie der Rat beschließen werde. Der jetzige Pächter habe sich schon im Februar um eine Verlängerung des Vertrages bis 1915 beworben. Der Rat stellte Erörterungen an, die Angelegenheit zog sich dann bis zum September hin, später haben sich die Verhandlungen des Rates und des Ausschusses gekreuzt. Sollten die Stadtverordneten die Ausschreibung beantragen, so werde der Rat Stellung nehmen und näheres mitteilen.

Stadtv. Böhme (Mittelst.) äußerte Bedenken, daß man bei einer Ausschreibung nicht besser fahren würde. Das Markthallenrestaurant habe man um 2500 Mk. billiger verpachten müssen, um einen tüchtigen Wirt zu bekommen, und auch mit dem Theaterrestaurant habe man keine guten Erfahrungen gemacht.

Oberbürgermeister Dr. Dittrich bemerkte, bisher sei es noch nicht üblich gewesen, daß an der etwaigen Stellung der Deputationen Kritik geübt worden sei. Wenn sich der Rat bereits schlüssig gemacht gehabt hätte, wäre ein Angriffspunkt gegeben.

Vizevorsteher Tobias trat für die Ausschreibung ein. Die Person des Pächters sei ihm gleich. Man könne aber verlangen, daß, soweit das ohne Gefährdung geschehen könne, mehr Ertrag für die Stadt herausgewirtschaftet würde. Um ein richtiges Bild zu bekommen, solle man die Bücher des Rats-

Freitag und Sonnabend

Kauf-Haus-Brühl G.m.b.H.

Freitag und Sonnabend

Sonder-Angebote für den Herbstbedarf

Ein Posten
Frauenstrümpfe
echt schwarz, Spezialqualität, Wolle plattiert . . . . . Sonderpreis: Paar **75** u. **95** ₰

Ein Posten engl. lange reinwollene
Damenstrümpfe
fein gewebt, verstärkte Ferse und Spitze, schwarz und braun . . . . . Sonderpreis: Paar **85** ₰

Ein Posten engl. lange reinwollene
Damenringelstrümpfe
aparte Farbstellungen Sonderpreis: Paar **1.10**

Ein Posten
Frauenstrümpfe
echt schwarz, 2×2 gestrickt, reine Wolle Sonderpreis: Paar **95** ₰

Ein Posten
Stricksocken
grau und braun, Schaft 2×2 gestrickt Sonderpreis: Paar **38** 3 Paar **95** ₰

Ein Posten
Schweissocken
stark wollhaltig, in der Wäsche nicht einlaufend Sonderpreis: Paar **52** ₰ 3 Paar **1.45**

Ein Posten
reinwoll. Ersatzfüsse . . . . Sonderpreis Paar **38** ₰
nahtlos gewebt, schwarz und braun . . . . . 3 Paar **1.10**

Ein Posten **Kinderstrümpfe** schwarz und braun, 1×1 gestrickt

Sonderpreise	1	2	3	4	5	6	7	8
Wolle plattiert	35	45	55	65	75	85	90	95 ₰
reine Wolle	58	68	78	95	1.10	1.25	1.35	1.45

Ein Posten **Kinderstrümpfe** geringelt, reine Wolle

	1–3	4–6	7–11
Sonderpreise	68 ₰	95 ₰	1.35

Ein Posten
Herren-Futter-Hosen
starke, wärmende Qualität, in allen Grössen Sonderpreis Paar **1.75**

Ein Posten **Kinderhemdhöschen** in haltbarem Futtertrikot

für das Alter	1–3	4–7	8–11 Jahre
Sonderpreise	90 ₰	1.25	1.55

Ein Posten **Mädchen-Reformhosen**
marine Wintertrikot, vorrätig für 5–14jährige Mädchen

für das Alter	5–6	7–8 Jahre
Sonderpreise	1.75	1.95

Ein Posten
Gestrickte Damen-Westen schwarz und farbig

	Serie I wollplattiert	Serie II reine Wolle
Sonderpreise:	1.90	2.50

Ein Posten
Damen-Plaids
schwere Qualitäten, ca. 120/160, neue Schott.- und Streifenmuster Sonderpreis Stück **3.25**

Ein Posten
Herren-Strickwesten
in 3 Grössen, wollplattiert Sonderpreis Stück **2.45**

Spezialmarke „Leipzig"
4 und 5fach, rein wollenes, weiches Strickgarn, äusserst ergiebig
Sonderpreis ¼ Pfund **55** ₰ ½ Pfund **2.60**

Spezialmarke „Eichenblattwolle"
reine Wolle, bewährte Qualität, schwarz, echtfarbig
Sonderpreis ¼ Pfund **65** ₰ ½ Pfund **3.10**

Spezialmarke „Schweisswolle"
4fach, nicht filzend, für empfindliche Füsse
Sonderpreis ¼ Pfund **68** ₰ ½ Pfund **3.20**

Farbige Herren-Oberhemden
Percal, durchgestreift
Stück **2.75** **3.95** **4.50**

Farbige Herren-Oberhemden
Zephir, durchgestreift
Stück **4.75** **5.50** **6.50**

Weisse Herren-Oberhemden
mit glattem Einsatz . . . . . Stück 2.95 4.50
mit Piqué-Falteneinsatz . Stück 3.25 4.95 5.75

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

kellerpächters einer eingehenden Prüfung unterziehen. Dann werde sich zeigen, daß mehr herauszuschlagen sei. An den Brötchen, die der Wirt gegen Bezahlung verkaufe, verdiene er mehr, wie die ganze Pacht ausmache. Bei den besoldeten Ratsmitgliedern finde man immer noch einiges Verständnis, aber bei einigen unbesoldeten Stadträten habe sich gezeigt, daß sie, seit sie in Walhall sitzen, päpstlicher seien als der Papst.

Oberbürgermeister Dr. Dittrich erklärt, daß die unbesoldeten Stadträte wertvolle Dienste leisteten und stets nach ihrer Ueberzeugung handelten.

Stadtrat Esche betonte, daß eine gründliche Prüfung der Bücher des Pächters durch das Rechnungsamt erfolgt sei.

Stadtv. Böhme (Mittelst.) ersuchte nochmals, mehr auf Tüchtigkeit als hohe Pacht zu sehen.

Stadtv. Pollender (Soz.): Er habe gegen die Ausschreibung keine Bedenken. Die Erregung habe sich erst bemerkbar gemacht, weil man ohne die Wünsche des Kollegiums zu berücksichtigen, gehandelt habe, und weil Stadtrat Esche den Umstand verschwiegen habe, daß der jetzige Pächter sich schon im Februar um eine Verlängerung seines Vertrages bemüht habe. Er sei sich aber auch klar, daß die Erwartungen, die an die Ausschreibung gestellt werden, nicht eintreten werden.

Stadtv. Tobias bemerkt auf eine nochmalige Bemerkung des Bürgermeisters, es stehe fest, daß man im Ausschuß der Meinung gewesen sei, daß das Kollegium schlankweg übergangen werden sollte.

Stadtv. Schwalbach trat dafür ein, daß die Decken im Ratskeller bemalt werden.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde der Antrag des Ausschusses einstimmig angenommen und der Sonderhaushaltplan genehmigt.

Schließlich wurde noch dem Verkauf der Baustelle 4 an der Asterstraße von 658,5 qm Flächeninhalt zum Preise von 47000 Mk. = 71.40 Mk. für 1 qm zugestimmt.

Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schicke es sofort ein.

2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigne. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.

3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.

4. Schreib nicht „gestern" oder „heute", sondern den Tag oder das Datum.

5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.

6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Setzer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.

7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen! Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Wenn Sie sicher gehen wollen etwas wirklich Gutes zu bekommen, dann nehmen Sie Kathreiners Malzkaffee und nicht eine Nachahmung!

Der Gehalt macht's!

KIOS – Kurprinz, Abu Sekkim 3 – Fürsten, Bristol 4 – Welt-Macht, Fleur de Kios 5 Pfg.
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios" o E. Robert Böhme, Dresden.
Lieferant der französischen Tabak-Regie.

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Tauchaer Strasse 19/21

Unentbehrlich für jeden Arbeiter, notwendig für jeden, der viel beschäftigt ist. Preis 50 Pfg.

Ordnung lehrt dich Zeit gewinnen.

Wir empfehlen

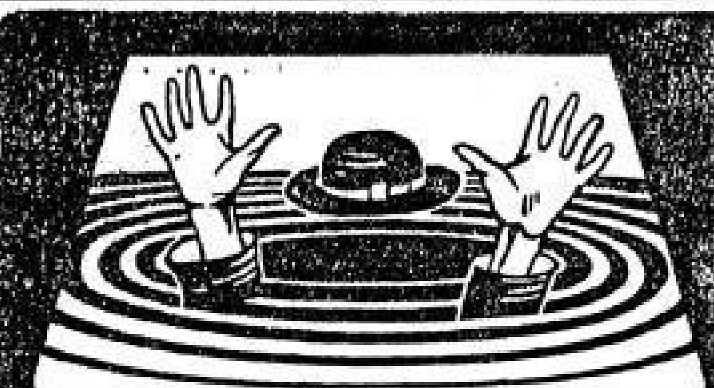
Arbeiter-Notizkalender 1911

Preis 50 Pfg.

Inhalts-Verzeichnis.
Kalendarium und Geschichtskalender. — Sonnen- und Mondfinsternisse. — Die Jahreszeiten. — Sonntage im Jahre 1911. — Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 und der Nachwahlen. — Die Sozialdemokratie in den einzelnen Provinzen und Staaten. — Stimmenzahlen bei der Reichstagswahl 1907. — Biographische Notizen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. — Aus den sozialdemokratischen Organisationen. — Maasse und Gewichte. — Wie nutzen wir unsere arbeitsfreie Zeit? — Volksschule und höhere Schule. — Vom deutschen Genossenschaftswesen. — Sozialdemokratischer Parteivorstand. — Frauenbureau. — Bezirks- und Landesorganisationen. — Internationaler Sekretär. — Bildungsausschuss. — Partei-Archiv. — Jugendzentrale. — Sozialdemokratisches Pressbureau. — Sozialdemokratische Presse Deutschlands. — Die Gewerkschaften im Jahre 1909. — Die Gewerkschaftskartelle 1909. — Die Arbeitersekretariate von 1901 bis 1909. — Die Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1909. — Die internationale Gewerkschaftsbewegung 1908. — Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands — Sekretariat für Bauarbeiterschutz. — Die Vorsitzenden der deutschen Zentralverbände. — Agitationskommissionen der Gewerkschaften. — Gewerkschaftspresse Deutschlands. — Adressen der deutschen Arbeiter-Sekretariate. — Adressen der gewerkschaftlichen Landeszentralen. — Internationaler Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen. — Internationale Gewerkschafts-Sekretariate. — Adressen der deutschen Gewerbeinspektoren. — Deutsche Vereine im Auslande. — Münztabelle. — Portotaxe.

Zu beziehen durch alle Filialen der Volkszeitung u. durch alle Zeitungsausträger.

Ein Arbeiter-Notizkalender in der Tasche erspart viel unnützes Fragen, viel Arbeit und Mühe. — Preis 50 Pfg.



Ein Reinfall
beim Kauf einer billigen Margarine ist schon dagewesen; niemand aber war enttäuscht über die Verwendbarkeit der Marke
Solo
Solo, ein vollkommener Ersatz für feinste
Butter
ist in ganz Deutschland beliebt und wesentlich billiger als jene.
Man versuche auch die Delikatess-Margarine
Rheinperle
den beliebtesten Butter-Ersatz der feinen Küche. Ueberall erhältlich!
Alleln. Fabrikanten: Holl. Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rhld.)
Bureau und Lager Leipzig: Vertreter **Eduard Brade**, Monthéstrasse 4. Fernspr. 2265.

Zum Fritz-Reuter-Jubiläum
Wir empfehlen
Fritz Reuters Werke 2 Bände 3.00 M
Fritz-Reuter-Festschrift 20 ₰
Fritz Reuter, Ut mine Stromtid. 3 Bände brosch., statt 2.60 M nur 75 ₰
Leipziger Buchdruckerei A.G.
Abteilung Buchhandlung.
Durch alle Filialen und Austräger zu beziehen.

Leipz. Verein d. Kinderfreunde (Kinderschutz) e. V.
Geschäftsstelle: **Hainstrasse 2, II.**
geöffnet von 0—1 und 3—6 Uhr, nimmt Meldungen von Kinderelend und Mißhandlungen entgegen. [2518*

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Zentrum.
Poniatowskistr. 1b, H. IV., Schlafst.

Westen.
2fenstrige Stube zu vermieten. Näh. Lauchstädter Str. 25, I. r.

Verkäufe und Käufe.

Achtung, Hausfrauen!
Nur kurze Zeit! *
1 Dopp.-Wagg. Emaille- u. Alumin.-
Haus- u. Küchengeräte
angekommen. Verk. dasselbe zu bill. Preis. Elisenstr. 34 im Eisl.ad.

Gelegenh.-Käufe. Brill.-Ringe v. 25 Mk. an, g. H.- u. D.-Uhren, Kett. bill. Nürnb. Str. 32, **Rosenberg.***

Frack-, Smoking-, Gehrock-**Anzüge** verkauft u. verleiht * Julius Schmerels Geschäftshaus für Monatsgarderobe Katharinenstr. 8. Telefon 11868.

10 W.-Ueberz., 12 Anzüge 6-12 M, Jacketts, Hosen 2-4, D.-Jacketts, Kld., Röcke 2-6 M, Thümmelst. 12, p

Tel. 10401. Verkauf Tel. 10401. best. getr. Herrsch.-Damengard., Jacketts, Blus. v. 75 ₰ an bis zu den elegant., neue Pelzstolas, Kostüme, Mäntel, Jacketts, Blusen, Röcke, nur Partie- u. Konkurswaren, in all. Preislagen, fast zur Hälfte des reell. Wertes. Extra Anprobierzimmer. Elektrische w. vergütet. Sperlings Dam.-Monatsgarderobe Windmühlenstr. 45, I., a. Bayr. Bahnhof.*

Jede Dame kauft'
billig u. gut herrsch. getrag. Ball- u. Tanzstundenkleid., Kostüm., Jacketts, Mänt., Pelzboas, Wäsch. 2c. in Schröters Damen-Monats-Garderobe, Wächterstr. 24, II.

Pelzboas
in großer Auswahl u. billig.
*] Leipzig, Brühl 15, Vorderh. II.

Empf. bill. Normalhemden, Krag.-Schoner, Taschentch., Strümpfe 2c. Weissw.-Gesch. Grüner, Bayersche, Ecke Hohe St.

Puppen!
Bayrische Str. 60
Puppen-Klinik
sowie sämtliche Ersatzteile. *

Puppen
Puppen-Klinik *
Plagwitz, Ziegelstr., Ecke.

Für Mutters Liebling
empfiehlt der
Baby-Bazar
seine sämtl. Artikel in größt. Auswahl bei billigst. Preisen.
Bettfedern u. fert. Betten v. bill. b. best.
Paul Prinsky, Lindenau
2977] Gundorfer Straße. *

Gardinen
in Resten von 1—5 Fenstern, spottbillig zu verkaufen. *
Salzgäßchen 7, Hof I.

Bettwäsche
Dowlas-Kissen 1 Mk.
Bezug 4 Mk., Bettuch 2 Mk.
fertig genäht, reell und billig
Elisabeth Heidorn
Leipzig, Dorotheenstraße . 2

Bettfedern-Reinig. u. Verkf. billigst
G. Funke. Reud., Riebeckstr. 7a. *

Gelegenheitsgeschenke
Tafel-Aufsätze, Likör-Service, Bronzewaren, Nippes usw. usw.
Eisenbahnstr. 96, Bruno Waage.

Eleg. Säul.-Plüschsofa, guterh., f. 80 M sof. v. Li., Flemmingst. 10, p. l.*

Kleiderschr., Ko., Küchr., Pl.-Sof., Ti., Spgl. vk. Pl., Schmiedest. 7, pt.*

1 Plüschsofa, 1 engl. Bettstelle m. Mtr., 3tl. Roßhaarauflegematr., 1 Reg. Müller, Matthäikirchh. 24, III

Gebr. Ottomane billig zu verk. Kleinzschocher, Wendlerstr. 6, II. l.

Gebr. Kleiderschrk. 10, Vertiko 22, Bettst. m. Mtr. 11, Komm. 11, Sof., wie neu 18, Plüsch 38, Tisch 4.50, Kchsch. 10, versch. b. Sophienstr. 52.

Arbeiter, deckt Euren Bedarf an Küchentischen u. Bettstellen bei W. Gotthardt, Kleinzschocher, Hirzelstraße 14. [21255

Küchenschrk. u. Küchentisch, f. neu, f. 18 M z. vk. Li., Albertinerst. 82, II. l

Gr. Kinder-Gitter-Bettst. 5 M u. Kanonenof. Kronprinzstr. 12, III. r

Einkauf • Verkauf • Tausch
von Musik-Instrumenten all. Art. Eisenbahnstr. 96, Bruno Waage.

Grammophons, Schallplatten Nadeln, Mundharmonikas 2c. Teilzahlung gestattet. Umtausch abgespielter und zerbrochener Platten. [18548*
Lindenau, Leutzscher Str. 47.

!Grammophon-Besitzer!
Reparaturen aller Musikwerke. *
Eisenbahnstr. 5. Tel. 128.
Schallplatten-Zentrale.

Nhm. z. 55 M K.-Heine-St. 113, II. l.*

Nähm. bill. Li., Queckstr. 25, III. l.

Strickmaschinen
kauft man seit Jahren am besten u. billigsten u. erhält viels. Unterricht gratis bei Eduard Alex, Kleinzsch., Dieskaustr. 11. Strickgarne zu Fabrikpreisen. *

Wäscherollen, Hobelbänke, Fournierböcke u. alle Reparatur.
A. Höhl, Turnerstraße 6.*

Herren-Rad, 15 M, kl. Knaben-Rad billig. Li., Leutzscher St. 24, H. II.

Radfahrer! Decken von 1.80 M an, Luftschläuche von 1.75 M an, Carbidlampen 2 M, Oellampen 80 ₰. [21266*
Simeth
An der Waldstr., Frankf. Str. 25.

Guterhaltener Kinderwagen bill. z. vk. Brandvorwerkstr. 63, III. r.

Speisekartoffeln gibt billig ab **Karl Weiser**, Eilenburg. Str. 16, Kartoffelhandlg. — Tel. 8749.*

Deck-Reissig-Verkauf
L.-Lindenau, Lützner Str. 37.

Deckreissig frisch, grün vk. Li., Hebelst. 20.*

Ausgekämmtes Haar kauft Windmühlenstr. 2, Friseurgesch.*

Tanz Lehr-Institut Böttner
Johannisplatz 5, Vorderhaus I. Etg.
Zu dem am **10.—17. Nov.** beginn. gut bürgerl. Unterrichtskursus — auch für Einzelunterricht —, sowie Tanzaufführungen werden geschätzte Anmeldungen jederzeit erb. *

Dr. med. Friedrich Albers
prakt. Arzt
ist einige Tage verreist.
L.-Reudnitz, Oststrasse 56, part. Telephon 11908.
Sprechstunden: Morgens 8—9 Uhr, mittags 12—2 Uhr. Sonntags 9—10 Uhr. [21205

Nähm. z. f. ges. Petersteinweg 10, I.

Ziegenfelle, Hasenfelle, Kaninfelle [5009*
sowie alle anderen Arten Felle werden fortwährend zu höchsten Preisen gekauft, Gerberstr. 8, im Hof, gegenüb. Hotel Palmbaum.

Arbeitsmarkt.

Meister gesucht.
Grosse Geldschrankfabrik Nordwestdeutschlands sucht einen energischen, selbständigen und nüchternen Meister aus der Branche. Gefl. Angebote besorgt die Geschäftsstelle unter O. 87.*

Schlosser auf Holzfräser
eingeübt, sofort gesucht bei hohem Lohn. Gefl. Off. u. J. 56092 an Haasenstein & Vogler A.G., Magdeb.

Arbeiter
werden angenommen in Wahren, Strassenbau am Mühlweg. *

Für leichte Arbeit werden noch einige gewandte jüngere Frauen gesucht Salomonstr. 25b, Sout.

Schulmädch., 13-14 J., f. 1 Kind v 2½ Jahr. Lauchstädter Str. 14, I. r.

Vermischte Anzeigen.

Frack- und Gehrockanzüge verleiht Schneidermeister **Müller** Emilienstr. 52, Ecke Windmstr.

Strümpfe w. faub. u. bill. angestr. Masch.-Strumpfstrick. Elisabeth Müller, Li., Merseb. St. 39.

Inserate sind nicht an die Redaktion, sondern an die **Expedition** der Leipziger Volkszeitung zu richten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Total-Ausverkauf Schuhwaren-Haus REISS

wegen Aufgabe — **Grimmaische Strasse 19.**

	Gr. 31—35	27—30	25—26
Rossleder-Kinderstiefel, starker Schulstiefel	2.85	2.45	2.10
Boxcalf- und Rindbox-Kinderstiefel, elegante breite Naturform	4.35	3.85	3.35

Damen-Schnür-Stiefel, mit Lackkappe, schönes weiches Leder, alle Grössen . . . . . Paar **4.65**

Posten Damen-Stiefel, nur Gr. 36, 37, 38, Restquant. von Fabrikaten, die früher bis 10.50 kost. Paar **5.75**

Damen-Stiefel **echt** Chevreaux-Chevretin und Rindbox, hochelegant, mit und ohne Lackkappe, alle Grössen . . . . . Paar **5.75**

Damen-Stiefel **echt** Chevreaux, echt Boxcalf, allerfeinste haltbare Formen, alle Grössen Paar **7.50**

Damen-Stiefel, **Rahmenarbeit** alle Grössen . . . . . Paar **8.75**

Herren-Stiefel sehr stark, Zug-, Schnür-, Schnallen-, mit genähtem Boden . . **6.35**
Herren-Stiefel echt Chevreaux, elegant, mit und ohne Lackkappe **7.75**
Herren-Stiefel echt Chevreaux, Boxcalf, feinste, auch amerikanische Formen . **8.50**

Mindestens 1000 Paar feine und feinste Fabrikate in Herren-, Damen- und Kinderstiefeln wo zwar alle Grössen, nicht aber jeder Artikel alle Grössen vorrätig sind, teilweise für den halben Preis!
Marken: **Hassia, Triumph, Danubia, Noris** etc. etc.

Gefütterte warme Schuhe	Gr. 31—32 **45** ₰	Gr. 33—35 **55** ₰	für Damen alle Grössen **70** ₰		
Gefütterte warme Schuhe mit elegantem Plüsch	Gr. 27—30 **65** ₰	Gr. 31—35 **75** ₰	für Damen alle Grössen **90** ₰		
Echte Kamelhaarschuhe mit Kernledersohle	Gr. 22—24 **95** ₰	25—29 **1.20**	30—35 **1.50**	Damen **1.75**	Herren **2.10**
Filz-Schnallenstiefel mit Kernledersohle	Gr. 25—26 **1.10**	27—30 **1.25**	31—35 **1.45**	Damen **1.70**	Herren **1.95**

Pantoffel, gefütterte Hausschuhe etc. zu staunend billigen Preisen!

Arbeiter, Partei- und Gewerkschaftsgenossen!

Die Absicht der Scharfmacher der Barbier- und Friseur-Zwangs-Innung geht dahin, unsere Zahlstelle zugrunde zu richten. Dieser zünftlerische Anschlag muß abermals an der Solidarität der Arbeiterschaft scheitern!

In der unten verzeichneten Liste sind die Geschäfte gestrichen worden, die mit uns keinen Tarifvertrag abgeschlossen haben, außer denen, die nicht in das Tarifgebiet gehören.

Zentrum

*Stammwitz, Bayersche Str. 24
*Arnold, Bayersche Str. 54
*Sauerzapf, Bayersche Str. 17
*Kayser, Seeburgstraße 62
*Oertel, Südstraße 28
*Kliebsch, Körnerstraße 18
*Rettelbusch, Nürnberger Straße 48
*Reinhardt, Kochstraße 25
*Reinhardt, Naundörfchen 2
*Seidewitz, Alexanderstraße 17
*Kluge, Große Fleischergasse 17
*Schrader, Wiesenstraße 14

Sellerhaus.-Neuschönef.-Volkmarsdorf

*Schröck, Wurzner Straße 79
*Martell, Konradstraße 26
*Sauerzapf, Kirchstraße 62/64
*Flemming, Hildegardstraße 20
*Pretzsch, Bergstraße 39
*Ranke, Kirchstraße 25/27

Anger-Neustadt-Reudnitz

*Bergmann, Cichoriusstraße 16
*Gehrmann, Martinstraße 4
*Schwertfeger, Herbartstraße 1
*Müller, Mölkauer Straße 28
*Kitzing, Ungerstraße 14 b
*Weidig, Bernhardstraße 17
*Keilitz, Wurzner Straße 14
*Franke, Breite Straße 22
*Tiede, Täubchenweg 68
*Ewens, Täubchenweg 55
*Grosser, Augustenstraße 1
*Löffler, Comeniusstraße 1

Stötteritz-Thonberg-Connewitz

*Adam, Leipziger Straße 1
*Rauschenbach, Ch.-Weiße-St. 34
*Römer, Ferd.-Jost-Str. 39
*Liebig, Hauptstraße 64
*Deike, Arnoldstraße 21
*Klaus, Meitzenhainer Straße 12
*Sauerzapf, Stötteritzer Straße
*Plaue, Bornaische Straße 85
*Rose, Pegauer Straße
*Steuer, Neuß. Elisenstraße 101
*Franke, Stöckartstraße 31

Plagwitz-Kleinzschocher

*Junkhuhn, Friedr.-Aug.-Str. 25
*Müller, Weißenfelser Straße 58 (Ecke Merseburger Straße)
*Felderer, Ziegelstraße 9
*Rudolf, Ziegelstraße 25
*Schumann, Jahnstraße 25
*Tlustek, Dieskaustraße 1
*Meissner, Dieskaustraße 2
*Loy, Dieskaustraße 28
*Zilliger, Dieskaustraße 78
*Köthe, Klingenstraße 42
*Rabe, Gießerstraße 65
*Sturm, Gießerstraße 53
*Maul, Gießerstraße 68

Lindenau und Leutzsch

*Keck, Gutsmuthsstraße
*Schöppe, Kaiserstraße 44
*Müller, Aureliensstraße 22
*Bauer, Hahnemannstraße 10
*Schnabel, Angerstraße 27
*Rudolf, Burgauenstraße 1
*Noack, Albertinerstraße 51
*Voigtmann, Albertinerstraße
*Raum, Gundorfer Straße 7
*Bernhardt, Gundorfer Str. 22
*Witzsche, Gundorfer Str. 30
*Pondelik, Gundorfer Straße 64
*Schulze, Hellmuthstraße 10
*Merkel, Calvisiusstraße 28
*Träger, Hauptstraße 86
*Schröter, Hauptstraße 14
*Hartmann, Barnecker Str. 8
*Herfurth, Barnecker Str. 22
*Hoch, Lindenauer Str. 27
*Scharf, Lindenauer Straße 50

Gohl.-Eutritzsch-Möckern

*Orlamünde, Georgstraße 20
*Haubold, Katzbachstraße 35
*Wünsche, Hallische Straße 67.

Nicht einverleibte Vororte:

Oetzsch: *Peters
Gautzsch: *Voigt
Zöbigker: *Matthies
Gr.-Zschocher: *Nitzschke
Schönefeld: *Schreiner
Schönefeld: *Siebeneicher
Paunsdorf: *Hiltmann
Paunsdorf: *Brändel
Markranstädt: Schröter
Markranstädt: Baumgart
Thekla: Kolpe
Taucha: *Voigt, Bismarckst. 12
Zwenkau: Burghardt
Zwenkau: Kühne
Wahren: *List, Albertstr. 2
Hänichen: Knobloch.

Wir bitten die Barbier- und Friseurgeschäfte bis abends 8 Uhr aufzusuchen. — Die nächste Liste erscheint kommenden Donnerstag. [21231

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands
(Zweigverein Leipzig). Nordstrasse 24. Telephon 5044.

Köstlicher Geschmack u. feinstes Butteraroma
zeichnen die allerorts beliebte und gern gekaufte Pflanzenbutter-Margarine

Bonella

als anerkannt besten Butter-Ersatz aus.
Bonella wird aus dem reinen Pflanzenfett der Kokosnuss unter Zusatz von Sahne und Eigelb hergestellt.
Bonella stellt **das Feinste** dar, was in diesem Produkt in den Handel gebracht wird.
Bonella kommt in jeder Verwendungsart **bester Naturbutter** gleich.

Alleinige Fabrikanten:
Wahnschaffe, Muller & Co., G. m. b. H., Cleve a. Niederrh.
Filiale: **Leipzig, Eutritzscher Str. 20.** Teleph. 2952 und 1510.

Um für meine enormen **Weihnachtsvorräte** Platz zu schaffen, vom 3.—12. November **extra billiger Verkauf des Sommer-Lagers** mit **15%** Rabatt auf Kinder-, Puppen-, Sportwagen, Kinder- u. Lehnstühle, Phantasie-Korbwaren etc.
Kinderwagen-Barth Kurprinzstr. 24. [*

Damen-Tuche 130 cm 2.50 M prima Qualität, alle Farben tropfecht, Seidenglanz. Muster frei. Tuchversand Leipzig **Sidonienst. 40**

Rossschlächterei Ranstädter Steinweg 14 nächste Nähe Kaufhaus Brühl *

Alle Herren können sich hochelegant u. sehr billig kleiden. Nur wenig gef. Anz., Frack., Hos., Herbst- u. Wint.-Palet., Gesellsch.-Anz. auch leihw.
Monatsgarderobe Schaul Gr. Fleischergasse Nr. 10
Goldne Krone, im Hause der städtischen Speiseanstalt.

Jeder staunt! nur von feinsten Kavalieren, Studenten wenig getragene **Anzüge,** engl. Stoffe, feinst. Maßarb., die neu bis 100 M gekost. haben, 8, 12, 15, 18, 22 M. **Winter-Paletots, Joppen, Hosen, Jacketts,** spottbillig. Elegante Gesellschafts-Anzüge sehr billig, auch leihweise. [6015*
Kanner, nur Plauensche Str. 11, I. Nähe Brühl.

Sie kaufen in dem **neu eröffneten Monatsgarderoben-Geschäft** von hoh. Herrschaften wenig getrag. Garderoben wie neu, reine Wolle, nur Maßarbeit, **Anzüge und Paletots** die bis 100 Mk. gekostet haben, für **10 14 18** und **22** Mk. einzelne Hosen u. Jacketts 2c. staunend billig.
Nürnberger Str. 22, I. Nähe Johannisplatz.

Bitte lesen! Ausschneiden! Aufbewahren!
Neu! **Wirklich billig** verkauft u. verleiht getrag. Herr.-Garder., Jack.-, Gehr.-, Smoking- u. Gesellsch.-Anz., Winter-Palet. u. Lod.-Jopp. nur **Multer** Ecke der Gerber- und Uferstr., I. Et.
Neu! Neu!

Neugebauer akad. geb. (nicht approb.) Praktik. (fr. an Dr. W. Schwabes Poliklin.), behand. n. homöopth. u. Lichtheilverf. **Geschlechts-, Haut-,** Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Drüsenleid., Influenza, Rheumat. Ischias, Gicht, Wasserbrüche. — **Neu! Spezial-Lichtbehandl.** von **Frauenleiden,** besond. Weißfluß. Langjähr. Erfahrg., vorz. Erfolge. **Klostergasse 24,** Fahrstuhl im Hause. Sprechzeit: 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1. **Elektr. Lichtbäder,** 8-12, 2-9, Sonnt. 9-1. Damen wochentags 10-12, 3-6

Die höchste Zeit wird es zu sparen, um der allgemeinen Teuerung zu begegnen. So z. B. läßt sich die kostspielige Butter vorzüglich ersetzen durch die beliebten, altbewährten und viel billigeren van den Bergh'schen Margarine-Marken
Clever Stolz u. Vitello
Die Ersparnis ist bedeutend.
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

• Ganz Neu • Hochfeine Monatsgarderobe von feinsten Herrschaften und Kavalieren, wenig getrag. engl. Stoffe. Anzüge, die bis 100 Mk. gekostet haben, 8, 12, 16, 20 Mk. Paletots, Joppen, w. auch Gesellsch.-Anzüge spottbillig, auch leihweise, nur*
Schützenstr. Ecke Querstr. 32, I.

Achtung! Nur v. feinst. Herrschaften, Millionären, Kavalieren, Studenten wenig getragene Sachen, feinste Maßarbeit, reine Wolle. **Anzüge,** die 70—100 M gekostet, für 8, 12, 16, 24 M. Herbst- u. Wint.-Paletots, teilw. auf Seide gearbeitet. Hosen, Jacketts spottbillig. Elegante Gesellschafts-Anzüge sehr billig auch leihweise.
Mandel Tauchaer Str. 22, I.

Martin Andersen-Nexös beliebte **Erzählungen** sind gebunden zu sehr billigen Preisen zu haben:
Bornholmer Novellen statt 3 Mk. **nur 1 Mk.**
Sühne gebunden nur 75 Pf.
Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung.

Fritz Grundmann Fleischermeister, L.-Kleinzschocher, Dieskau- u. Antonienstr.-Ecke empfiehlt seine [8618
Pa. Fleisch- und Wurstwaren
Aufschnitt, russischen Salat
sowie geschmackvoll garnierte Platten für Festlichkeiten jeder Art.

Kamel haarschuhe, Filzschuhe für Damen, Herren u. Kinder sowie Lederschuhe für Damen schon von 6.50 Mk. an. K. Ernst, Gewandgasse, am Neumarkt.

Hamburger Keule beliebteste 6-Pfg.-Zigarre mit 10 Proz. Rabatt von 10 Stück an. [*
Alfred Simon Nachf., Wurzner Strasse 48.

Schuhwaren-Haus und Reparaturwerkstelle **Rich. Rumler** L.-Lindenau Josephstr. 43.

Kleinzschocher Grösstes [4000*
Schuhwaren-Lager und Reparaturwerkstelle **Christian Eichel** Dieskaustraße 11.

Bekanntmachung!! **Schmerel' Monatsgarderobe** (früh. Nikolaistr.) befindet sich **jetzt Plauensche Str. 3** in größeren hellen Räumen. Getrag. Winterpaletots, Anzüge 2c. wegen großen Umsatzes noch viel billiger. Telephon 10528. *

Zahn-Atelier Minna Torton Blücherstraße 45, I. Tel. 10875. Künstl. Zähne v. 1.25 Mk. an, Plomben v. 1 Mk. an. Reparat. sofort Bill. Preise. Schmerzlose, schonende Behandlung. Filiale: Co., Pegauer Str. 5, I. [8687* Teilzahlungen gern gestattet.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/14 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 261

Die Intendanz.

Nun ist, was seit Jahren gefordert worden, für die Allgemeinheit fast überraschend, plötzlich gekommen. Der Rat der Stadt Leipzig hat, wie gestern den Stadtverordneten mitgeteilt wurde, beschlossen, vom 1. April 1912 ab die städtischen Theater in eigne Regie zu übernehmen, und präsentiert als ersten Intendanten der Leipziger Stadttheater Geheimrat Max Martersteig, den Direktor des Kölner Stadttheaters.

Damit ist etwas beschlossen worden, was in weiten Kreisen der Bevölkerung, wie Preßäußerungen der letzten Monate erkennen ließen, für dringend wünschenswert, ja notwendig angesehen wird. Wurden früher, z. B. nach Stägemanns Tode noch, gewichtige Bedenken gegen die Intendanz vom Oberbürgermeister wie von der Presse vorgebracht, so schwanden diese Bedenken allmählich unter der Direktion des Herrn Volkner. Aus sehr einfachen Gründen. Da Herr Volkner kein geriebener Geschäftsmann war und ins Experimentieren geriet, war die Stadtgemeinde genötigt, mehr und mehr zuzuschießen, um den Betrieb des Theaters zu erhalten. Es wurde so deutlich wie nur möglich, daß es grober Unfug gewesen war, wenn die Volknerfreunde des Tageblatts in Fehdetagen mit dem Gemeinplatz hausieren gegangen waren: Intendanz kostet, Pacht bringt ein. Nun sahen die braven Bürger, daß auch Pacht kostet, und zwar ziemlich viel, und sie rieben sich die Augen und fragten: „Wozu denn dieses Pachtverhältnis, wenn keine Pacht bezahlt wird, die Stadt mehr und mehr zuzuschießen hat? Mit welchem Recht werden einem derartig subventionierten Pächter die städtischen Theater zu privatkapitalistischer Ausbeutung überlassen? Ist es da nicht viel vernünftiger, nicht den Pächter, der doch nichts weiter als ein Geschäftsmann ist und mit dem Theaterbetrieb in seinem Interesse spekuliert — nicht den Pächter zu subventionieren, sondern das Theater — d. h. der ganzen Verpachtungskomödie ein Ende zu machen und die städtischen Theater in eigne Regie zu nehmen?“ Um so mehr wurde so gefragt, als die Umwandlung des Pacht- in das Intendanzsystem, nachdem die städtischen Aufwendungen in der Volknerzeit erfolgt waren, nicht mehr so starke Mehraufwendungen erfordern konnte, als etwa bei Stägemanns Tode notwendig gewesen wären.

Dies war das finanzielle Moment. Ein andres kam hinzu. Die finanziellen Leistungen der Stadt mußten allmählich auch Widerspenstige den städtischen Theaterbetrieb mit andern Augen ansehen lehren. Mit welchem Recht wurden denn dem Theaterspekulanten die hohen Zuschüsse bewilligt? Warum ließ man ihn nicht wie einen andern Spekulanten, der sich verrechnet hat, ohne Mitleid bankrott gehen? Im Interesse der Kunst wurde für den Mann gefordert und bewilligt. Der alte oberbürgermeisterliche Grundsatz, daß die Theaterfrage eine reine Finanzfrage sei, wurde über den Haufen gerannt. Nun wurde die Verpflichtung der Stadt betont und proklamiert, mit reichlichen Mitteln zu helfen, damit das Theater in einer der Stadt entsprechenden Weise der Kunst dienen könne. Und nun mußte ja der Gedanke in der Allgemeinheit durchdringen, daß die städtischen Theater in den Dienst der städtischen Kultur zu stellen seien; das ergab sich einfach aus den Leistungen der Stadt und aus der Begründung dieser Leistungen.

Dann aber mußte die Frage aufgeworfen werden: wie verträgt sichs denn mit diesem durch die Tat anerkannten Grundsatz, daß wir einen Spekulanten in seinem eignen Interesse wirtschaften lassen, d. h. teilweise diesem Grundsatz gerade entgegen? Und man erhielt unter der Direktion des Herrn Volkner reichlich Anlaß, darüber nachzudenken, trotzdem niemand den guten Willen des Direktors bestritt und bestreitet. Um nur eines hervorzuheben, was ich an dieser Stelle und dann in der Broschüre Leipziger Theaternot ziffernmäßig belegt habe: wie war es zu rechtfertigen, daß das eine Theatergebäude systematisch durch eine wüste Operettenpflege diskreditiert und der Schauspielpflege fast ganz entzogen wurde? Mit dem Hinweis auf die städtische Kultur wahrhaftig nicht, nur mit dem Hinweis auf eine Publikumsmode, der die Direktion haltlos nachlief, ja, die sie förderte, und mit dem Hinweis auf den Geldbeutel des Spekulanten. Und diese Verhältnisse, diese Diskreditierung des einen zur Verfügung stehenden städtischen Theatergebäudes, die auf Jahre hinaus nachwirken muß, konnten ausgerechnet unter einem Pächter eintreten, dem von vornherein wesentliche Erleichterungen zugestanden worden waren und der weiterhin aufs reichlichste unterstützt worden war. Hier war ein schreiendes Beispiel dafür gegeben, daß bei den jetzigen Pachtverhältnissen der Stadt nicht die genügende Sicherheit dafür gegeben wird, daß ihre Theater in dem Sinne geleitet werden, in dem sie als städtische Theater zu leiten sind. Die finanziellen Leistungen der Stadt stiegen, und der Spekulant behielt nach wie vor das gleiche Recht, das reine Geschäftsinteresse geltend zu machen. Das war ein Widerspruch, der um so stärkir auffallen mußte, je mehr sich, eben auch infolge der erhöhten Leistungen, die Ueberzeugung festigte, daß die städtischen Theater in den Dienst der städtischen Kultur zu stellen sind.

So lagen die Dinge, als Herrn Volkner die vorzeitige Entlassung aus dem Pachtvertrag, der kaum noch ein Pachtvertrag war, für den 21. März 1912 bewilligt wurde und die Leitung der städtischen Theater weiter vergeben werden mußte. Damals hat mancher gehofft, der Rat werde sofort den Beschluß fassen, die städtischen Theater in eigene Regie zu übernehmen, und es war schon eine gewisse Enttäuschung, daß der Rat im Einverständnis mit dem Theaterausschuß abermals die Pachtausschreibung beschloß. Doch konnte man ja immer noch hoffen, daß entsprechend den hohen Leistungen der Stadt das künstlerische Moment stärker betont werden möchte als früher, und man war daher aufs höchste erstaunt, als in der Ausschreibung das finanzielle Moment abermals aufs entschiedenste in den Vordergrund geschoben wurde.

Aber vielleicht hatte gerade diese unglückliche Form des Ausschreibens ihr Gutes. Sie führte einmal dazu, daß in der Presse gegen das Pachtsystem agitiert und daß in der genannten Broschüre das Moment einer vernünftigen städtischen Kunstpolitik stark betont und die Schäden des Verpachtungsmodus hervorgehoben wurden, daß mit einem Worte stärker und allgemeiner denn je zuvor für die Intendanz eingetreten wurde, und sie führte wohl auch dazu, daß unter den Bewerbern um die Stadttheaterpacht die Spekulanten, die die Prinzipien des reinen Theatergeschäfts hervorkehrten, dominierten.

Das half; die maßgebenden Persönlichkeiten vermochten sich nicht dazu zu entschließen, einen von den Bewerbern zu wählen, und so entstand die Frage, ob abermals, unter andern Formen, ausgeschrieben werden, oder aber, ob man der Einführung der Intendanz unter gewissen Beschränkungen nähertreten sollte. Man entschied sich für die Intendanz, freilich nicht für die reine Intendanz, sondern für ein Mischsystem, eine Art Halbintendanz.

Der Rat teilt mit, daß man vor der Ausschreibung der Pacht die Intendanz in Erwägung gezogen habe, davon aber abgekommen sei, da eine erhebliche Verteuerung des Betriebs befürchtet wurde. „Allerdings mußte ohne weiters anerkannt werden, daß die künstlerischen Interessen des Theaters wohl am ausgiebigsten gewahrt wären, wenn die Stadt das Theater in eigener Regie betriebe. Die zu erwartenden finanziellen Lasten führten jedoch zu dem Beschluß, auf jeden Fall zunächst den Erfolg der Ausschreibung abzuwarten.“ Als man nun aber das Ergebnis der Ausschreibung übersah, kam man zu der Ueberzeugung, daß es doch das beste sei, auf die Intendanz loszusteuern, und man war nur darauf bedacht, ein Mittel zu finden, um allzu starkem Anwachsen des städtischen Zuschusses vorzubeugen. Dies Mittel wurde gefunden, und so kam man denn endlich zum Ziel.

Es ist notwendig, den Bericht des Rats über diese Entwicklung der Dinge, wörtlich zu zitieren. „Fast alle ernstlich in Betracht kommenden Bewerbungen,“ schreibt er, „hatten erkennen lassen, daß die Bewerber die Pachtung unsres Theaters trotz der im vergangenen Jahre dem jetzigen Pächter eingeräumten Vergünstigungen für ein finanzielles Wagnis hielten, auf das sie sich nur im Vertrauen auf ihre Erfahrung und Gewandtheit in der geschäftlichen Leitung eines Theaters einließen. Die bei dieser Sachlage mindestens zu befürchtende Betonung des geschäftlichen Standpunktes aber konnte schließlich ebensowenig von Vorteil sein wie eine ausschließliche Berücksichtigung der künstlerischen Interessen. Die Veranlassung zu allzu starker Verfolgung geschäftlicher Interessen fällt jedoch fort, sobald dem Pächter ein hinreichend hohes jährliches Einkommen gesichert ist. Von diesem Gesichtspunkte sind denn auch verschiedene Stadtgemeinden beim Abschlusse der Verträge über Verpachtung ihrer Theater ausgegangen, und haben im übrigen noch auf irgendeine Weise den Pächter an einem günstigen Jahresabschlusse zu interessieren gewußt, z. B. dadurch, daß sich die festen Bezüge des Pächters um bestimmte Prozentsätze erhöhen, falls der von der Stadt zu leistende Betriebszuschuß unter einer gewissen Summe bleibt.

Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es auch uns nur auf diesem Wege möglich sein wird, einen Leiter von Ruf für unser Theater zu gewinnen, wie ihn die Bedeutung unsrer Stadt und unsres Theaters erfordert.

Verhandlungen, die wir in dieser Richtung gepflogen haben, führten uns zu dem Beschlusse, daß zwar die Intendanz eingeführt, zugleich aber eine persönliche Haftung des Intendanten festgestellt werde bei Ueberschreitung der genehmigten Ausgaben, sei es innerhalb des Haushaltplans oder durch besondere Verwilligung.

Im einzelnen haben wir vorbehältlich Ihrer Zustimmung folgendes in Aussicht genommen:

Der Intendant erhält einen festen Gehalt von 30 000 Mk. In Fragen des Theaterbetriebs ist innerhalb des genehmigten Etats seine Entschließung ausschließlich maßgebend. Ueber die Abgrenzung der Befugnisse im einzelnen wird bei Ausfertigung des Vertrags das Nähere festgestellt.

Der Intendant hat alljährlich den Etat über Einnahmen und Ausgaben zur Genehmigung vorzulegen. Das hiernach verbleibende Defizit (schätzungsweise zunächst 60—65 000 Mk.) übernimmt die Stadt. **Bei Ueberschreitung der genehmigten Ausgaben haftet der Intendant persönlich.** Bei Minderung des etatsmäßigen Zuschusses erhält der Intendant eine **Tantieme von 20 Prozent** von dem ersparten Betrage.

Der Vertrag wird auf 6 Jahre geschlossen. Das Recht vorzeitiger Kündigung aus wichtigen Gründen bleibt vorbehalten.“

Erklärend fügt der Rat hinzu: „Es handelt sich in erster Linie um die Gewährung eines festen Gehalts, die aber auch die Beibehaltung des Pachtsystems nicht zu umgehen sein würde, da eine voll befriedigende Lösung auf andre Weise voraussichtlich nicht möglich ist. Besteht also insofern zwischen der von uns in Aussicht genommenen Art der Intendanz und dem sonst abzuändernden Pachtsystem kaum ein wesentlicher Unterschied, so unterscheidet sie sich anderseits von der eigentlichen Intendanz dadurch, daß der Intendant bei Ueberschreitung der genehmigten Ausgaben persönlich haftet. Diese Bestimmung hat unsre Bedenken gegen die eigentliche Intendanz zerstreut. Ist der Intendant auf diese Weise selbst ganz wesentlich daran interessiert, daß die festgesetzten Ausgaben nicht überschritten werden, so brauchen wir ein allzu starkes Anschwellen des Zuschusses auch nicht zu befürchten. Und daß dieser Zuschuß in angemessener Höhe bleibt, haben die städtischen Kollegien bei der Genehmigung des Haushaltplans in der Hand, an dessen Einhaltung der Intendant dann gebunden ist. Im übrigen wird bei der Ueberleitung zum Intendanzsystem nur die Verleihung der Beamteneigenschaft an einige wenige Angestellte in Frage kommen.

Daß anderseits dem Intendanten bei Minderung des festgestellten Zuschusses eine Tantieme von 20 Prozent von dem ersparten Betrag zugestanden wird, erhöht nur sein Interesse daran, den Betrieb durch Erhöhung der Einnahmen möglichst erfolgreich zu gestalten. Auch diese Bestimmung halten wir deshalb für durchaus zweckmäßig.

In allen Fragen des Theaterbetriebs, darunter der Engagements usw., muß der Intendant nach unserm Dafürhalten vollständig frei Hand haben, soll anders die Intendanz zu dem gehofften Erfolge führen. Es ist ausgeschlossen, daß ein Nichtfachmann, etwa der Spezialdeputierte für das Theater oder unser gemischter Theaterausschuß in Engagements- oder Repertoirefragen mit zu beschließen oder gar die entscheidende Stimme haben sollen. Dadurch würde ein gedeihlicher und wahrhaft künstlerischer Betrieb unsres Theaters nur beeinträchtigt werden. Eine Erweiterung der Befugnisse des gemischten Theaterausschusses kann deshalb nicht in Frage kommen. Im einzelnen wird indes die Abgrenzung der Befugnisse des Intendanten und des gemischten Ausschusses durch besondere Bestimmungen noch zu regeln sein.

Die Festsetzung der Vertragsdauer auf 6 Jahre entspricht der bisherigen Gepflogenheit. Um nicht vollständig in die Hand des Intendanten gegeben zu sein, wenn Verhältnisse eintreten sollten, die eine Auflösung des Vertrages notwendig machen, haben wir uns das Recht vorzeitiger Kündigung aus wichtigen Gründen vorbehalten.“

Der Rat betont endlich: „Die Einführung einer städtischen Intendanz auf der Grundlage dieser Abmachungen scheint uns unter der Voraussetzung, daß dafür eine Persönlichkeit in Frage kommt, die sowohl in künstlerischer wie wirtschaftlicher Hinsicht unser volles Vertrauen genießt, die beste Lösung der für unsre Stadt so überaus wichtigen Theaterfrage zu sein. Die Vorzüge des Intendanzsystems stehen außer Zweifel und brauchen deshalb hier nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die Befürchtung, die Uebernahme des Theaters in städtische Regie könnte zu einem übermäßigen Anwachsen des Zuschusses führen, ist durch die Bestimmung über die Haftung des Intendanten für Ueberschreitungen der etatsmäßigen Ausgaben beseitigt.“

*

Liest man diese nüchtern sachlichen Erwägungen des Rats, die der Kunst geben, was der Kunst, und dem Geschäft, was des Geschäfts ist, so erinnert man sich unwillkürlich des Reformvorschlags, den Gustav Freytag 1863 kurz nach der Eröffnung des Neuen Theaters begründet hat (im Auszug abgedruckt in meiner Broschüre Leipziger Theaternot, S. 287). In der Tat bedeutet der Beschluß des Rats nicht mehr als die endliche Erfüllung dieses auf Eduard Devrients Anregungen zurückgehenden Vorschlags, der endlich für alle städtischen Theaterbetriebe maßgebend werden sollte.

Das wird hier nicht etwa festgestellt, um den Wert des Beschlusses zu verkleinern. In Theaterdingen geht es langsam voran. Wie es schwer ist, Regiedummheiten und Schauspielermätzchen, die einmal Macht gewonnen haben, zu beseitigen, so ist es auch schwer und schwerer noch, in Dingen der Theaterorganisation vorwärts zu kommen. Was jetzt der Rat beschlossen, ist wohl etwas, was schon seit Jahrzehnten von einsichtigen Männern gefordert worden ist, aber es ist auch etwas, was gar nicht oder nur schwer durchdringen will. Wir sind nicht in vielen deutschen Städten so weit. Um so wichtiger ist es nun, daß eine Stadt vom Range Leipzigs resolut zupackt.

Meines Erachtens ist es eine Frage von der allergrößten Bedeutung für die Entwicklung unsres ganzen Theaterwesens, ob wir in Deutschland den neuen Typus eines wirklich städtischen Theaterbetriebs herausbilden oder nicht, einen Typ, der notwendig den veralteten Typ des Hoftheaters verdrängen muß, der in unsre Zeit überhaupt nicht mehr hineinpaßt und trotzdem weiter von Bedeutung ist, weil der notwendige Ersatz, das in Wahrheit städtische Theater, fehlt. Die Bedeutung liegt auf verschiedenen Gebieten. Die Bedeutung für die städtische Kultur braucht kaum erst ausführlich dargelegt zu werden. Sie greift aber weit über den Bereich der Stadt hinaus, indem lediglich wirklich städtische, wirklich kommunalisierte Theaterbetriebe ein Gegengewicht zu bilden vermögen zu dem rein kapitalistischen Theatertreiben, wie es sich namentlich in Berlin, das bezeichnenderweise kein Stadttheater besitzt, geformt hat. Das ganze Geschrei Los von Berlin ist in Theaterdingen für die Katze, solange die großen Gemeinwesen nicht außerhalb Berlins ruhige, stetige Kulturarbeit in ihren Theatern ermöglichen. Und endlich ist die Entwicklung dieses Theatertyps von Bedeutung für den Schauspielerstand, den wir jetzt endlich wieder in ernst zu nehmender Gärung sehen. Wird das Theater kommunalisiert, wird der Intendant oder Direktor, wie man ihn nun nennen will, Beamter

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/15 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der Stadt, dann ändert sich auch die Lage des Schauspielerstands, dann müssen die schlimmen Formen der Ausbeutung fallen, soweit sie eben unter den heutigen Verhältnissen fallen können, dann kann sich auch ein selbst-, ein standesbewußter Typus des städtischen Schauspielers herausbilden, der den Typ des Hofschauspielers aufsaugt.

Das kann hier nur angedeutet werden gelegentlich dieses Ratsbeschlusses, der endlich aus dem Stadttheater ein städtisches Theater macht; dieser Beschluß ist Glied einer großen Entwicklungskette, und es ist gut, daß er nun endlich gefaßt ist. Er wird sicher in andern Städten weiter wirken.

Wenden wir nun unser Augenmerk noch auf speziell Leipziger Theaterdinge.

Mit Recht hat der Rat stark hervorgehoben, daß es darauf ankam, als Intendanten eine Persönlichkeit zu finden, die in künstlerischer wie wirtschaftlicher Beziehung volles Vertrauen genießt.

Da ist denn nun einfach zu sagen, daß der Name Martersteig ein künstlerisches Programm bedeutet, und ein gutes Programm, und daß seine Direktionsführung nun zu erweisen hat, ob Martersteig auch die organisatorischen Fähigkeiten hat, um seine künstlerischen Ueberzeugungen im praktischen Theaterbetrieb durchzudrücken.

Nehmen wir das vorweg, daß Martersteig nicht im Berlinertum steckt, das für unsre städtischen Theaterbetriebe Gift bedeutet. Er sieht das Theater — das hat er durch seine Geschichte des deutschen Theaters im 19. Jahrhundert bewiesen — im Zusammenhang mit der Gesamtkultur. Er kennt also nicht das Berliner Produkt einer Theaterkunst um der Theaterkunst willen. Das ist wesentlich für einen Stadttheaterbetrieb und für Leipzig im besonderen. Wir dürfen von Martersteig erhoffen und auf Grund seines schriftstellerischen Wirkens auch fordern, daß er im Theater Kulturpolitik treibt, daß er das Ziel im Auge behält, die Kulturgüter, die uns künstlerisches Schaffen hinterlassen hat, im Theater systematisch zu pflegen und zu wahren, soweit das Aufgabe des Theaters ist, und im weitesten Umfange zu Worte kommen zu lassen, was sich an Kulturregungen im Schaffen der Gegenwart vordrängt. Wir dürfen von ihm systematisches Arbeiten erhoffen und verlangen, daß er aus dem jetzigen Zufallstheaterbetrieb hinüberführt zu einem Repertoiretheater, und wir dürfen weiter hoffen, daß unter seiner Leitung das Schauspiel allmählich wieder in den Mittelpunkt des Theaterbetriebs rückt, an die Stelle, die ihm gebührt.

Aber freilich ist hier nun gleich zu sagen, daß dies nicht leicht zu erreichen ist. Nicht bloß deswegen, weil die jetzige Direktion immer nur den Blick starr auf die einzelne Leistung gerichtet gehalten hat und daher bei vortrefflichen Einzelleistungen weder in der Oper noch in der Operette noch im Schauspiel einen Spielplan aufzuweisen hat, wie ihn das Wesen eines Stadttheaters erheischt. Sondern deswegen, weil die Mißstände, die jetzt beklagt werden, zusammenhängen mit den Theaterhausverhältnissen, die nun auch schon zur Diskussion stehen, seitdem das Neue Theater, ein spezifisches Opernheater, als Ergänzung zum Alten Theater hinzugekommen ist. Wir haben zurzeit drei Ensembles (ein Opern-, Operetten- und Schauspielensemble) und zwei Theaterhäuser, so daß sich die Ensembles drängen, nicht voll ausgenutzt werden, Schwierigkeiten bei den notwendigen Proben entstehen usw. Das bedeutet geschäftlichen Schaden, eben weil eine vollständige Ausnutzung unmöglich ist. Das bedeutet aber auch künstlerischen Schaden. Einmal insofern, als sich ein Teil des Betriebs nur auf Kosten eines andern ausdehnen kann, so jetzt die Operette auf Kosten des Schauspiels: das Alte Theater ist Operettentheater geworden, das Schauspiel gastiert heimatlos im Alten, dem Operetten-, und im Neuen, dem Opern-Theater. Anderseits insofern, als, worauf längst hingewiesen worden, das Neue Theater den Bedürfnissen des rezitierenden Dramas nicht entspricht, das Alte Theater aber, das ihnen am ehesten genügt, selbst wenn es frei wäre, nicht mehr recht in Frage kommen kann, da seine Einrichtungen nicht mehr auf der Höhe der Zeit stehen. Hier liegen Zukunftsaufgaben. Wenn wir fordern, daß dem Schauspiel endlich wieder sein Recht werden möge, so ist es mit dem Aufstellen künstlerischer Forderungen nicht getan; es muß sein Heim bekommen. Entweder also, es muß ein städtisches Schauspielhaus zu dem städtischen Opernhaus kommen; dann kann das diskreditierte Alte Theater dem Operettenblödsinn überlassen bleiben. Oder aber das Alte Theater muß dem Schauspiel zurückgegeben werden, so daß dies dort wieder heimisch wird und vielleicht auch sein besonderes Abonnentenstammpublikum erhält, und für die Operette muß, wenigstens solange der Operettenkoller anhält, anderwärts Unterkunft gesucht werden.

Wir sehen also, daß der neue Direktor, der erste Intendant, in reichem Maße organisatorisches Talent erweisen muß, wenn er ans Ziel kommen will, als Ergänzung zu der künstlerischen Einsicht und dem Idealismus, den er bisher unbestreitbar bewiesen hat. Hoffen wir, daß er dies organisatorische Talent besitzt und die nötige Autorität dazu, seine Forderungen durchzudrücken — und daß er bei der Stadtgemeinde Verständnis und Unterstützung findet. gm.

Sinneswahrnehmung und Geistestätigkeit.

I.

Unsre eigentliche geistige Tätigkeit, die Bildung von Gedanken, ihre Kombinierung zu immer weiter gehenden Schlüssen findet lediglich im Gehirn, dem Zentralsitz unsrer geistigen Funktionen statt. Freilich ist die exakte Art des Zustandekommens unsrer Gedankentätigkeit mit den Methoden der Biologie nicht leicht zu ermitteln, wenn auch die Gehirnphysiologie gerade in letzter Zeit durch scharfsinnige Verwertung der am kranken Menschen gemachten Beobachtungen, ferner durch tierexperimentelle Studien manche Fortschritte gemacht hat. Wir sehen sodann, daß im ganzen Tierreich die Höhe der intellektuellen Entwicklung abhängig ist von der Ausbildung und relativen Größe der Gehirnmasse, und dürfen daraus ganz allgemein den Schluß ziehen, daß unser geistiges Leben eine von der feineren Gestaltung des Gehirns bestimmte Funktion ist. Uns soll es nun interessieren, zu untersuchen, in welchem Verhältnis zu dem Zentralsitz unsrer psychischen Funktionen die Sinnesorgane, Auge, Ohr, Nase, Tast- und Geschmacksinn, stehen, vermöge deren wir die Eindrücke der Außenwelt aufzunehmen vermögen.

Das Auge vermittelt uns die zahllosen Lichtschwingungen, das Ohr die mannigfachen Töne und Klänge, die übrigen Sinnesorgane andre Eigenschaften der Dinge um uns herum. So empfangen wir die verschiedenartigsten Bilder, Licht- und Schalleindrücke usw., die weiter nach dem Gehirn geleitet und auf Grund früherer Erfahrungen zu ganz bestimmten Vorstellungen kombiniert werden. Die eigentliche Verarbeitung der Sinneseindrücke erfolgt im Gehirn selbst, die daran sich knüpfende Vorstellungs- und Gedankentätigkeit ist unabhängig von der Funktion der Sinne. Die reine Verstandestätigkeit, wenn schon sie von einem Eindruck der Außenwelt angeregt wird, kann des einen oder andern Sinns entbehren; Menschen, denen die edelsten Sinne, Auge oder Ohr, oder sogar beide fehlten, haben es bisweilen zu einer erstaunlichen intellektuellen Höhe gebracht. Die Sinnesorgane sind nur die Empfänger, die Aufnahmestationen der Reize, die uns die Außenwelt sendet. Von den Sinnesorganen werden sie durch Nervenbahnen zum Gehirn geleitet und erst hier verarbeitet zu den Empfindungen, wie wir sie im Bewußtsein haben.

Die eigentliche Wahrnehmung der Licht-, Schallempfindungen usw. findet also im Gehirn, an einer bestimmten Stelle, dem Sehzentrum oder Riechzentrum oder Hörzentrum usw. statt; die Sinnesorgane sind nur die Vermittler, jeweils auf eine bestimmte Reizart abgestimmt, die dadurch vollkommener in unser Bewußtsein gelangt. Eine gewisse Art der Lichtempfindlichkeit besitzen vermutlich auch die Protozoen, aber die Wirbeltiere vermögen mit ihren komplizierten und vervollkommneten Lichtsinnesorganen, ihren Augen, ein genaueres Weltbild zu empfangen und ihrem Gehirn zur Durcharbeitung zuzusenden. Daß in der Tat die Sinnesorgane nur die Vermittler sind, die Gehirnzentren aber mit ihren vielen Nervenzellen, deren Tätigkeit uns noch ein verschlossenes Buch ist, die intellektuelle Arbeit der Deutung und Bewußtwerdung der Sinnesreize verrichten, den Sinnesorganen also übergeordnet sind, das lehrt ein einfaches Experiment am Tiere und eine Erkrankung des Menschen. Es gibt eine Seelenblindheit, die bei vollkommen intakten Sehorganen, bei gesunden Augen, doch die Sehempfindung verhindert. Wenn einem Tier das Sehzentrum des Gehirns, das sich an einer genau umschriebenen Stelle befindet, zerstört wird, dann vermag es trotz intakter Augen nicht zu sehen; dann ist es gehirn- oder seelenblind. Die Lichtreize werden wohl vom Auge aufgenommen, aber sie können nicht gedeutet werden, nicht in unser Bewußtsein gelangen, weil der betreffende Hirnteil, in dem die wunderbaren Bewußtseinsvorgänge für die Sehempfindung vor sich gehen, nicht vorhanden ist.

Man darf mit dem Berliner Philosophen Professor Georg Simmel sagen: „Die Sinnesorgane sind intellektuell unschuldig". Das heißt, sie sind völlig unabhängig vom Verstande, stellen nicht etwa einen Anteil am Intellekt dar und können deshalb auch von den Vorgängen unsres Geisteslebens nicht betroffen werden. Unser Denkvermögen ist demgemäß ebenfalls unabhängig von den Sinnesorganen; unsre Geistestätigkeit und die Funktionen unsrer Aufnahmeapparate, der Sinnesorgane, haben miteinander nichts zu tun, oder besser, sind nicht miteinander zu identifizieren, wenn auch sie zu gemeinsamer Wirksamkeit sich vereinigen.

Darum ist es möglich, daß Geschöpfe, wie Helen Keller, trotz des Mangels der für den Menschen wichtigsten beiden Sinnesfunktionen, des Sehens und Hörens, eine volle geistige Tätigkeit entwickeln. Ihr Gehirn, der Sitz aller geistigen Vorgänge, von deren genauem Ablauf darin wir noch kaum eine Ahnung haben, ist nicht verstümmelt, also ihre Geistestätigkeit, ihr Intellekt durchaus entwicklungsfähig, solange sie nur vermöge irgendeines Sinnes ein etwas vollständiges Bild von der Welt um sich herum zu empfangen und in ihrem Geiste weiter auszuarbeiten vermögen. Ihr Tastsinn ist in hohem Maße ausgebildet, deshalb empfindet Helen Keller in feinster Abtönung die Wärmeunterschiede der Sonnenstrahlen zu den verschiedenen Zeiten und vermag wohl die Vorstellung von der Sonne, wie wir sie vermittelst unsres Auges in vollkommener Weise besitzen, auch ihrem Intellekt bis zu gewisser Vollständigkeit einzuprägen. Also Sinneswahrnehmungen und Geistestätigkeit dürfen nicht miteinander verwechselt werden; die ersteren bilden nur den Reiz zur Anregung des Intellekts. Die Sinnesorgane sind die Pforten zu dem Gemach, in dem der Intellekt wohnt. Freilich, wenn alle Pforten verschlossen sind, kann er nicht zur Entwicklung kommen. Wenn alle Sinnesorgane ihren Dienst versagen, können keine Eindrücke von außen wahrgenommen und vom Verstande perzipiert werden. Sind aber nur noch einige Pforten zwischen Außen- und Verstandeswelt in Form von wenigen Sinnesorganen vorhanden, wie es bei Helen Keller zum Beispiel der Fall ist, so vermögen die mit diesen Sinnesorganen aufgenommenen Eindrücke doch im Gehirn Annahmen und Schlüsse auszulösen, die ganze Gedanken- und Kombiniertätigkeit unsrer Seele anzuregen, das heißt, unser Bewußtsein, unsern Intellekt zur Entfaltung zu bringen. Daß eine oder die andre Pforte zu unserm Bewußtsein verschlossen ist, hat nicht viel zu bedeuten für die Entwicklung der Geistestätigkeit; dafür sind die andern Eingänge um so weiter geworden. Fehlt Helen Keller die Augenwahrnehmung, so ist dafür ihr Tastempfinden um so vollkommener ausgebildet. Nach einem allgemeinen Gesetz der Natur, dem der Anpassung lebender Wesen an die vorhandenen Verhältnisse hat ihr Tastsinn es übernommen, den Mangel an andern Sinneswahrnehmungen nach Möglichkeit auszugleichen. Der Eingang zu ihrem Bewußtsein ist jedenfalls nicht verschlossen. Die durch ihre vorhandenen Sinne aufgenommenen Wahrnehmungen genügen, um die reine Verstandestätigkeit, die Kombinierung der Gedanken zu immer weiter reichenden Spekulationen und Schlüssen ebenso bei ihr wie bei andern mit vollen Sinnen begabten Menschen zu entfalten.

Der anatomische Bau der Sinnesorgane ist ungemein kompliziert. Namentlich Auge und Ohr, die beim Menschen am weitesten zur Entwicklung gekommen sind, gehören zu den differenziertesten Gebilden im ganzen Zellenstaat. Wir haben hier nicht den Raum, um nur einigermaßen gründlich auf die Anatomie und Physiologie der Sinnesorgane, d. h. auf die feinere Zusammensetzung, wie sie uns das Mikroskop gezeigt hat, und auf ihre Betätigung während des Lebens, wie sie durch zahlreiche Experimente wenigstens zum Teil ergründet ist, einzugehen und verweisen deshalb auf die guten populären Schriften, von denen gerade in neuerer Zeit mehrere erschienen sind.* Die Sinnesphysiologie gehört zu den interessantesten, aber auch schwierigsten Kapiteln der gesamten Lebenskunde; die bedeutendsten Forscher unsrer Zeit haben sich gerade mit diesem Gebiet eingehend beschäftigt. Wir erinnern nur an Hermann v. Helmholtz, den großen Physiologen und Physiker, der die physiologische Optik zum großen Teil geschaffen und durch die Erfindung des Augenspiegels auch in den Dienst der praktischen Medizin gestellt hat, der sich aber auch mit den physiologischen Verhältnissen des Ohrs, mit dem Zustandekommen des Hörens, der Aufnahme und Deutung der zahllosen verschiedenen Schallempfindungen eingehend befaßt hat. Auch gegenwärtig beschäftigen sich die besten Köpfe, Physiologen und Psychologen, mit der Erforschung unsrer Sinnestätigkeit, die uns noch immer eine Menge von Rätseln zu lösen aufgibt.

(Schluß folgt.)

* Dr. E. Mangold, Unsre Sinnesorgane. Leipzig, Quelle u. Meyer.

Dr. H. Dekker, Auf Vorposten im Lebenskampf, Biologie der Sinnesorgane. Stuttgart, Kosmos-Verlag.

Kleines Feuilleton.

Dem Arbeiterbildungsinstitut sind vom Bachverein eine Anzahl Billetts für 25 Pfg. zur Generalprobe von Händels Oratorium Belsazar zur Verfügung gestellt worden. Die Probe findet am Dienstag, 15. November, abends ½8 Uhr, in der Thomaskirche statt. Die Billetts sind in den bekannten Theaterkartenvertriebsstellen von heute, Donnerstag abend an zu entnehmen. —

•

Einen eigenartigen Erlaß, der sich an das Pflichtgefühl des Schauspielerstands — soweit er wenigstens an den Nachmittagsvorstellungen beteiligt ist — wendet, hat die Direktion des Deutschen Theaters und der Kammerspiele in Berlin ihren Mitgliedern zur Unterschrift vorgelegt: „Die Direktion des Deutschen Theaters muß verlangen, daß die Nachmittagsvorstellungen mit dem gleichen künstlerischen Ernste wie alle andern behandelt werden. Die Mitglieder der Neuen Freien Volksbühne, die mit ihrem Bildungstrieb und Theaterenthusiasmus das empfänglichste und dankbarste Publikum darstellen, haben ein Anrecht auf künstlerisch würdige Darbietungen. Die Leitung des Deutschen Theaters müßte unnachsichtlich von allen ihr zustehenden Disziplinarmitteln Gebrauch machen, falls sich die unliebsamen Vorfälle der vorigen Spielzeit, die sowohl das Ansehen des Theaters wie das der einzelnen Künstler empfindlich schädigen, wiederholen sollten. Die Direktion erwartet auf das bestimmteste, daß dieser Hinweis genügen wird, um willkürliche Textänderungen irgendwelcher Art wie überhaupt jegliche Störung dieser Nachmittagsvorstellungen zu verhindern." Der Anlaß war, daß in den Nachmittagsvorstellungen durch Weglassen und Einschiebungen selbst klassische Stücke verändert worden sind.

Es wäre sehr erwünscht, wenn sich auch die Direktion des Leipziger Schauspielhauses zu einem ähnlichen Erlaß verstünde.

•

Liederabend von Olga de la Bruyère. Eine schöne, teilweise beinahe prachtvoll zu nennende Stimme von echtem Altcharakter lernte man gestern in Fräulein Olga de la Bruyère kennen. Die junge Dame ist augenscheinlich noch nicht oft vor die Oeffentlichkeit getreten, wie die anfänglich noch stark durch innere Unruhe beeinflußte Aussprache der Stimme bewies; diese aber ist gut ausgebildet; nur in der Höhe klangen die Töne einigemal etwas gepreßt, besonders bei freiem Einsatze. Von voll- und wohlklingender Farbe ist hingegen Mittellage und die vielleicht noch erweiterungsfähige Tiefe. Was der jungen Künstlerin noch fehlt, ist: größere Lebhaftigkeit im Ausdruck, auch mehr Anteilnahme des Gesichtsausdrucks. Daß sie sich im Vortrage entschieden bemüht und zwar ernst bemüht, zeigten einige feine Züge, so z. B. der Schluß von Robert Franz' Mädchen mit dem roten Mündchen, Schuberts Krähe zum Teil, auch G. Hués J'ai pleuré (eine Französierung des bekannten H. Heineschen Ich hab im Traum geweinet) und die meisten Liszt-schen Lieder, von denen wieder die stimmungsvolle Nachdichtung von Lenaus Drei Zigeunern die reifste Leistung des Abends nach jeder Hinsicht war. Hier aber hat Fräulein de la Bruyère noch viel zu lernen, sie muß die Lieder mehr subjektiv bringen, nicht, wie die zwei ersten Franzschen Lieder ohne jede innere Anteilnahme: direkt kalt. Temperament läßt sich nicht anerlernen, aber abhelfen kann man hier viel. Die Aussprache, sowohl des etwas zu sehr die Dialektformen des Sächsischen, wie des einigemal direkt unrichtig ausgesprochenen Französischen (wozu eine doch offenbar deutsche Sängerin französische Lieder und noch dazu solchen Kitsch wie Lalo, Georges Adolphe Hué und den Russen Borodine singt?) ist die schwächste Seite der jungen Dame und bedarf, was Reinheit der Vokale wie Klarheit des Konsonanten anlangt, ernster Studien. Lieder wie Franz' Aus meinen großen Schmerzen und Lieber Schatz gehören nicht mehr in den Konzertsaal: diese Art falsche Salonsentimentalität, diese erlogene Empfindungsweise, die die Mehrzahl der Franzschen Sachen heute ungenießbar macht, ist nun glücklich überwundener Standpunkt. Auf die weitere Entwicklung der jungen Sängerin kann man gespannt sein! rm.

•

Neues Theater. Freitag: Mignon. Sonnabend: Die Frau vom Meere. Sonntag: Madame Butterfly (Gastspiel der Wiener Hofopernsängerin Gertrude Förstel). Montag: Der Freischütz. — Altes Theater. Freitag: Die Welt, in der man sich langweilt (halbe Preise). Sonnabend: Zigeunerliebe. Sonntag, nachmittags ½3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Zapfenstreich), abends ½8 Uhr: Die geschiedne Frau. Montag: Zigeunerliebe.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Freitag: Taifun. Sonnabend: Simson und Delila. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerkverein H.-D. (Taifun), abends ½8 Uhr: Simson und Delila. Montag: Vorstellung für den Neuen Verein städtischer Beamten (Erdgeist). — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasring). Freitag Sonnabend: Lord Piccolo. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Verein Gutenberg (Lord Piccolo), abends ½8 Uhr: Lord Piccolo. Montag: Reiche Mädchen.

Battenberg-Theater. Freitag: Maria Stuart. Sonnabend: Schützenliesl. Sonntag: Schützenliesl. Montag: Maria Stuart Dienstag: Die Else vom Erlenhof. Mittwoch geschlossen Donnerstag: Schützenliesl. Freitag: Der Dornenweg. Sonnabend: Die Else vom Erlenhof. Sonntag, 20. November: Der Dornenweg (im Varietee: Ihre Familie).

Bücher.

Heinrich Gerdes, Geschichte des deutschen Bauernstandes. (Aus Natur und Geisteswelt. 320. Band). Leipzig, Verlag von B. G. Teubner. Preis gebunden 1.25 Mk. — Eine kurze Geschichte der vorliegenden Art ist, weil der Kapitalismus dem wirklichen Bauernstand heute bereits genau so auf den Leib geht wie dem Handwerkerstande, wohl auch für Arbeiterleser, die weder große weltgeschichtliche Werke kaufen, noch sie im Zusammenhange lesen können, eine willkommene Lektüre, wenn sie nur halbwegs unparteiisch gehalten ist. Das ist bei vorliegendem Werkchen der Fall, wenn man auch bei einigen Punkten der neueren Zeit Vorsicht walten lassen muß, da der Verfasser z. B. den Fürsten, besonders denen des Hauses Hohenzollern, stets mehr Bauernfreundlichkeit zuschreibt, als an ihnen meist zu bemerken war, und am Schlusse es sogar fertigbringt, bei Gelegenheit der Besprechung der Getreidezölle die ostelbischen Junkeragrarier zu den „Bauern" zu rechnen, was man wohl der Deutschen Tageszeitung, aber nicht einem wissenschaftlichen Werke hingehen lassen kann. — Verfasser schildert vorerst das Wirtschaftsleben der Urzeit bis zum Ausgange der Völkerwanderung, hierauf die Neubildung der germanischen Staaten, in denen der Adel die Vorherrschaft gewann, große Grundherrschaften ins Leben rief und den freien Bauern immer mehr in ein Hörigkeitsverhältnis drängte. In dieser Beziehung hätte er schon ein wenig ausführlicher sein können. Er kommt dann auf die Kolonisation im Osten, welches Kapitel aber viel zu kurz ist, als daß man sich von dem ganzen Vorgange ein rechtes Bild machen könnte, um dann die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Zustände des Bauerntums im Mittelalter eingehend und lesenswert zu beschreiben. Für die Zeit von den Bauernkriegen ab ist es selbstverständlich nötig, die Darlegungen durch die für diese Zeit vorhandene sozialistische Literatur zu ergänzen; wir empfehlen hierzu besonders Zimmermanns, Engels und Bebels Bauernkrieg, Kampffmeyers Geschichte der Gesellschaftsklassen, Mehrings Deutsche Geschichte I. und Wolffs Schlesische Milliarde. bs.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19101110/16 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG